

Martin Spetsmann-Kunkel [Hrsg.]

Soziale Arbeit und Neoliberalismus



Nomos

edition
sigma



Martin Spetsmann-Kunkel [Hrsg.]

Soziale Arbeit und Neoliberalismus



Nomos

edition
sigma



Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-2765-0 (Print)

ISBN 978-3-8452-7235-1 (ePDF)

edition sigma in der Nomos Verlagsgesellschaft

1. Auflage 2016

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2016. Printed in Germany. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Druck: Rosch-Buch, Scheßlitz

Inhalt

Martin Spetsmann-Kunkel

**Was ist Neoliberalismus? – Konturen und Effekte einer
Wirtschaftsordnung. Einleitende Bemerkungen** 7

Stefanie Uerlings

Soziale Arbeit als Erziehung zur Postdemokratie? 13

Pia Okon-Piroglu

Soziale Arbeit als Regierung 41

Viviane Thoma

Ist solidarische Soziale Arbeit möglich? 59

Angelika Gey

**Die neue Gesellschaftsarchitektur und professionelles
Selbstverständnis** 83

Susanne Bücken

**Soziale Gerechtigkeit – Leistungsdispositiv oder
gesellschaftsveränderndes Mandat?** 105

Autorinnen 125

Was ist Neoliberalismus? – Konturen und Effekte einer Wirtschaftsordnung. Einleitende Bemerkungen

Der Neoliberalismus ist eine Denkrichtung des Liberalismus, die eine freiheitliche, marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung mit den entsprechenden Merkmalen wie privates Eigentum, freie Preisbildung der Wirtschaftsakteure, Wettbewerbs- und Gewerbefreiheit auf dem Markt anstrebt, dabei aber staatliche Eingriffe in die Wirtschaft auf ein Minimum beschränken will. Gegen eine staatliche Regulierung des Marktes setzt die neoliberale Ordnung auf den barrierefreien Markt ungehinderten Wirtschaftens.

Das neoliberale Denken ist den Grundprinzipien des Liberalismus verpflichtet und geht davon aus, dass die Freiheit des Individuums, das Recht auf Eigentum, ein durch Konkurrenz und Gewinnstreben regulierter Markt sowie das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit zu einem Gemeinwohl aller führen wird. Kommunitaristische Ideen, die gegen das individuelle Profitdenken den Fokus auf Gemeinschaftsverantwortung lenken, werden als widernatürlich abgelehnt. Der Mensch wird demgegenüber als egoistisches Wesen betrachtet, welches sein Handeln überwiegend an seinen eigenen Interessen orientiert, durch sein individuelles Profit- und Gewinnstreben aber der Gemeinschaft und ihrer Wirtschaft dienlich ist.

Verfechter des Neoliberalismus betrachten die Ordnung des freien Marktes moralisch indifferent. Für sie sind der Markt und die Effekte des Konkurrenzkampfes nicht zu moralisieren. Der Markt und seine Akteure orientieren sich ausschließlich an den Kriterien der Kaufkraft und Rentabilität.

Die Befürworter der neoliberalen Ordnung führen das dem (Neo-)Liberalismus innewohnende Freiheitsprinzip und die – historisch begründete – mangelnde Alternative zum neoliberalen Modell als Argumente gegen die Kritiker an und lehnen prinzipiell ein In-Verantwortung-Nehmen des Neoliberalismus für eine Reihe an globalen Problemen kategorisch ab. ‚Neoliberalismus‘ wird hier für sie – entgegen seiner ursprünglichen wirtschaftstheoretischen Bestimmung – zum bloßen Kampfbegriff, der inflationär und hysterisch zu gleich immer dann herangezogen wird, wenn ein sozialer Missstand zu beklagen ist (vgl. als Stimme für diese Argumentation: Willke 2003).

Kritiker des Neoliberalismus sehen demgegenüber eine Reihe an Folgeerscheinungen als latente bzw. manifeste Effekte des neoliberalen Denkens und Wirtschaftens an, die im Folgenden als *Effektdimensionen des Neoliberalismus*

skizziert werden sollen. Diese Auflistung erhebt dabei nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, sondern benennt exemplarisch einige zentrale Konsequenzen der gegenwärtigen Ausprägung des Liberalismus.

Effektdimensionen des Neoliberalismus

Individuelle Effektdimension

Im Rahmen der von Michel Foucault angeregten Gouvernamentalitäts-Debatte (vgl. Bröckling/Krasmann/Lemke 2000) wird auf die zunehmende Bedeutung disziplinierender Technologien des Selbst in Zeiten des Neoliberalismus hingewiesen, die das Subjekt zum eigenverantwortlichen Tun zwingen und die die Interpretation, dass biographischer Erfolg oder biographisches Scheitern ausschließlich selbstverschuldet sind, als normativen Standard setzen. Gemäß der hegemonialen Glücksschmied-Ideologie wird jedes Individuum zu einem selbstverantwortlichen Gestalter seines Lebens, seiner Biographie und Karrieren erklärt. Ein Mangel an Leistungsbereitschaft, Flexibilität und der Motivation sich dem Diktat der rationalen und effizienten Lebensführung zu unterwerfen, wird als Willens- und Wesensschwäche und defizitäre Selbstdisziplinierungskompetenz gedeutet. Von strukturellen Faktoren entkoppelt wird das Leben zum individuellen Projekt.

Diese Disziplinierungszwänge setzen die Einzelnen unter Druck und gefährden die psychische und physische Integrität wie die Arbeiten von Alain Ehrenberg und Hartmut Rosa veranschaulichen. Die allgegenwärtige Erwartung an den Menschen, das Leben autonom und selbstverantwortet erfolgreich zu gestalten, erklärt für Ehrenberg (2004) die epidemische Ausbreitung depressiver Krankheitsbilder in der Gegenwart. Rosa illustriert anschaulich derartige nachteilige psychische Effekte des individuellen Wirtschaftens, wenn er die Zunahme von psychischen Krankheiten bis hin zum Suizid bei den vermeintlichen Gewinnern des neoliberalen Marktspiels als Reaktion auf Stress und Zwang beschreibt:

„Instruktiv hierfür ist der Fall von France Télécom: Der Konzern verordnete sich unter dem Slogan ‚Time to move‘ ein Dynamisierungsprogramm, das die Führungskräfte alle drei Jahre zwangsversetzte. So sollten sie offen für Neues, flexibel, innovativ und kreativ bleiben und ‚Verhaftungen‘ mit Personal, Routinen, Sozialräumen etc. vermeiden. Das Ergebnis: Allein zwischen März 2008 und März 2010 nahmen sich mindestens 41 Konzernangestellte das Leben, viele weitere versuchten es, bis schließlich die französische Justiz wegen ‚fahrlässiger Tötung‘ gegen das Unternehmen ermittelte“ (Rosa 2012).

Aber auch im inter-individuellen Verhältnis zeigt die neoliberale Ordnung ihr Gewaltpotential. Gerade im Kontext jugendlicher Gewalttaten wird ersichtlich, dass marginalisierte Jugendliche ihre Motivation zu aggressiven Attacken aus einem in der neoliberalen Konkurrenzgesellschaft propagierten Menschenbild, einem ‚Kult des erfolgreichen Individuums‘ beziehen. Dieses von ihnen übernommene und als Anspruch an sich selbst gestellte Bild kollidiert aber mit ihren realen Erfahrungen mit Niederlagen, die in der Logik der Konkurrenzideologie vom Glücksschmied interpretierbar sind als Beweis für eigenes Versagen, für persönliche Erfolgslosigkeit, für ein Selbstbild als Verlierer. Jugendgewalt stellt also eine Strategie dar, dieses Bild von sich selbst als Verlierer und Versager umzudrehen: Indem andere zu Verlierern, zu unterlegenen Opfern der Gewalt gemacht werden, bestätigt sich der Gewalttäter als stark, erfolgreich und anerkennungswert – als Sieger (vgl. Gloel 1998).

Effektdimension der politischen Ordnung

Colin Crouch (2008; 2011) beobachtet eine Aushöhlung der demokratischen Ordnung und Grundprinzipien durch das Diktat des Marktes, den Lobbyismus und die vermehrte Privatisierung ehemals öffentlicher Güter im Rahmen deregulierten, freien Wirtschaftens. Eine Politik, die sich den Interessen des Marktes und der Banken unterwirft, wird zum Totengräber der Demokratie. In unheilvoller Symbiose mit einer ohnehin vermehrt beobachtbaren politischen Apathie seitens vieler BürgerInnengruppen, von Wahlkämpfen als inhaltleeres Spektakel und medialen Manipulationsversuchen in politischen Fragen wird die machtvolle Einflussnahme des Marktes zur ernsthaften Bedrohung der demokratischen Ordnung.

Für Christoph Butterwegge bringt sowohl diese fortschreitende Ent-Demokratisierung als auch die Verschärfung sozialer Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten ein Erstarken rechtsextremer Gesinnungen und Spielarten des Klassen- wie Kulturrassismus hervor (vgl. exemplarisch Butterwegge 2002). Der neoliberale Wettbewerb und der ‚Wohlstandschauvinismus‘ müssen als Rahmenbedingungen rechter Gewalt angesehen werden. Die durch den globalen kapitalistischen Markt ausgelöste soziale Spaltung innerhalb und zwischen Staaten, die dadurch ausgelöste Elendsmigration und der Zerfall der Städte durch sozialräumliche Segregation bestimmter exkludierter Bevölkerungsgruppen gehören u.a. zu den Schattenseiten der neoliberalen Globalisierung, auf die das Re-Nationalisierungskonzept der Rechtsextremen eine demagogische Antwort zu geben versucht (Butterwegge 2002, S. 66).

Nationalstaatliche, innenpolitische Effektdimension

Loic Wacquant (2009) diagnostiziert eine Bestrafung der Armut und einen Umbau sozialer Sicherungssysteme, die u.a. einen sozialpolitischen Rückzug des Staates aus den ehemaligen Arbeitervierteln bedeuten. Für Wacquant ist unstrittig, dass wir in

„allen Ländern, in denen sich die neoliberale Ideologie der Unterwerfung unter den ‚freien Markt‘ durchgesetzt hat, [...] einen spektakulären Anstieg der Inhaftiertenzahlen [verzeichnen], weil sich der Staat bei der Eindämmung von Störungen, die durch Massenarbeitslosigkeit, den Druck sozial unabgesicherter Arbeitsverhältnisse und den Abbau sozialer Sicherungen hervorgerufen werden, immer mehr auf sein Strafrecht und seine Polizei verlässt“ (Wacquant 2006, S. 148).

Für Wacquant ist dieser Prozess hin zu einer die Armut bestrafenden Gefängnisgesellschaft in den USA fortgeschrittener als in Europa. Hier dienen die Gefängnisse als Instrument der ‚verdeckten Rassenkontrolle‘ (Wacquant 2006, S. 181) und zur Abwehr der Bevölkerung gerade der schwarzen Ghettos. Illustriert wird dies z.B. durch folgendes eindrucksvolles Zahlenspiel:

„Schwarze Männer bilden lediglich 6 Prozent der amerikanischen Bevölkerung und 7 Prozent der Drogenkonsumenten des Landes, doch sie machen 35 Prozent der wegen Drogendelikten festgenommenen Personen und 75 Prozent der deswegen verurteilten Strafgefangenen aus“ (Wacquant 2006, S. 180).

Hierzu sei erwähnt, dass die Gefängnisindustrie in den USA privatisiert ist und somit weitere finanzielle Gewinne für Privatunternehmer schafft, wobei das Gefängnissystem in Gänze den US-amerikanischen Staat mehr als einzelne sozialpolitische Maßnahmen kosten würde bzw. kosten wird.

Militärische, internationale Effektdimension

David Harvey (2007) zeigt in seiner historischen Analyse die enge Verknüpfung zwischen militärischen Interventionen und kriegerischen Konflikten einerseits und wirtschaftlichen Interessen seitens einzelner Staaten und Konzerne andererseits. Die Geschichte des Neoliberalismus ist verwoben mit Geschichten von Kriegen, die vordergründig mit Menschenrechtspolitik legitimiert wurden, um wirtschaftliche Interessen zu kaschieren.

Neben diesen genannten Effektdimensionen des Neoliberalismus wären noch weitere Effekte u.a. ökologischer (der Raubbau an der Natur aus Gründen des Profits) oder kulturindustrieller Art (der Zwang zum Konsum und die Hegemonie bestimmter massenkultureller Waren, labels, life styles) denkbar. In den folgenden Beiträgen sollen nun aber vorrangig Konsequenzen des Neoliberalismus für die Profession und Disziplin Sozialer Arbeit beleuchtet werden.

Fragen der Demokratie, Gerechtigkeit und Solidarität werden dabei genauso thematisiert wie grundsätzliche Überlegungen zu den Folgen der Ökonomisierung und Privatisierung des Sozialen sowie der zukünftigen Selbstverortung der Sozialen Arbeit als genuin politische Disziplin.

Die vorliegende Tagungsdokumentation beinhaltet Vorträge, die im Rahmen einer Vortragsreihe über Soziale Arbeit und Neoliberalismus im Sommersemester 2012 an der Katholischen Hochschule NRW in Aachen gehalten wurden. Die Autorinnen sind Absolventinnen der 1. Kohorte des Masterstudienganges Soziale Arbeit mit dem Schwerpunkt Bildung und Integration, welche sich in ihren Master-Abschlussarbeiten auf unterschiedlichem Wege mit Fragen zum Neoliberalismus und seinen Auswirkungen auf Gesellschaft, Sozialpolitik und Soziale Arbeit beschäftigt haben.

Literatur

- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (2000): Gouvernamentalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Selbst, Frankfurt a. M.
- Butterwegge, Christoph (2002): Globalismus, Neoliberalismus und Rechtsextremismus, in: Utopie kreativ, Heft 135, S. 55-67
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt a. M.
- Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus: Postdemokratie II, Frankfurt a. M.
- Ehrenberg, Alain (2004): Das erschöpfte Selbst. Depression und Gesellschaft in der Gegenwart, Frankfurt a. M.
- Gloel, Ralf (1998): Das ‚Recht auf Sieg‘, in: Sozialmagazin, 23 Jg., Heft 10, S. 32-42
- Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Zürich
- Rosa, Hartmut (2012): Idiotenspiel, in: Le monde diplomatique (deutsche Ausgabe), 13.04.2012, S. 2
- Wacquant, Loic (2006): Das Janusgesicht des Ghettos und andere Essays, Gütersloh-Berlin
- Wacquant, Loic (2009): Bestrafen der Armen. Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit, Leverkusen
- Willke, Gerhard (2003): Neoliberalismus, Frankfurt a. M.-New York

Stefanie Uerlings

Soziale Arbeit als Erziehung zur Postdemokratie?

Die Demokratie befindet sich in der Krise – zumindest, wenn man Studien und Veröffentlichungen der letzten Jahre Glauben schenken darf. Da Demokratie ihrem Namen nach die Herrschaft des Volkes ist, kann sie per se nur funktionieren, wenn sich die Bevölkerung mit den Verfahren, Institutionen und Werten des demokratischen Systems identifiziert und aktiv am politischen Leben partizipiert (vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) 2011a, S. 3). Zahlreiche Untersuchungen und Fakten sprechen jedoch zurzeit für eine abnehmende Identifizierung mit den herrschenden politischen Gegebenheiten und damit einhergehend von einer geringeren Beteiligung der Menschen an politischen, aber auch sozialen und kulturellen Zusammenhängen.

Die Wahlbeteiligung, die als ein Maßstab für das Demokratiebewusstsein der Bevölkerung gilt, sinkt sowohl auf Bundes- als auch auf Landes- und Kommunalebene im Verlauf der letzten Jahrzehnte beständig (vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (BpB), Wahlbeteiligung in Bund und Ländern, 2011). An ein gutes Funktionieren der Demokratie glauben 37% der Befragten laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung von 2008 nicht mehr. Besonders Menschen in ökonomisch benachteiligten Lebenslagen, d.h. Arbeitslose und EmpfängerInnen von Arbeitslosengeld II oder Niedriglöhnen, sehen die demokratische Entwicklung kritisch und treten weniger für die demokratische Gesellschaftsordnung ein als andere Bevölkerungsgruppen. Sie fühlen sich durch die aktuelle Politik in ihren Interessen nicht mehr vertreten und an politischen Entscheidungsprozessen nicht beteiligt (vgl. FES 2008, S. 9ff.). Auch in der Shell-Jugend-Studie von 2010 differenziert sich das Bild der politisch Interessierten nach der Bildungs- und Herkunftsschicht und infolgedessen nach ökonomischen Gesichtspunkten: Jugendliche aus der Mittel- und Oberschicht sowie an Gymnasien sind demnach stärker politisch interessiert als Gleichaltrige aus der Unter- und unteren Mittelschicht, sowie Haupt- und RealschülerInnen. Zudem ist das Vertrauen in die deutschen PolitikerInnen allgemein mit 14% laut einer Umfrage der Gesellschaft für Konsumforschung äußerst gering (vgl. Gesellschaft für Konsumforschung 2010). Den Parteien im Bundestag vertrauen noch 22% der BürgerInnen. Die Mitgliederzahlen der Bundesparteien sind seit den 1980er Jahren durchschnittlich gesunken (vgl. BpB, Mitgliederentwicklung der

Parteien, 2011). Insgesamt betrachtet engagierten sich 2009 rund 23% weniger Menschen in den Bundestagsparteien als noch 1999.¹

Diese verschiedenen Studien und Berichte weisen darauf hin, dass tendenziell die direkte oder indirekte Beteiligung an demokratischen Verfahren und Abläufen rückläufig ist.

Die Gründe für die Abnahme von Demokratieinteresse und des politischen Beteiligungsverhaltens sind vielfältig. Die individuelle finanzielle Lage, besonders in Zeiten von prekärer Beschäftigung, Hartz IV und hoher Arbeitslosigkeit, macht einen „empirisch relevanten Zusammenhang zwischen der sozialen Lage in der Gesellschaft und den Einstellungen zur Demokratie“ (FES 2011a, S. 4) deutlich. Die Konsequenzen eines rückläufigen Demokratieinteresses sind nachhaltig: Abnehmende Demokratiezustimmung bedeutet für ein demokratisches System das Risiko der Instabilität und der Abkehr von etablierten Parteien, möglicherweise zum rechts- und linksextremen Parteienspektrum. Dirk Jörke warnt, dass

„wenn es nämlich tatsächlich so ist, dass aus sozioökonomischen Gründen ein gravierender Anteil des Wahlvolkes von seinen Beteiligungsrechten keinen Gebrauch macht, dann ist dies eine fundamentale Gefährdung des demokratischen Versprechens der Beteiligungsgleichheit“ (Jörke 2005, S. 488).

Demokratie vs. Postdemokratie

Eine Definition von Demokratie als einer bestimmten spezifischen Staatsform ist, sowohl vor der historischen, als auch vor der normativen, sozialen oder kulturellen Perspektive, nicht einheitlich zu formulieren. Im antiken Athen entstanden, unterlag und unterliegt die Demokratie bis heute in vielen Ländern immer wieder „Deutungskontroversen“ (Vorländer 2009, S. 4), so dass trotz inzwischen zahlreicher demokratisch verfasster Nationen weltweit kein einheitliches Bild dieser politischen Ordnung existiert. Es gibt demzufolge verschiedene Ausformungen und Arten, in einer demokratisch organisierten Gesellschaft zu leben (vgl. u.a. Schmidt 2010, S. 18ff.; Vorländer 2009, S. 4). Der Wortstamm Demokratie kommt aus dem Griechischen und meint die „Volksherrschaft“, d.h. die „Herrschaft der Vielen, im Unterschied zur Herrschaft der Wenigen [...]“

1 Eigene Darstellung auf Grundlage der Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien, herausgegeben vom Deutschen Bundestag, aus den Jahren 1999, 2001, 2003, 2005, 2007 und 2009. Beachtung finden die Bundestagsparteien aus dem Jahr 2011 Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU, Die Linke, FDP und SPD. Die Quellenangaben finden sich im Verzeichnis unter „Deutscher Bundestag, Wahlperiode, Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien“ nach Kalenderjahren geordnet.

oder der Einerherrschaft“, in der alle Menschen, die dem Volk angehören gleich sind und dies untereinander anerkennen (vgl. Schmidt 2010, S. 17).

Demokratie ist nicht nur ein politisches Entscheidungsprinzip, sondern auch „ein Instrument politischen Handelns, das den Anspruch erhebt, allen Alternativen im Ganzen gesehen überlegen zu sein“ (vgl. Meyer 2009, S. 231).

Demokratien sind immer von den zeitlichen, sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und dem politischen Kontext des Regierungssystems abhängig, unter denen sie sich entwickeln. Demokratische Strukturen können so auch in andere Herrschaftsformen entarten. Die folgenden benannten Merkmale sind nach Manfred G. Schmidt und anderen Wissenschaftlern die wesentlichen Grundlagen einer funktionsfähigen Demokratie²:

- die politische Gleichheit und Freiheit der BürgerInnen in Entscheidungsprozessen;
- die Gewaltenteilung in Exekutive, Legislative und Judikative;
- ein Rechtssystem, in dem die polizeiliche und militärische Macht einem zivilen Kontrollsystem unterliegt (vgl. Meyer 2009, S. 231f.; Vorländer 2009, S. 37f.);
- die Gewährung und Einhaltung politischer, sozialer, kultureller und wirtschaftlicher Menschen- und Bürgerrechte;
- ein autonomes Mediensystem;
- eine Parteienlandschaft, die von Vielfalt geprägt ist und eine Opposition zur zeitlich eingesetzten Regierung stellt;
- eine aktive und pluralistische Bürgergesellschaft;
- die Säkularisierung als Trennung von Staat und Religion;
- die stabilen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einer Marktwirtschaft;³
- ein hohes sozio-ökonomisches Niveau.

2 Die hier beschriebenen Merkmale stellen eine Auswahl dar, an der sich auch Crouch in seiner Analyse orientiert. Sie finden sich, z.T. leicht unterschiedlich beschrieben, bei Schmidt 2010, S. 412-430; Vorländer 2009, S. 36ff.; Höffe 2009, S. 80ff.; Meyer 2009, S. 133ff., S. 137ff., S. 185ff. Weitere Merkmale, die wiederholt genannt werden, sind u.a. stabile internationale Beziehungen zu demokratisch organisierten Nationen, homogene Bevölkerungsgruppen bzw. gewaltfreie Konfliktlösungsstrategien zwischen verschiedenen Ethnien innerhalb einer Nation oder das Fehlen von größeren anti-demokratischen Parteien.

3 Ob die Marktwirtschaft eine Voraussetzung oder eine Gefahr für die Demokratie darstellt, wird kontrovers diskutiert. So weisen zum einen nicht alle marktwirtschaftlich ausgerichteten Nationen demokratische Merkmale auf, zum anderen haben auch nicht alle demokratischen Länder eine marktwirtschaftliche, sondern z.B. auch liberale Ordnungen. Als Garantie für Demokratisierungsprozesse kann sie insoweit gelten, als dass die freie Wirtschaft für Wohlstand sorgt. Damit einher gehen gleichzeitig soziale, ökonomische und strukturelle Ungleichheiten, die zu Konflikten führen können. Werden diese Ungleichheiten und Konflikte durch regulierende Maßnahmen verringert, so können sich die Demokratien stabilisieren und das Wirtschaftssystem

Die von Colin Crouch beschriebene Postdemokratie, wörtlich genommen ‚Nach-Demokratie‘, greift diese Merkmale auf, um kritisch die bestehende Demokratie zu untersuchen. Crouch beschreibt die Entwicklungsgeschichte der Demokratie als eine Parabel, die kurvenförmig an- und absteigt. Dabei unterscheidet er nicht einfach zwischen Demokratie und Nichtdemokratie. Er beschreibt vielmehr verschiedene Symptome, an denen die Postdemokratie zu erkennen ist und verdeutlicht anhand dieser die Qualität der demokratischen Ausprägung, die sich – laut seiner Analyse – stark verändert hat.

In der Gesellschaft der Postdemokratie bestehen nach Crouch formal die demokratischen Institutionen in einem Land weiter. Informell arbeiten sie jedoch nicht mehr auf demokratischer Basis, sondern es findet eine Transformation der Entscheidungsverfahren z.B. durch Privatisierung und Lobbyarbeit statt, die die demokratischen Institutionen und gewählten Vertreter der Entscheidungsmacht und der Verantwortung entheben. Die Postdemokratiethese von Crouch verweist

„auf die Aushöhlung demokratischer Verfahren durch die Machtspiele einflussreicher Lobbyisten, die Politik hinter verschlossenen Türen betreiben und zur Apathie und Depolitisation breiter Bevölkerungsschichten beitragen“ (Meyer 2011, S. 22).

Konsequenzen einer neoliberalen Transformation für die Demokratie

Grundlage für die Analyse einer postdemokratischen Gesellschaftsentwicklung ist die zunehmend neoliberale Ausrichtung der Politik in Europa und in den USA.

Fasst man die Kernaussagen des Neoliberalismus verkürzend zusammen, strebt die Mehrheit der neoliberalen Akteure einen freien Markt an, der alleine als Regulationsmechanismus von Gesellschaft dient. Staatliche Interventionen in den Marktprozess werden als hemmend für das Wirtschaftswachstum und den finanziellen Wohlstand betrachtet (vgl. u.a. Ptak 2008, S. 67, S. 81ff.). Als Begründungen für die neoliberalen Transformationen des sozialdemokratischen Wirtschaftsmodells dienen heute sowohl die Globalisierung, als auch die demografische Entwicklung und die ökonomischen Strukturkrisen, in der sich Deutschland seit den 1990er Jahren befindet. Diese Entwicklungen verursachen vor allem finanzielle „Sachzwänge“, wie z.B. eine Überlastung der Kranken- und Rentenversicherungssysteme oder geringe Haushaltsmittel von Kommu-

bis zu einem gewissen Maß kontrollieren. Das wechselseitige Verhältnis ist jedoch immer durch Krisen und Spannungen gefährdet (vgl. Vorländer 2009, S. 40ff.). Schmidt verweist zudem auf Seymour Martin Lipset und Larry Diamond, die positive sozioökonomische Entwicklungen ebenfalls als Einflussfaktor für Demokratisierungsprozesse sehen (vgl. Schmidt 2010, S. 412ff.).

nen, die die Umgestaltung des deutschen Staates und Wohlfahrtssystems als notwendige und logische Lösungen postulieren (vgl. u.a. Galuske 2008, S. 143).

Die Theorie des Neoliberalismus sieht die Gründe für die wirtschaftliche Strukturkrise in einem Mangel an Eigenverantwortlichkeit der BürgerInnen und zugleich in einem überversorgenden Wohlfahrtsstaat. Dieser ist verantwortlich für die soziale und ökonomische Situation, da er durch zu hohe Transferleistungen die Motivation der Menschen zum Arbeiten untergräbt und sie vom Sozialstaat abhängig macht. Dies führt zu einer Hemmung des Wirtschaftswachstums und verhindert die Modernisierung einer freien ökonomischen Marktentwicklung (vgl. Seithe 2010, S. 163f.). Der Staat wird durch die hohen Kosten des sozialen Systems gegenüber privaten Anbietern sozialer und gesellschaftlicher Dienstleistungen wettbewerbsunfähig (vgl. Ptak 2008, S. 69; Butterwegge 2008, S. 138). Ziel ist daher der Abbau sozialstaatlicher Transferleistungen bzw. die Privatisierung dieser Leistungen „zur Rettung der heimischen Wirtschaft“ (Galuske 2008, S. 14), was konkret heißt, Kosten zu senken und Wirtschaftswettbewerb auch im öffentlichen Sektor zu fördern. Der Markt ersetzt in der Theorie den Staat als Steuerungsinstanz, bzw. orientiert sich im Zuge der neoliberalen Veränderungen immer mehr an marktförmigen, sprich gewinnorientierten Strukturen.

Der Neoliberalismus unterscheidet in seinem Menschenbild zwischen Elite und Masse. Seine Theorie wird durch einen „elitären Diskurs von oben“ (Ptak 2008, S. 77) entwickelt, an „Zwischenhändler von Ideen“ (Ptak 2008, S. 77), d.h. an Menschen weitergegeben, die in der Gesellschaft durch ihre beruflichen Funktionen Meinungen und Stimmungen beeinflussen können⁴ und über diese direkt in die Gesellschaft getragen. Die BürgerInnen brauchen diese elitäre Leitung, da sie z.B. in Wahlen nicht im allgemeinen Interesse handeln und entscheiden können: durch den Kapitalismus und das Streben nach Profitmaximierung und Konsum sind sie eigennutzenorientiert und interessengeleitet. Damit werden die BürgerInnen anfällig für Beeinflussungen durch verschiedene Interessengruppen, die jedoch nicht immer nach der Logik des Marktes entscheiden und somit potentiell systemschädigend sein können (vgl. Ptak 2008, S. 69; Lösch 2008, S. 225, S. 238, S. 274). Der neoliberalen intellektuellen Elite ist es daher vorbehalten, die gesellschaftlichen Prozesse autoritär zu inszenieren und somit über die Transformation der staatlichen Strukturen zu bestimmen, um die wirtschaftliche Entwicklung und allgemeinen Wohlstand zu gewährleisten (vgl. Ptak 2008, S. 51f., S. 7; Lösch 2008, S. 221). Dabei geht eine Elitenherrschaft

4 Diese Funktionen haben z.B. JournalistInnen, SchriftstellerInnen, ModeratorInnen in Rundfunk und Fernsehen, LehrerInnen, PolitikerInnen, ManagerInnen usw. inne (vgl. Ptak 2008, S. 77; Lösch 2008, S. 276).

nach neoliberaler Vorstellung mit einer Beschränkung der Demokratie einher, da sie die marktwirtschaftliche Ordnung gefährden kann, wenn eine Mehrheit im Volk gewillt ist, die Wirtschaft stärkeren Regulations- und Kontrollmechanismen zu unterstellen. Die Aufgabe der Demokratie besteht im Neoliberalismus darin, „eine optimale Führungsauslese zu gewährleisten und der Bürokratie Schranken zu setzen“ (Lösch 2008, S. 225), was bedeutet, die Herrschaft der Elite durch Abstimmungen des Volkes zu legitimieren (vgl. Ptak 2008, S. 69f.). Der Abbau demokratischer Strukturen ist zur Sicherung eines freien und neoliberalen Wettbewerbsstaates bis zum „wohlmeinenden Diktator“ legitim (vgl. Ptak 2008, S. 65).

Crouch sieht in einer, durch eine ökonomische und politische Elite, gesteuerten Politik die Gefahr des Demokratieverlustes und einer neuen Art der Klassengesellschaft, in der die Ungleichheiten in Fragen des Wohlstandes und der Macht immer größer werden:

„Ihr [Eliten, Anm. d. V.] Erstarken ist eines der ernstesten Symptome für den Anbruch des postdemokratischen Zeitalters, da der Aufstieg der Wirtschaftseliten mit einem Schwinden der kreativen Dynamik der Demokratie einhergeht“ (Crouch 2008, S. 70).

Diese Klassenunterschiede hat es laut Crouch zwar auch in anderen Zeiten gegeben, neu ist jedoch, dass die Privilegien und die sozialen Hierarchien heute aufgrund der Gerechtigkeitsvorstellungen in der Gesellschaft oftmals negiert und damit intransparent gemacht werden (vgl. Crouch 2008, S. 71).

KritikerInnen des Neoliberalismus befürchten durch die Tendenzen der Transformation des Wohlfahrtsstaates hin zu einer reinen Marktorientierung eine weitere Zunahme an sozialer Selektion z.B. im Bereich der Bildung, des Sozialen, der Gesundheit oder auf dem Arbeitsmarkt und damit einhergehend massive Armutsfolgen. Zwar kann heute nicht von einem „marktradikalen Rückzug der staatlichen Apparate aus der Gestaltung des ‚sozialen Sektors‘“ (Ziegler 2008, S. 161) – wie Ziegler es formuliert –, gesprochen werden, doch von

„veränderten Rationalitäten der Produktion und Regulation des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements im Sinne einer substanziellen Infragestellung bislang als gültig erachteter Denk-, Handlungs- und Problematisierungslogiken“ (Ziegler 2008, S. 161).

Diese spiegeln sich z.B. in Reformen zum aktivierenden Sozialstaat, der Agenda 2010 und in dem Prinzip des Förderns und Forderns wider. Die Menschen werden zu mehr Selbstverantwortung angehalten und müssen Lebensrisiken nunmehr in Eigenverantwortung durch eigene Absicherung reduzieren sowie selbst für ihre Teilnahme am Marktgeschehen durch Fort- und Weiterbildung,

bestimmter Qualifikationen usw. sorgen (vgl. Galuske 2008, S. 14ff.). Strukturelle Veränderungen des Staates werden auf die individuelle Ebene übertragen, es findet eine „Verantwortungs- und Grenzverschiebung zu ‚nichtstaatlichen‘ Arenen“ (Ziegler 2008, S. 161) statt. In der Folge werden die Menschen für ihre Exklusion aus verschiedenen Bezugssystemen mit Verweis auf mangelnde Eigenverantwortung selbst verantwortlich gemacht. Es werden die Menschen gefördert, die in wirtschaftlicher Hinsicht produktiv und für das Marktgeschehen nützlich sind. Mechthild Seithe weist kritisch darauf hin, dass in solch einer Entwicklung „nicht mehr alle gesellschaftlichen Gruppen gleich viel wert sind“ (Seithe 2010, S. 196), was bereits Diskussionen über die „neue Unterschicht“ zeigen (vgl. Seithe 2010, S. 194ff.).

Der Politikwissenschaftler Frank Deppe fasst die Entwicklung des Neoliberalismus kritisch wie folgt zusammen:

„Je mehr die Gesetze der ‚reinen‘ Marktökonomie als ‚neuer Konstitutionalismus‘ – zusammen mit dem Abbau zivilgesellschaftlicher und sozialstaatlicher Regulatorfunktionen des Staates – anerkannt werden, um so mehr werden die materiell-gesellschaftlichen Voraussetzungen des ‚Sozialdarwinismus‘ gestärkt. [...] Diese Ideologie [...] dient der Legitimation von Eliteherrschaft und sanktioniert gleichsam die strukturelle Gewalt, die zur Reproduktion dieser Herrschaft angewandt wird“ (Deppe 2008, S. 58).

Ralf Ptak ergänzt ebenfalls kritisch im Bezug auf die politische Bedeutung, dass der Neoliberalismus „ein Projekt zur Auflösung der politisch organisierten Gesellschaft“ (Ptak 2008, S. 51) und damit zur Auflösung der demokratischen Gesellschaft darstellt. Die Theorie des Neoliberalismus verstößt durch ihre Eliteorientierung gegen die demokratischen Merkmale der politischen Gleichheit und der fairen Teilhabe an politischen Prozessen und gegen die weite Streuung der finanziellen, kulturellen und sozialen Ressourcen der Gesellschaft.

Veränderungen durch Privatisierung und Kommerzialisierung

Die öffentlichen Dienstleistungen, die das „Fundament einer demokratisch gestalteten Teilhabe aller Menschen an gesellschaftlicher Entwicklung“ (Dickhaus/Dietz 2004, S. 1) darstellen, sichern gesellschaftliche Aufgaben ab, die der Mensch als Einzelner nicht leisten kann (z.B. langfristige und großräumige Planungen, Finanzierungen, Koordination usw.) und die aufgrund ihrer Wichtigkeit vor dem Marktgeschehen mit Konkurrenz und Profitstreben geschützt werden sollen (Crouch 2008, S. 101). Ein zentrales Merkmal der öffentlichen Leistungen ist, dass sie allen BürgerInnen niedrigschwellig zugänglich sind:

„Ein uneingeschränkter Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen gewährleistet die Sicherung von Grundrechten insbesondere für diejenigen, die von der Nutzung dieser Dienstleistungen bei hohen Nutzungsentgelten bzw. exklusiven Nutzungsrechten ausgeschlossen wären“ (Dickhaus/Dietz 2004, S. 1).

Ein weiteres Anzeichen der Postdemokratie ist die im Rahmen des Neoliberalismus verstärkte Privatisierung und die Kommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen, die den überdehnten Wohlfahrtsstaat und die verschuldeten Haushalte entlasten und den Wettbewerb ankurbeln sollen. Durch die Umstrukturierung von staatlichem zu privatwirtschaftlichem Handeln werden die finanziellen Engpässe verringert und die Öffnung der Märkte vorangetrieben (vgl. FES 2009, S. 12; Engartner 2008, S. 133).

Im Sinne der ökonomischen Effizienz werden einzelne Leistungen im öffentlichen Dienst an private Unternehmen ausgelagert oder komplett privatisiert (vgl. Crouch 2008, S. 57).

In Deutschland finden sich diese Privatisierungstendenzen seit den 1980er Jahren, die zunächst vor allem große Industrieunternehmen wie z.B. die Lufthansa, danach die netzgebundenen Unternehmen, wie die Deutsche Post oder die Deutsche Bahn, und schließlich die regionale, soziale und kulturelle Infrastrukturen betreffen. Die letzte Privatisierungswelle erfasst dabei das Pflege- und Gesundheitssystem, sowie den Wohnungsbau- und Bildungsbereich (vgl. FES 2009, S. 12). Kurzfristig hat die Deregulierung öffentlicher Sektoren zu Haushaltsentlastungen geführt, langfristig jedoch verliert der Staat nicht nur eine Einnahmequelle durch den Verkauf von Unternehmen, sondern auch seine Kontroll- und Steuerungsfähigkeit als zentraler Akteur im öffentlichen Dienst, die zunehmend von der Wirtschaft ausgeübt wird (vgl. Crouch 2008, S. 58; Dickhaus/Dietz 2004, S. 5). Durch die monopolartige Vorrangstellung der privaten Unternehmen vor allem im regionalen Bereich und durch langfristige Verträge sind die Kommunen nicht entlastet worden, sondern vielmehr in eine finanzielle Abhängigkeit geraten (vgl. FES 2009, S. 17). In den letzten Jahren ist deutlich geworden, dass die

„weitgehende Übertragung von wichtigen öffentlichen Dienstleistungen, wie dem öffentlichen Gesundheitswesen [...] auf private Anbieter mit einer deutlichen Verringerung der Dienstleistungsqualität verbunden war und zudem starke soziale Disparitäten in einem bisher nicht bekannten Ausmaß verursachte“ (FES 2009, S. 22).

Aufgrund der verstärkten privatwirtschaftlichen Grundorientierung im sozialen Bereich werden die Leistungen gewinnorientiert angeboten. In der Folge werden öffentliche Leistungen an private Anbieter delegiert. Diese stellen vor allem solche Angebote zur Verfügung, die von vielen Menschen gebraucht werden und die profitabel sind. Bei den Minderheitsinteressen, besonders solchen, die keine ökonomischen Vorteile versprechen, sinkt die Qualität der Leistung,

„da diese nur noch von den Ärmsten und von Gruppen ohne politischen Einfluß wahrgenommen werden“ (Crouch 2008, S. 14). Crouch betont, dass im privaten Sektor weder Qualität noch Moral eine Rolle spielen, da „die Qualitätskriterien variabler sind“ (Crouch 2011, S. 50). Positiv ist zu sehen, dass durch den Wettbewerb der einzelnen Anbieter eine größere Angebotsvielfalt für die NutzerInnen entsteht (vgl. Crouch 2011, S. 43). Die Privatisierung von Lebensrisiken z.B. im Gesundheits- und Rentensystem führt automatisch auch zu einer Individualisierung von Risiken, die den Menschen nach dem Prinzip der Leistungsgerechtigkeit selbst für seine Situation verantwortlich macht und die gesellschaftliche Spaltung als logische Folge mangelnder Eigenverantwortlichkeit rechtfertigt (vgl. Engartner 2008, S. 130).

Mit der Privatisierung sind also nachhaltige Veränderungen der demokratischen Gestaltungsmöglichkeiten verbunden. Zum einen verliert der Staat die Einflussmöglichkeiten auf zentrale Güter des öffentlichen Lebens und auf gesellschaftliche Aushandlungsprozesse, zum anderen wird der Zugang zu ehemals öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung, Kultur oder Soziales, die für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wichtig sind, für einkommensschwache und sozial benachteiligte Gruppen nicht mehr gewährleistet (vgl. Dickhaus/Dietz 2004, S. 4ff.). Bedeutsame Entscheidungen werden nicht mehr von demokratisch gewählten Personen getroffen, sondern auf private Akteure verschoben, die sich jedoch nicht öffentlich verantworten müssen. Die direkte Verantwortung für die Leitung der öffentlichen Dienstleistungen wird so aufgegeben. Dadurch haben die BürgerInnen keine Möglichkeit der direkten Sanktionierung von negativen Entscheidungen beispielsweise durch Abwahlen (vgl. Crouch 2008, S. 57). Die Dekommodifizierung ist damit Teil der postdemokratischen Entwicklung und „rührt an den Grundfesten einer solidarischen, mündigen und sozial durchlässigen Gesellschaft“ (Engartner 2008, S. 133).

Einfluss des Wirtschaftslobbyismus

Eine Folge der Privatisierungstendenzen und ein weiteres Indiz für die Existenz der Postdemokratie ist nach Crouch die Macht der Wirtschaftseliten und der Lobbyisten über die Politik:

„Die wachsende politische Macht der Unternehmen bleibt die treibende Kraft hinter dem Vormarsch der Postdemokratie“ (Crouch 2008, S. 133).

„Lobbying“ ist nach der Definition von Thomas Leif und Rudolf Speth zunächst wertneutral und meint

„die Beeinflussung der Regierung durch bestimmte Methoden, mit dem Ziel, die Anliegen von Interessengruppen möglichst umfassend bei politischen Entscheidungen durchzusetzen. Lobbying wird von Personen betrieben, die selbst am Entscheidungsprozess nicht beteiligt sind“ (Leif/Speth 2006a, S. 12).

Jede Art von politischem Entscheidungsgremium ist Adressat von Lobbying (vgl. Leif/Speth 2006a, S. 13).

Lobbying ist ein existenzieller Bestandteil einer Demokratie, da so Interessengruppen wie Verbände, Vereine, Gewerkschaften, NGOs oder Unternehmen die gesellschaftlichen Anliegen und Bedürfnisse ihrer Mitglieder und MitarbeiterInnen artikulieren und an der politischen Willensbildung mitarbeiten können (vgl. Heins 2006, S. 69).

Wie bereits beim Neoliberalismus beschrieben, wird die Idee von Politik jedoch vermehrt als eine Experten- und Elitenangelegenheit gesehen.

Da wirtschaftliche Organisationen finanziell stark sind, haben sie eine hohe wirtschaftliche Bedeutung innerhalb der Gesellschaft, aber auch verschiedene Möglichkeiten des professionellen Lobbyings und der Beeinflussung durch Experten, Informationen usw. Durch ihre Position ist es möglich zu entscheiden, welche Probleme gesehen und welche Projekte gefördert werden (vgl. Crouch 2008, S. 61). Durch staatliche Steuererleichterungen für Großspender steigt zudem die Spendenwilligkeit, jedoch verstärkt sie zugleich den gesellschaftlichen Einfluss der Wohlhabenden. Wenn die Verteilung staatlicher Gelder an die Spendeneinnahmen von Organisationen geknüpft ist, können reiche Privatleute oder Wirtschaftsunternehmen sogar gezielt durch ihre Spenden bestimmen, welche Organisationen die staatlichen Zuwendungen erhalten (Crouch 2011, S. 232). Schwächere Interessengruppen haben dagegen durch geringere finanzielle Mittel und weniger direkten Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands kaum Chancen, sich im politischen Entscheidungsprozess durchzusetzen.

Die Politik profitiert durch die Lobbyarbeit nicht nur finanziell, sondern auch durch Informationsaufbereitungen der Lobbyisten, durch Entwürfe und Referenden oder durch persönliche Beziehungen und Vorteile (vgl. Leif/Speth 2006a, S. 25f.). Durch den neoliberalen Einfluss im öffentlichen Sektor hat die Wirtschaft mit dem Hinweis auf ökonomische Nachteile, Arbeitsplatzauslagerungen oder Investitionsstopps bei bestimmten Entscheidungen, die z.B. Arbeitnehmerrechte, Umweltschutzaufgaben oder Unternehmenssteuerfragen betreffen, eine Machtstellung inne (vgl. Crouch 2008, S. 28, S. 42, S. 47f.; vgl. auch Leif/Speth 2006a, S. 29).

Kritisch muss daher am Lobbying betrachtet werden, dass diese Prozesse zu Abhängigkeiten führen und nicht transparent gemacht werden. Crouch benennt als Beispiel für diese Abhängigkeit die Sponsoring-Funktionen von Unternehmen: da viele öffentliche Einrichtungen im Zuge der (Teil-)Privatisierung

gen auf private Spendenmittel angewiesen sind, um öffentliche Zuschüsse zu erhalten, können große Konzerne über die Vergabe öffentlicher Mittel bestimmen und Einfluss auf Forschung, Wissenschaft und Lehre nehmen und dadurch die gesellschaftliche Meinung in ihrem Sinne steuern (vgl. Crouch 2008, S. 61ff.).

Wenn die Konzentration privater Macht zunimmt, nimmt die Regulationsfunktion des Staates in der Folge ab. Dieses neoliberale Muster, das sich durchaus auch in der Bundesrepublik in Zügen findet, verweist auf den postdemokratischen Charakter: politische Angelegenheiten werden nicht mehr ausschließlich von demokratisch durch das Volk legitimierten RepräsentantInnen entschieden, sondern von Lobbyisten unterschiedlicher Hintergründe, die ohne Legitimation Entscheidungsträger beeinflussen oder selbst durch ihre Expertenfunktion Entscheidungen lancieren und durchsetzen können (vgl. Crouch 2008, S. 35; vgl. auch Leif/Speth 2006b, S. 352). So kann eine inhaltliche Hegemonie entstehen (vgl. Leif 2004, S. 85). Die Regierung ist in der Folge nur noch für die Rahmenbedingungen der Politik gegenüber dem Volk verantwortlich, aber nicht mehr für ihre konkrete Umsetzung.

Für die Bevölkerung ist aufgrund der komplexen Verflechtungen schwer nachzuvollziehen, auf welchen Grundlagen Entscheidungen getroffen werden, besonders, da sich Lobbying unter Ausschluss der Öffentlichkeit vollzieht und das demokratische Element der Transparenz negiert:

„Lobbying stellt damit in jeder Demokratie eine Herausforderung dar, weil jede Demokratie den Anspruch hat, größtmögliche Transparenz über das Handeln der Regierung zu schaffen und Machtstrukturen sichtbar werden zu lassen. Gerade weil niemand der an Lobbyprozessen Beteiligten an Öffentlichkeit interessiert ist, entsteht der Eindruck einer heimlichen Macht starker ökonomischer Interessengruppen und eines erheblichen Einflusses solcher Gruppen auf politische Entscheidungen“ (Leif/ Speth 2006a, S. 15).

Crouch unterstreicht die Gefahr des Einflusses der Wirtschaftseliten für das demokratische Gleichgewicht einer Gesellschaft (vgl. Crouch 2008, S. 63).

Im Zuge der beschriebenen neoliberalen gesellschaftlichen Veränderungen muss sich die Profession der Sozialen Arbeit selbst hinterfragen: Welche Rolle spielen die SozialarbeiterInnen in der postdemokratischen Entwicklung? Wie sehen ihre Handlungslogiken und Funktionsweisen aus und inwieweit haben sich diese bereits verändert? Um solchen Fragen nachzugehen ist ein Blick auf die historische Entwicklung der Sozialen Arbeit bezüglich ihres demokratischen Auftrages hilfreich.

Soziale Arbeit als Erziehung zur Demokratie⁵

Carsten Müller erklärt anhand einer hermeneutischen Auswertung von wissenschaftlichen Texten des 19. Jahrhunderts die Entwicklungsgeschichte des Begriffs der „Sozialpädagogik“⁶ und schafft es, durch die historische Einordnung und durch den Blick auf die soziale Frage der Zeit, die Verbindung zwischen jener und dem Auftrag der bürgerlichen Erziehung zu verdeutlichen. Sozialpädagogik und Soziale Arbeit hatten demnach von ihren Anfängen an, in denen sie sich vor allem mit den sozialen Fragen der unteren Bevölkerungsschichten befassten, den Anspruch, die dort bestehenden Probleme durch eine Verbesserung der Lebensumstände und durch die Entwicklung einer neuen sozialen und demokratischen Ordnung mittels sozialer Erziehung zu lösen (vgl. Müller 2005, S. 39ff.). Die Teilhabe des Einzelnen an Gesellschaft aufgrund seines Bürgerstatus und den damit verbundenen Rechten ist seitdem zentrales Anliegen der Sozialpädagogik/Sozialen Arbeit.

Gesellschaftserziehung ist unter dem Namen der Sozialpädagogik bereits bei Karl Wilhelm Eduard Mager Mitte des 19. Jahrhunderts eine zentrale Aufgabe in der Demokratie. Er versteht darunter die Erziehung des Menschen in, durch und für die Gesellschaft und verweist damit auf ihren demokratischen Auftrag. Mager fasst die bisher bestehenden pädagogischen Konzepte der Individual- und der Kollektivpädagogik unter dem von ihm neu geschaffenen Begriff der Sozialpädagogik synergetisch zusammen, da beide Konzepte für sich alleine betrachtet einseitig und nicht differenziert genug sind:

„Sozialpädagogik soll [...] Individualität und Sozialität bewahren, jedoch beide Einseitigkeiten vermeiden, Individualität mit Sozialität vermitteln und schließlich zur Vollständigkeit aufheben“ (Müller 2005, S. 120).

Sozialpädagogik als Synthese beider Theorien folgt damit nicht nur dem ausschließlich individuellen Charakter, der die BürgerInnen bildet und befähigt, sondern gleichzeitig dem kollektiven Auftrag des Staates, die Menschen im Sinne der Demokratie und für die demokratische Gesellschaftsordnung zu sozialisieren (vgl. Müller 2005, S. 53, S. 111).

Müller betont, dass neben Mager auch andere Wissenschaftler früh den gesellschaftlich relevanten Wert der Sozialen Arbeit und ihrer Entstehung erkannten. Der Pädagoge Paul Natorp verortet die Aufgabe der Sozialpädagogik z.B. in der Gemeinschaftserziehung aller Menschen. Durch die soziale Erziehung

5 Die Überschrift dieses Kapitels ist an das Buch von Müller „Sozialpädagogik als Erziehung zur Demokratie. Ein problemgeschichtlicher Theorieentwurf“ angelehnt, welches sich wiederum an Deweys Ansatz der „Erziehung zur Demokratie“ orientiert.

6 ursprünglich „Social-Pädagogik“ von 1844 nach Mager (vgl. Müller 2005, S. 53).

der an ihr selbst teilhabenden und teilnehmenden BürgerInnen wird die Basis der Demokratie gebildet. Auch für den amerikanischen Pädagogen und Philosophen John Dewey, für den die Demokratie nicht irgendeine Gesellschafts- oder Herrschaftsform, sondern die Lebensform schlechthin ist, liegt die Aufgabe der social education, die Müller mit Sozialpädagogik gleichsetzt,⁷ in der Demokratisierung aller Lebensbereiche (vgl. Müller 2005, S. 206). Die ‚soziale‘ Erziehung ist ganzheitlich. Es finden alle individuellen sowie sozialen Hintergründe und Prozesse Berücksichtigung. Für Dewey ist klar: Demokratie braucht Erziehung, da sie kein Naturzustand des Menschen, sondern eine erlernte Form des Gemeinschaftslebens ist und umgekehrt braucht Erziehung Demokratie, damit die Menschen schon an diesem Prozess beteiligt sind (vgl. Müller 2005, S. 208).

Insgesamt kann Müller durch die Analyse der historischen Texte nachweisen, „dass Demokratie ein der ursprünglichen sozialpädagogischen Theorie inhärentes Themengebiet war“ (Müller 2005, S. 21):

„Aus der früheren Sozialpädagogik lässt sich eine Theorie der Erziehung zur Demokratie gewinnen. [...] Eine Orientierung an politischer und demokratischer Gesellschaftstheorie muss nicht von außen oder im Nachhinein [...] an die Sozialpädagogik herangetragen werden. Vielmehr war Demokratie von Beginn an in einen Theoriestrang der Sozialpädagogik hineingewoben“ (Müller 2005, S. 21).

Dabei hat der Begriff der ‚Bürgerschaft‘ in der Demokratieentwicklung eine wichtige Funktion. Müller dokumentiert der Sozialpädagogik historisch in ihrem demokratischen Erziehungsauftrag eine universelle Bedeutung, die alle Menschen unabhängig ihrer Herkunft, Klasse oder Gesellschaftsschicht, ihrer sozialen oder ökonomischen Situation, in den Blick nimmt und damit keineswegs eine Randgruppenpädagogik darstellt. Da alle Menschen in einem Gemeinwesen zusammenleben und die Demokratie als Lebensform die aktive Teilnahme an diesem Zusammenleben erfordert, müssen auch alle Menschen bei der sozialen Erziehung berücksichtigt werden und sind damit im Staat als ‚BürgerIn‘ gleichgestellt (vgl. Müller 2005, S. 23f., S. 31f.). Dies ist im Verlauf der Geschichte insoweit eine Veränderung, als dass der Begriff der ‚Bürgerschaft‘ lange unter dem Aspekt von Herrschaft gesehen wurde und dort synonym für ‚Untertan‘ verwendet wurde. Magers Deutung des Begriffs Bürgerschaft wendet sich von dieser Zuschreibung ab und betont die Freiheit der BürgerInnen, die ein Bewusstsein für ihre politische und gesellschaftliche Verant-

7 Müller weist darauf hin, dass Dewey bisher in der Debatte der Sozialen Arbeit in Deutschland kaum Beachtung findet, seine pädagogischen Thesen jedoch z.T. deckungsgleich mit sozialpädagogischen Ideen aus Deutschland sind, die zeitgleich entstanden sind (vgl. Müller 2005, S. 207f.).

wortung und ihre Einflussmöglichkeit auf die verschiedenen Lebensbereiche geschaffen hat (vgl. Müller 2005, S. 110). Auch der Sozialarbeitswissenschaftler Eric Mührel weist darauf hin, dass die demokratische Erziehung die Menschen zu selbstständigeren und kritischeren Menschen machen kann:

„Erziehung zur Demokratie meint damit eine Erziehung zu einem mündigen Subjekt, das nicht der Komplexität seiner sozialen Verortung ausgeliefert ist, sondern seine soziale Verfasstheit insgesamt kritisch zu reflektieren vermag und handlungsfähig in Bezug auf seine sozialen Umstände ist“ (Mührel 2009, S. 16).

Soziale Desintegrationsprozesse und Probleme können durch die demokratischen Grundwerte und Mechanismen des funktionierenden Wohlfahrtssystems verhindert werden.

Durch diese Beteiligungsmöglichkeiten können die BürgerInnen ihre demokratischen Rechte und Pflichten als StaatsbürgerInnen kennenlernen und für sie Verantwortung übernehmen (vgl. Müller 2005, S. 45, S. 51f.).

Soziale Arbeit erbringt „für die demokratische Gesellschaft unverzichtbare Dienstleistungen“ (Deutscher Berufsverband für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Heilpädagogik e.V. (DBSH) 1997), die nach demokratischen Voraussetzungen strukturiert sind und demokratische Werte für die Menschen vertreten. Dazu gehören z.B. Freiheit, Gleichheit, die Akzeptanz pluraler Lebensformen, Gewährung und Einhaltung sozialer Rechte, Autonomie und Partizipation, soziale Gerechtigkeit sowie eine faire Verteilung der Machtressourcen.

Was passiert jedoch, wenn sich die demokratischen Werte innerhalb einer Gesellschaft verschieben und Soziale Arbeit – als Mittler zwischen Individuum und Staat – in seinen Funktionsweisen durch neoliberale Transformationen beeinflusst, behindert oder gar gesteuert wird?

Soziale Arbeit als Erziehung zur Postdemokratie?

Die Demokratieerziehung sowie die politische Bildung von Menschen und das direkte Einmischen in politische Entscheidungen, gelten als Querschnittsthemen der Sozialen Arbeit, werden jedoch aktuell in wenigen Feldern als ureigene Professionsaufgabe betrachtet, sondern vielmehr als Arbeitsbereiche von Schule, Medien, Politikwissenschaft, Verbänden oder Gewerkschaften gesehen. Die Soziale Arbeit hat sich im Zuge der neoliberalen Transformationen durch die Pädagogisierung und Therapeutisierung von sozialarbeiterischem Handeln, besonders im Kontext der lebensweltorientierten Arbeit und des sogenannten Empowerment, von der strukturellen und politischen Arbeit und ihrem demokratischen Auftrag distanziert. Dies ist – aus neoliberaler Sicht – ein Gewinn für das System, da die Soziale Arbeit so in der Logik von Aktivierung die veränderten

Rationalitäten des Sozialstaates unkritisch übernimmt. Das Problem der reinen Individualisierung von Hilfen und benachteiligten Lebenslagen wird jedoch auch in der Profession wahrgenommen. Deutlich wird dies u.a. an dem inzwischen fast institutionalisierten Ruf der SozialarbeitswissenschaftlerInnen nach einer stärkeren politischen Ausrichtung der Sozialen Arbeit, sowohl in der Praxis, als auch in der Theorie.⁸

Soziale Arbeit muss sich vor diesem Hintergrund und der postdemokratischen Entwicklung die Frage stellen, inwieweit sie die herrschenden Umstände durch eine Internalisierung neoliberaler Ideen und Werte fördert und damit gesellschaftliche Partizipation für ihr Klientel erschwert und ihren demokratischen und ethischen Prinzipien widerspricht, oder ob sie sich anwaltschaftlich gegen die Ökonomisierung des Sozialen und auf die Seite der sozialen Rechte aller BürgerInnen stellt, diese politisch verteidigt und ihre Vernachlässigung öffentlich anprangert.

Der Neoliberalismus hat die Profession der Sozialen Arbeit maßgeblich beeinflusst, da diese Teil des gesellschaftlichen Systems ist und ihrer Arbeit sowohl in zivilgesellschaftlichen, als auch in staatlichen Bereichen nachkommt. Sie ist den transformativen Einflüssen direkt ausgesetzt und erlebt die neoliberalen Trends einerseits selbst durch ihre Arbeitgeber und die Umstrukturierung des sozialen Sektors, d.h. der Arbeitsplätze, Arbeitsweisen und -aufträge sowie andererseits aus Sicht des Klientels, das diesen veränderten Arbeitsmustern und neuen Maßnahmen u.a. im Rahmen der sozialen Transferleistungen gegenübersteht.

Die Sozialpädagogik sieht sich mit einem Kapitalismus konfrontiert, der durch das Paradigma des Liberalismus geprägt ist und daher keinerlei Beschränkungen erfährt. Die Gesellschaft wird durch die Tendenzen antistaatlicher Haltungen beeinflusst, staatliche Absicherung von Lebensrisiken gibt es „nur als Rahmenbedingung des Kapitals“ (Winkler 2006, S. 60) und damit nicht für alle BürgerInnen (vgl. Winkler 2006, S. 61ff.). Die sozialen Rechte werden damit eingeschränkt. Durch die sogenannte ‚flüssige Moderne‘ lösen sich bisher bekannte Strukturen auf, die bisher Orientierung boten und die Verbindlichkeit hatten. Diese müssen neu durch das Individuum konstituiert werden (vgl.

8 Interessanterweise ist die Profession Sozialer Arbeit – vielleicht auch aufgrund der multiperspektiven und ausdifferenzierten Arbeitsfelder – in dieser Beziehung einem ständigen Wandel unterworfen: In den 1980er Jahren wurde den Professionellen eine Politisierung unterstellt, die den Blick für die pädagogischen und individuellen Nöte der Menschen aus dem Blick verloren habe. Es wurde weniger eine politische Arbeit wie in den 1970er Jahren, als vielmehr eine lebensweltlich orientierte Arbeit gefordert, die „der gesellschaftskritischen Sozialpädagogik [...] nun endgültig den Garaus“ machen sollte. Dies ist ihr – aus der heutigen Perspektive betrachtet – gelungen (vgl. dazu Schaarschuch 1995, S. 49).

Winkler 2006, S. 61ff.), da sich die Politik ihrer Verantwortung für das Wohlbefinden der Menschen entzieht, indem sie die Probleme der Menschen privatisiert und individualisiert und sich selbst immer weiter aus dem Bereich des Sozialen mit Hinweis auf die Eigenverantwortlichkeit herauszieht.

„Die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates folgt längst nicht mehr dem Paradigma durch Recht und soziale Dienstleistungen soziale Gerechtigkeit und gesellschaftliche Teilhabe herzustellen. Vielmehr dominieren wohlfahrtsstaatlich Programmstrukturen, die entlang neo-liberaler Orientierungen auf die technische Machbarkeit bei der Bearbeitung sozialer Probleme abheben, auf Markt und Wettbewerb setzen, Problemlagen individualisieren und sozialpädagogisieren“ (Badawia et al. 2006, S. 9).

Exemplarisch für diese Entwicklung ist die Privatisierung sozialer Dienstleistungen u.a. unter dem Stichwort des ‚New Public Management‘. Dieses neue Steuerungsmodell unterstützt die Übernahme privatwirtschaftlicher Methoden in die staatlichen Verwaltungsaufgaben. Anfang der 1990er Jahre eingeführt, nimmt es den Menschen die Möglichkeit der demokratischen Mitbestimmung und Wahlfreiheit in der Inanspruchnahme sozialer Dienstleistungen. Durch die Inszenierung von Konkurrenz, in der durch Ausschreibungsverfahren ein Kosten-Nutzen-Wettbewerb zwischen freien Trägern der Sozialhilfe initiiert wird, steigt die Effizienzerwartung deutlich an. Die Leistungen mit den stärksten Wirkungen zu den günstigsten Preisen gewinnen dabei den Wettlauf um den Auftrag. Das jeweilige Amt ‚verkauft‘ somit seine Leistungen an freie Anbieter weiter. Die KlientInnen, in diesem Modell als KundInnen bezeichnet, können jedoch nur konsumieren, nicht steuern. Als demokratisches Verfahren mit mehr Auswahlmöglichkeiten verkauft, ist dies lediglich eine Inszenierung von Wahlfreiheit, da der tatsächliche Vertrag über die Dienstleistung im „purchaser-provider-split“ zwischen Kommune und Träger geschlossen wird und es damit keine Verpflichtungen gegenüber dem Klientel gibt.

„In einseitig, aber gezielter Fehlinterpretation des Subsidiaritätsprinzips wird auch hier die Zuständigkeit für die Ressourcenbeschaffung vom Sozialstaat (als oberster Solidargemeinschaft) auf Anbieter („Soziomarketing“) und ‚Kunden‘ verlagert und führt damit zur verstärkten Kommerzialisierung und Kommodifizierung personenbezogener sozialer Dienstleistungen“ (Pfaffenberger 2007, S. 207).

Die BürgerInnen haben in dieser Konstellation keine Möglichkeit der Partizipation an Wahlalternativen. Der Staat entledigt sich seiner originären Aufgaben durch den Verweis auf ökonomische Zwänge (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2008, S. 53f.). Die Soziale Arbeit fungiert in diesem Spiel sowohl auf Seiten des Staates als auch auf Seiten der freien Wohlfahrtspflege als Spielball neuer betriebswirtschaftlicher Steuerungsmaßnahmen, in denen sie nicht mehr nur Fachlichkeit und Inhalt als Wertmaßstab für öffentliche Leistungen gelten lässt, als viel-

mehr finanzielle Effizienzmaßstäbe. Damit unterstützt die Profession die Auslagerung sozialer Verantwortung durch den Staat und übernimmt ihrerseits für ihr Klientel keine Verantwortung im Sinne einer anwaltschaftlichen Wahrnehmung von demokratischer Autonomie.

„Die Verlagerung von sozialstaatlicher Verpflichtung auf marktförmige Verfügbarkeit (bzw. Nicht-Verfügbarkeit) sozialer Dienstleistungen bringt neben der Entpolitisierung auch die Gefahr der Entfremdung der Profession von ihrem Berufsauftrag“ (Pfaffenberger 2007, S. 208).

Der ‚Managerialismus‘⁹, der als neues Leitprinzip gilt, steht aufgrund seiner betriebswirtschaftlichen Ausrichtung der „Förderung von Handlungsfähigkeit und Autonomie sowie dem Ermöglichen von sozialer und politischer Partizipation als Zielen der Sozialen Arbeit“ (Hobi et al. 2011) entgegen. Die Folgen von Privatisierungen staatlicher Aufgaben und Institutionen zeigen somit deutlich auch in der Sozialen Arbeit postdemokratische Auswirkungen für die Transparenz, Informiertheit und Beteiligungsmöglichkeiten der KlientInnen. Es gibt, wie Crouch dies für die Politik nachgezeichnet hat, auch im sozialstaatlichen Handeln keine AnsprechpartnerInnen mehr, die Verantwortung übernehmen und die für die Menschen direkt erreichbar sind, da die vermeintlich Verantwortlichen ihrerseits auf freie Träger und nicht zuletzt auf die BürgerInnen selbst verweisen. Damit entsteht eine scheinbar undurchschaubare Verantwortungskette, die die Legitimation für ihr Handeln jeweils aus individuellen Verträgen und nicht aus ihrer öffentlichen Beauftragung bezieht.

Strukturelle Problemlagen und soziale Ungleichheiten werden infolge der gerade beschriebenen neuen Steuerungsmodelle und der neoliberalen Ideen zum persönlichen Versagen des Einzelnen umgedeutet. Der Sozialstaat verliert durch die Privatisierung und Kommerzialisierung seine Grundlagen, was eine maßgebliche Veränderung für die Soziale Arbeit darstellt. Sie existiert zwar weiterhin, jedoch ändern sich ihre Funktionsweisen und Handlungslogiken radikal: Der „sozial- und wohlfahrtsstaatliche Zusammenhang“ zwischen Staat und Sozialpädagogik geht verloren, da durch den „reformierten Wohlfahrtskapitalismus“ (Ziegler 2008, S. 161) „das Soziale in und an der Marktwirtschaft“ (Ziegler 2008, S. 161) orientiert wurde. Damit verändert sich zwangsläufig auch das Profil der Sozialen Arbeit, die als ausführendes Organ der öffentlichen, respektive staatlichen Vorgaben nicht mehr ausschließlich beratend-anleitende Funktionen übernimmt, sondern vor allem normierend-normalisierend ar-

9 ‚Managerialismus‘ beschreibt die Dezentralisierung und Autonomisierung von Verwaltungsaufgaben, die von professionellen ManagerInnen übernommen werden, während sich die politischen MandatsträgerInnen aus den alltäglichen Aufgaben herausziehen und damit die Verantwortung auslagern (vgl. dazu u.a. Grohs 2010, S. 61ff.).

beitet. Durch die Veränderungen der wohlfahrtsstaatlichen Organisationsform durch eine Entstaatlichung sozialer Arenen zugunsten der Wirtschaft und Ökonomie werden die Professionellen im sozialen Bereich auf die Gesellschaft zurückgeworfen und müssen sich dort strukturell, wie auch inhaltlich, neu verorten. Problematisch ist, wenn es im Zuge dieser Entstaatlichung zu Responsibilisierungen der BürgerInnen durch die Soziale Arbeit kommt (vgl. Winkler 2006, S. 60). Dies geschieht in den Fällen, in denen die Menschen durch die Umorganisation keine nötige institutionelle Sicherheit und keine festen Rahmenbedingungen von den SozialarbeiterInnen bekommen können, von diesen aber zugleich in ihrer Lebensführung autonomer gemacht werden sollen: Die Voraussetzungen wie materielle und finanzielle Sicherheit werden also nicht geschaffen, während dennoch aktivere und engagiertere BürgerInnen ‚erzogen‘ werden sollen. Thomas H. Marshall erkannte diese Krux bereits in den fünfziger Jahren:

„Je mehr man Wohlstand als schlüssigen Beweis von Leistung sieht, desto mehr neigt man dazu, Armut als Zeichen des Versagens zu betrachten“ (Marshall 1992, S. 56).

Die Forderung nach Eigenverantwortung von Seiten des Staates wird so unreflektiert auch in der Sozialen Arbeit wiederholt und stößt damit die Menschen immer wieder in dieselbe Falle der Selbstschuldzuweisung, ohne strukturell und damit auch politisch Verantwortung zu übernehmen oder diese Verantwortungsübernahme durch den Sozialstaat einzufordern (vgl. Winkler 2006, S. 61). Die Machtasymmetrien werden durch diese Verhältnisse auch von den Professionellen der Sozialen Arbeit weiter differenziert und gestärkt:

„Durch die Politik implementierte sozialpädagogische Praxen sind – auch im Falle vorgesehener Öffnung für eigenständige sozialpädagogische Ermessensspielräume – nicht gegen etablierte Herrschaftsstrukturen gerichtet, sondern ein konstitutiver Teil derselben; sie operieren im Rahmen eines hegemonialisierten Diskurses zu dem jeweiligen sozialen Problem“ (Dollinger 2011, S. 237).

Dies geschieht z.B. durch die lebensweltorientierten Hilfen zur Bewältigung subjektiver Problemlagen. Die Professionellen der Sozialen Arbeit unterstützen die individuelle Verantwortungszuschreibung und vermeiden einen Blick auf die Ursachen der Problemlagen, die nicht nur auf der Mikroebene der direkten Lebenswelt zu finden sind, sondern strukturell auf der Makroebene liegen. Ohne eine Beachtung von strukturell, d.h. politisch verursachten Problemen verwaltet die Soziale Arbeit die Menschen in ihren benachteiligten Lagen ohne an der Grundproblematik etwas zu verändern (vgl. Müller 2005, S. 275ff.). Im Zentrum der Sozialen Arbeit steht dann nicht mehr die Frage, ob Menschen ihr Leben selbst bestimmen und Wahlmöglichkeiten nutzen können, sondern wie

die Menschen die Möglichkeiten der Lebensgestaltung nutzen – oftmals mit der negativen Behauptung, dass die BürgerInnen der Unterschicht bei der Inanspruchnahme ihrer gesetzlich garantierten bürgerlichen Rechte und Pflichten individuell versagen. Wer dem Paradigma der Leistungsgerechtigkeit vor allem auf dem Erwerbsmarkt nicht folgen kann, der verliert seine Berechtigung auf Hilfe. Es

„findet eine Verschiebung im Spektrum der Zielgruppe statt: Dort, wo der Bedarf am stärksten wächst, am unteren Ende der sozialen Leiter, werden Leistungen und Leistungsangebote zurückgenommen und dorthin verlagert, wo marktförmig erbrachte Dienstleistungen eher aufgenommen werden können, bei besser situierten ‚Kunden‘“ (Pfaffenberger 2007, S. 207).

Die Soziale Arbeit verliert infolge dieser Mechanismen ihre emanzipatorische und unterstützende Funktion für alle Menschen, besonders für jene in benachteiligten Lebenslagen, indem sie eine Wertigkeit zwischen ‚guten‘ und ‚schlechten‘ KlientInnen zulässt und damit den elitären Diskurs des Neoliberalismus verinnerlicht. Sie gibt in dem Fall der Übernahme neoliberaler Muster zudem ihre Definitionsmacht über Notlagen und Missstände in der Gesellschaft auf. Die sozialpädagogische Arbeit behandelt nach Bernd Dollinger daher weniger Probleme aufgrund eines Leidensdrucks von KlientInnen oder strukturellen Defiziten, sondern sie „resultiert aus voraussetzungsvollen Problematisierungen, die öffentlich kommuniziert, politisch – und damit herrschaftlich – qualifiziert werden“ (Dollinger 2011, S. 229). Wie bereits beschrieben übernehmen Lobbyisten aus Politik und Wirtschaft aufgrund ihres Sponsorings die Problemdefinition zivilgesellschaftlicher Missstände, von denen auch die Soziale Arbeit abhängig ist. Problematisch ist dies aus demokratischer Sicht vor allem, weil die Frage entsteht, wer in diesen Feldern nicht nur die Definitionsmacht übernimmt, sondern in der Folge auch inhaltlich die Bearbeitung der Probleme vorzugeben meint. Die finanzielle Abhängigkeit von sozialen Dienstleistungen beinhaltet dabei die Gefahr einer absoluten Vereinnahmung sozialer Themen durch die Wirtschaft und damit einer praktischen Handlungsunfähigkeit der Sozialen Arbeit:

„Im Zuge der neoliberalen Politik der letzten dreißig Jahre droht die Soziale Arbeit als repressive Hilfsinstanz zur Kontrolle und Sozialdisziplinierung reduziert zu werden“ (Hobi et al. 2011).

Wie auch die Politik ist die Soziale Arbeit von den sprachlichen Veränderungen durch den Neoliberalismus betroffen. Die politische Benennung von sozialarbeiterischen Aufgaben führt zu einer Übernahme sprachlicher Neuregelungen aus Politik und Wirtschaft, indem z.B. aus benachteiligten AdressatInnengruppen ‚Bildungsferne‘, ‚Risikofamilien‘ oder ‚Unterschichtskinder‘ gemacht wer-

den. Diese Begriffe folgen der Logik der Leistungsgerechtigkeit und wirken gegenüber Menschen in belasteten Lebenslagen diskriminierend und exkludierend. Ganze Teile der Gesellschaft werden so homogenisiert, es kommt zur „Parzellierung von Zielgruppen (Arbeitslosen, Arbeitsunfähigen und Kranken)“ (Pfaffenberger 2007, S. 206). Die Soziale Arbeit kann bei solchen unkritisierten Professionseingriffen durch Politik und Wirtschaft dem Anspruch der „Anerkennung der Gesellschaftsmitglieder in ihrer Gleichheit und spezifischen Besonderheit“ (Burdewick 2006, S. 237) nicht gerecht werden. Soziale Arbeit entzieht sich in der unreflektierten Mitarbeit an den neoliberalen Transformationen ihrer selbstgewählten Verantwortung für „Normbegründungs- und Politikproblemen“ (Müller 2005, S. 276) und verliert die konstitutive Arbeitsgrundlage einer demokratischen Gerechtigkeitsprofession. „Schlimmstenfalls werden Herrschaftskonstellationen sozialtechnologisch verlängert“ (Müller 2005, S. 276), wenn Soziale Arbeit mit „rigiden Instrumenten der Durchsetzung herrschaftlicher Rationalitäten operiert“ (Dollinger 2011, S. 236). Soziale Arbeit gerät dann zwischen die Fronten von staatlich kontrollierendem und normierendem Handeln und ihrem Auftrag der demokratischen Entwicklung. Sie steht im Konflikt, dass sie „immer wieder in Normierungsprozeduren und Herrschaftspraktiken eingespeist wird (und dies durchaus auch selbst realisiert)“ (Dollinger 2011, S. 229), indem beispielsweise Projekte durch die Finanzierung großer Konzerne die Verhaltensnormierung unter den Schlagwörtern der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Verantwortungsübernahme postulieren. Unter den Aspekten von Macht und damit auch Demokratie wird deutlich, dass die Transformation der sozialen Leistungserbringung unter den Aspekten der Normalisierung, Erziehung und Verhaltensprävention vollzogen wird. Dadurch entsteht eine klare Machtasymmetrie zwischen denjenigen, die im System sind und die Regeln bestimmen können, d.h. eben auch SozialarbeiterInnen, und jenen, die aufgrund unterschiedlicher Faktoren außerhalb des Systems stehen.

„Festzuhalten ist [...], dass es in den westlichen politischen Systemen selektive Filter gibt, welche sowohl der Partizipation als auch der Repräsentation der Unterschichten in der Politik strukturell im Wege stehen“ (Jörke 2005, S. 488).

Die Illusion der Freiheit durch die Betonung von eigener Entscheidungsmacht verhindert dabei, dass die Aktivierungs- und Steuerungsfunktionen des Staates als Individualisierung struktureller Problemlagen und ökonomisch-politischer Disparitäten erkannt werden (vgl. Ziegler 2008, S. 167ff.). Diese Intransparenz in der praktischen Sozialen Arbeit unterstützt maßgeblich die postdemokratischen Entwicklungen einer reduzierten politischen und gesellschaftlichen Partizipation der BürgerInnen.

Herausforderungen für die Positionierung der Sozialen Arbeit in der postdemokratischen Gesellschaft

Die Demokratie befindet sich in der Krise. Die beschriebenen Studien und Forschungen, aber ebenso die gesellschaftliche Analyse von Crouch bestätigen dies. Die Konsequenzen für die bürgerschaftliche Partizipation sind dabei massiv.

Soziale Arbeit muss sich als Profession vor dem im vorliegenden Artikel beschriebenen postdemokratischen gesellschaftlichen Hintergrund mit ihrem demokratischen Anspruch sowohl für das politische, als auch für das pädagogische Aufgabenfeld neu konstituieren und öffentlich positionieren. Ein Patentrezept dafür gibt es kaum. Zudem ist es fraglich, ob die Profession, die in scheinbar unendlich viele verschiedene Arbeitsfelder zerfallen ist, überhaupt einen gemeinsamen Anspruch der Repolitisierung erheben kann. Die folgenden Entwicklungspunkte sind daher als Anregungen und Ideen zu verstehen, die selbstverständlich an zahlreichen Einflüssen und Kontexten anecken können und Schwierigkeiten in der postdemokratischen Gegenwart gegenüberstehen. Wichtig ist jedoch eine Perspektive, die richtungsweisend für die Soziale Arbeit in den zukünftigen Jahren sein wird:

„Durch eine Reaktivierung der demokratischen Möglichkeiten Sozialer Arbeit können neue Formen der Vergesellschaftung und der gesellschaftlichen Partizipation entstehen, die besonders in Zeiten der Postmoderne und der Postdemokratie von Bedeutung sein können“ (vgl. Müller 2005, S. 287).

Zum einen muss es der Profession daher um den Kampf um Autonomie in finanzieller, thematischer und auftragsbezogener Hinsicht gehen. Durch eine wissenschaftlich fundierte Theorie Sozialer Arbeit muss die hegemoniale Stellung der politischen und wirtschaftlichen Mächte im Bereich des Sozialen gebrochen werden, sodass die Maxime von sozialem Handeln nicht länger die ökonomische Effizienz und die Machterhaltung, sondern die professionelle Fachlichkeit ist. Nur so können die Menschen in benachteiligten Lebenslagen bedarfsgerecht und individuell durch SozialarbeiterInnen begleitet und in ihren demokratischen Potentialen gefördert werden. Die Partizipation ist eine Grundidee Sozialer Arbeit, da sich diese als Profession auf Augenhöhe mit ihren KlientInnen sieht, während besonders Politik und Wirtschaft ein Interesse an der Aufrechterhaltung der bestehenden Machtasymmetrien und Hierarchien haben (vgl. Pfaffenberger 2007, S. 206). Der neoliberale Elitediskurs, der postdemokratische Entwicklungen beschleunigt, muss durch eine Orientierung und eine stärkere öffentliche Ausrichtung an den allgemeinen Menschenrechten als undemokratisch und unmenschlich abqualifiziert werden. Die Bürgerrechte nach Marshall sind dabei als Bezugspunkt wichtig, da sie die Bedeutung und den Zusam-

menhang von bürgerlichen, politischen und sozialen Rechten verdeutlichen und im Nationalstaat durch Grundgesetze festgelegt sind. Vor dem Hintergrund einer nationalstaatlichen Statusabhängigkeit in Zeiten von Globalisierung und Migration greifen sie jedoch zu kurz und exkludieren Bevölkerungsgruppen im Staat von diesen Rechten mit nachteiligen Konsequenzen für deren Partizipationsmöglichkeiten. Dies ist nicht im Interesse der Sozialen Arbeit. Die Menschenrechte, deren einziger Bezugspunkt das Menschsein ist, sind daher als Maßstab für den Umgang mit den BürgerInnen gerechter, demokratischer und universeller (vgl. Staub-Bernasconi 2008, S. 9ff.). Zudem ist eine Orientierung am Berufsethos der Sozialen Arbeit, wie z.B. vom IFSW oder DBSH formuliert, besonders in Zeiten von gesellschaftlichem Wandel zur Übernahme von Anwaltschaft wichtig.

Eine neutrale Position der Profession hat zu ihrer Entpolitisierung und Vereinnahmung durch neoliberale Trends beigetragen. Eine klare Distanzierung zu amoralischen Strukturen und ein Bezug auf die normativen Werte der demokratischen Gesellschaft sind daher die zentrale Herausforderung, um eine Gegenposition zu Politik und Wirtschaft zu bilden. Soziale Arbeit als Handlungswissenschaft, die nicht nur wissenschaftlich forscht, sondern auch praktisch agiert, darf dabei nicht nur deskriptiv wirken. In diesem Punkt muss zugleich auf theoretischer Ebene eine Debatte darüber geführt werden, inwieweit eine Wissenschaft grundsätzlich normativ sein kann, darf und aufgrund ihres Handlungsfeldes auch sein muss, oder ob eine rein analytische Betrachtung Wissenschaft qualifiziert. Will sich Soziale Arbeit theoretisch von der Abhängigkeit zu ihren Bezugswissenschaften befreien und als eigenständige Profession definieren, muss dies auch vor dem Hintergrund einer ethischen Reflexion der praktischen Arbeit und ihrer demokratischen Potentiale stattfinden. Auch Norbert Kersting et al. betonen die Wichtigkeit einer normativen Positionierung im Zuge der verändernden demokratischen Funktionslogiken:

„Ein Wandel der Demokratie ist notwendig und zwangsläufig. Aber um eine positive und keine negative Entwicklung zu bewerkstelligen, muss es normativ und zielgerichtet sein“ (Kersting et al. 2008, S. 41).

Hans Pfaffenberger weist darauf hin, dass nur eine gemeinsame Formulierung von Handlungs- und Aufgabenfeldern – unabhängig der einzelnen sozialarbeiterischen „partikularistischen Interessen“ (Pfaffenberger 2007, S. 207) der einzelnen Fachgebiete – die Idee der sozialen Gerechtigkeit und eines umverteilenden Sozialstaatsarrangements zur „Interessenvertretung der von Benachteiligung und Ausgrenzung am härtesten Betroffenen“ (Pfaffenberger 2007, S. 207) retten kann. Um dies zu erreichen, müssen sowohl politische Parteien, trotz ihrer Nähe zur Wirtschaft, als auch Gewerkschaften, Verbände und wissenschaftliche Akteure die normativen Gegenentwürfe gemeinsam entwickeln und

sich so gegen die rein ökonomischen Konzepte der Wirtschaftsmächtigen richten. Soziale Arbeit kann sich so als „Oppositionswissenschaft“ (Pfaffenberger 2007, S. 210) in der Gesellschaft neu ausrichten und kritisch die Entwicklungen im Wohlfahrtsstaat verfolgen und öffentlich benennen:

„Dies bedeutet auf der einen Seite für die Soziale Arbeit – in ihrer Stellung zwischen den lebensweltlichen Bereichen und den sozialstaatlichen Institutionen – die staatlichen Formen von Sozialpolitik herauszufordern, indem sie den Ansprüchen derjenigen, mit denen sie befaßt ist, einen Zugang zu und Artikulationsmöglichkeiten in den sozialstaatlichen Institutionen zu verschaffen versucht“ (Schaarschuch 1995, S. 66).

Soziale Bewegungen entwickeln durch diese Selbstthematizierung die Möglichkeit der Widerstands- und Gegenmacht zum globalen Abbau sozialer Rechte und haben die Chance, die politische Definition sozialer Problemlagen zu beeinflussen.

Zudem besteht die Forderung nach einer Erweiterung des professionellen Bezugsrahmens der Sozialen Arbeit, in der „das gemeinsame Lernen demokratischer Auseinandersetzungsformen zur Gestaltung der Gesellschaft in einem Miteinander verschiedener Akteure“ (Rätz-Heinisch 2007, S. 45) umgesetzt werden kann.

Müller betont im Hinblick auf die Professionellen der Sozialen Arbeit, dass sie die scheinbar veralteten Ansätze der Sozialpädagogik mit einer klaren politischen Ausrichtung in die aktuelle Theoriedebatte wieder aufnehmen müssen, damit sie ihre fachliche Identität erhöhen, ihre theoretische Differenzierung verdeutlichen und die politische Aufmerksamkeit steigern können (vgl. Müller 2005, S. 277f.). Soziale Arbeit muss insgesamt die historisch begründete und für die Gegenwart wichtige politische Reaktivierung der Profession stärker in den Blick nehmen.

Die Debatte, die in den USA bereits zur „citizenship“ geführt wird, muss auch zum Gegenstand der Diskussion in Deutschland werden, um deutlich zu machen, was unter Bürgerschaft, demokratischer Gesellschaft und demokratischem Staat zu verstehen ist und welche Bürgerrechte und -pflichten damit einhergehen. Auftrag der Sozialen Arbeit ist dann nicht mehr nur die Normalisierung und Wiedereinpassung von Bürgern in eine vorgegebene Gesellschaft, sondern die Befähigung in materieller wie immaterieller Hinsicht, die eigene Rolle als StaatsbürgerIn und als Mensch in einer demokratischen Gesellschaft zu kennen und autonom wahrzunehmen (vgl. Müller 2005, S. 283ff.). Um diese zu realisieren darf es in der politischen und sozialarbeiterischen Diskussion nicht ausschließlich um die Verteilung von materiellen Gütern gehen, wie sie häufig in der Tagespolitik medienwirksam mit Rückgriff auf Klischees von der übergelassenen und faulen Unterschicht inszeniert wird, sondern es muss ein

Umdenken „zu einer Debatte über soziale Wertschöpfung“ (Müller 2005, S. 285) stattfinden, die Handlungsspielräume für alle BürgerInnen eröffnet, Netzwerke schafft und Demokratie ebenso wie Partizipation zur Grundlage von politischen Entscheidungen macht.

Die wissenschaftlich fundierte Analyse der gesellschaftlichen und politischen Veränderungen von Beteiligungsverfahren ist die Grundlage, um den demokratischen Auftrag auszuführen und die Menschen in ihren Bürgerrechten zu stärken und damit zur Partizipation zu befähigen. Nur wenn die Professionellen das Spannungsfeld von Beteiligung und Postdemokratie kennen und dieses für ihr Klientel transparent machen, können demokratische Prozesse wirkungsvoll initiiert werden und eine postdemokratische, desintegrierende Arbeit kritisch reflektiert und vermieden werden.

Die Anzeichen einer postdemokratischen Entwicklung generell als Krise der Demokratie zu beschreiben, kann als Chance betrachtet werden. Wenn Crouchs Beobachtung eines parabelförmigen Verlaufs von demokratischen Werten stimmt, ist die Postdemokratie ein ‚normaler‘ Prozess in der Auseinandersetzung von Gesellschaft und Staat sowie von Demokratisierung. Dieser Prozess kann zur Rückbesinnung und zum Kampf um die demokratischen Bürgerrechte führen. In dessen Folge kann dann wieder eine prä-, und hochdemokratische Phase anschließen. Die Analysen von „Krisen beinhalten Chancen und Entscheidungen für neue Konzepte und Strategien“ (Kersting et al. 2008, S. 40) und müssen daher nicht per se als Schwarzmalerei und Zukunftspessimismus gewertet werden. Insbesondere diese Analysen bilden eine Grundlage für Transparenz, Bewusstmachung und damit für Veränderungen. Auch Crouch sieht unter diesem Blickwinkel seine Postdemokratiethese nicht als hoffnungslose Darstellung einer entdemokratisierten und apolitischen Gesellschaft, sondern als Herausforderung für all ihre Akteure, sich diesen Veränderungen kritisch und couragiert zu stellen:

„Es gibt keinen Grund zur Mutlosigkeit. Selten zuvor in der menschlichen Geschichte wurde den Mächtigen derart wenig Ehrfurcht entgegengebracht, ertönten Forderungen nach Offenheit und Transparenz derart laut, wurde das Handeln der ‚Großen‘ von derart vielen Bürgerinitiativen, Journalisten und Wissenschaftlern kritisch begleitet“ (Crouch 2011, S. 244).

Die postdemokratische Phase fordert den Einsatz für Freiheit und Gleichheit und eine neue Diskussion über die Füllung von Begriffen wie sozialer Gerechtigkeit durch die BürgerInnen und insbesondere durch die SozialarbeitswissenschaftlerInnen, die durch ihre tägliche praktische, wie auch theoretische Arbeit an den Schnittstellen tätig sind, an denen diese Werte in der Gefahr stehen, vernachlässigt zu werden. Die Konfrontation mit einer Debatte um ihre professi-

onseigenen demokratischen Werte und Handlungslogiken kann als Chance für die Neupositionierung im politischen Kontext genutzt werden.

Literatur

- Badawia, Tarek/Luckas, Helga/Müller, Heinz (2006): Einleitung, in: dies. (Hg.): Das Soziale gestalten. Über Mögliches und Unmögliches in der Sozialpädagogik, Wiesbaden, S. 9-16
- Badawia, Tarek/Luckas, Helga/Müller, Heinz (Hg.) (2006): Das Soziale gestalten. Über Mögliches und Unmögliches in der Sozialpädagogik, Wiesbaden
- Böllert, Karin/Hansbauer, Peter/Hasenjürgen, Brigitte/Langenohl, Sabrina (Hg.) (2006): Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren. Sechster Bundeskongress Sozialer Arbeit, Wiesbaden
- Bütow, Birgit/Chassé, Karl August/Hirt, Rainer (Hg.) (2008): Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmung Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat, Opladen-Farmington Hills
- Bundeszentrale für politische Bildung: MB 05.12 Wahlbeteiligung im Bund und im Land NRW 1949 – 2005, verfügbar unter: <http://www.bpb.de/files/OP1KC5.pdf> (Stand: 31.07.2011)
- Bundeszentrale für politische Bildung: Mitgliederentwicklung der Parteien, verfügbar unter: <http://www.bpb.de/themen/1YML48,0,Mitgliederentwicklung.html> (Stand: 20.08. 2011)
- Burdewick, Ingrid (2006): Politische Partizipation und Anerkennung, in: Böllert, Karin/ Hansbauer, Peter/Hasenjürgen, Brigitte/Langenohl, Sabrina (Hg.): Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren. Sechster Bundeskongress Sozialer Arbeit, Wiesbaden, S. 227-240
- Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hg.) (2008): Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden
- Butterwegge, Christoph (2008): Rechtfertigung, Maßnahmen und Folgen einer neoliberalen (Sozial-)Politik, in: ders./Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hg.): Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden, S. 135-219
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Bonn
- Crouch, Colin (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin
- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Nobert (2008): Der Effizienzstaat: Die Neuausrichtung des Sozialstaats durch Aktivierungs- und soziale Investitionspolitik, in: Bütow, Birgit/Chassé, Karl August/Hirt, Rainer (Hg.): Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmung Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat, Opladen-Farmington Hills, S. 43-58
- Deppe, Frank (2008): Globalisierung und Ausgrenzung, in: Ahorn, Roland/Bettinger, Frank/Stehr, Johannes (Hg.): Sozialer Ausschluss und Soziale Arbeit. Positionsbestimmung einer kritischen Theorie und Praxis Sozialer Arbeit, Wiesbaden, S. 51-62
- Deutscher Berufsverband für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Heilpädagogik e.V. (DBSH) (1997): Berufsethische Prinzipien des DBSH, Göttingen, verfügbar unter: <http://www.dbsh.de/BerufsethischePrinzipien.pdf> (Stand: 29.01.2012)

- Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode: Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 1999, verfügbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/050/1405050.pdf> (Stand: 20.08.2011)
- Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode: Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2001, verfügbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/15/007/1500700.pdf> (Stand: 20.08.2011)
- Deutscher Bundestag, 15. Wahlperiode: Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2003, verfügbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/15/055/1505550.pdf> (Stand: 20.08.2011)
- Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode: Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2005, verfügbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/16/050/1605090.pdf> (Stand: 20.08.2011)
- Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode: Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2007, verfügbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/125/1612550.pdf> (Stand: 20.08.2011)
- Deutscher Bundestag, 17. Wahlperiode: Bekanntmachung von Rechenschaftsberichten politischer Parteien für das Kalenderjahr 2009, verfügbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/048/1704800.pdf> (Stand: 20.08.2011)
- Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (2002): Bericht Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Berlin, verfügbar unter: <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf> (Stand: 15.02.2012)
- Dewey, John (1964): Erziehung zur Demokratie. Eine Einleitung in die philosophische Pädagogik, Braunschweig
- Dickhaus, Barbara/Dietz, Kristina (2004): Private Gain – Public Loss? Folgen der Privatisierung und Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen in Europa, in: rls-standpunkte, verfügbar unter: http://edoc.vifapol.de/opus/volltexte/2009/981/pdf/Standpunkte_0411.pdf (Stand: 19.09.2011)
- Dollinger, Bernd (2011): Die politische Identität der Sozialpädagogik, in: Neue Praxis. Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik, Heft 3, S. 228-242
- Engartner, Tim (2008): Privatisierung und Liberalisierung – Strategien zur Selbstentmachtung des öffentlichen Sektors, in: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (Hg.): Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden, S. 87-133
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) (2008): Arbeitspapier (Entwurf): Persönliche Lebensumstände, Einstellungen zu Reformen, Potenziale der Demokratieentfremdung und Wahlverhalten, Bonn, verfügbar unter: http://www.fes.de/aktuell/documents2008/Zusammenfassung_Studie_GPI.pdf (Stand: 31.07.2011)
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) (2009): Öffentliche Dienstleistungen: unverzichtbarer Baustein der Daseinsvorsorge! Zwei Jahrzehnte Privatisierung: Bilanz und Ausblick, Bonn, verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/06514.pdf> (Stand: 14.09.2011)
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) (2011a): Demokratie Deutschland 2011, Berlin, verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/08036.pdf> (Stand: 31.07.2011)

- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) (2011b): Sprichst du Politik?, Berlin, verfügbar unter: http://www.sprichst-du-politik.de/downloads/sprichst-du-politik_Studie.pdf (Stand: 01.08.2011)
- Galuske, Michael (2008): Fürsorgliche Aktivierung – Anmerkungen zu Gegenwart und Zukunft Sozialer Arbeit im aktivierenden Staat, in: Bütow, Birgit/Chassé, Karl August/Hirt, Rainer (Hg.): Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmung Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat, Opladen-Farmington Hills, S. 9-28
- Gesellschaft für Konsumforschung: Internationale GfK-Studie zum Vertrauen der Bürger in verschiedene Berufsgruppen und Organisationen, verfügbar unter: http://www.gfk.com/imperia/md/content/presse/pressemeldungen2010/100609_pm_trust_index_2010_dfinal.pdf (Stand: 31.07.2011)
- Grohs, Stephan (2010): Modernisierung kommunaler Sozialpolitik. Anpassungsstrategien im Wohlfahrtskorporatismus, Wiesbaden
- Heins, Volker (2006): Der unsichtbare Händedruck. Einwände gegen Lobbying, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Bonn, S. 69-75
- Hobi, Barbara/Pomey, Marion/Studer, Tobias/Labhart, David (2011): Tagungsbericht: Demokratie und Soziale Arbeit. Die Bedeutung von Demokratie für Theorie und Praxis. Tagung der Universität Zürich Institut für Erziehungswissenschaft; Lehrstuhl Sozialpädagogik. Zürich 2011, verfügbar unter: http://paed-services.uzh.ch/fckeditor_downloads/file/PSPRohner/Tagungsbericht-Januar2011.pdf (Stand: 29.01.2011)
- Jörke, Dirk (2005): Auf dem Weg zur Postdemokratie?, in: Leviathan – Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Jahrgang 33, Heft 4, S. 482-491
- Kersting, Norbert (2008): Innovative Partizipation: Legitimation, Machtkontrolle und Transformation. Eine Einführung, in: ders. (Hg.): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, Wiesbaden, S. 11-39
- Kersting, Norbert (Hg.) (2008): Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, Wiesbaden
- Leif, Thomas/Speth, Rudolf (2006a): Die fünfte Gewalt. Anatomie des Lobbyismus in Deutschland, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Bonn, S. 10-37
- Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hg.) (2006b): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Bonn
- Leif, Thomas (2004): Wer bewegt welche Ideen? Medien und Lobbyismus in Deutschland, in: Müller, Ulrich/Giegold, Sven/Arhelger, Malte (Hg.): Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen, Hamburg, S. 84-89
- Lösch, Bettina (2008): Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie, in: Butterwegge, Christoph/dies./Ptak, Ralf (Hg.): Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden, S. 221-283
- Marshall, Thomas H. (1992): Staatsbürgerrechte und soziale Klassen, in: Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates, Frankfurt a. M. - New York, S. 33-94
- Meyer, Katrin (2011): Kritik der Postdemokratie. Rancière und Arendt über die Paradoxien von Macht und Gleichheit, in: Leviathan – Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jahrgang 39, Heft 1, S. 21-38
- Meyer, Thomas (2009): Was ist Demokratie? Eine diskursive Einführung, Wiesbaden

- Mührel, Eric (2009): Soziale Arbeit im gesellschaftlichen Wandel. Anfragen an die Profession und Disziplin zu Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Sozialpädagogik und Soziale Arbeit in der Blauen Eule. Band 15, Essen
- Müller, Carsten (2005): Sozialpädagogik als Erziehung zur Demokratie. Ein problemgeschichtlicher Theorieentwurf, Bad Heilbrunn
- Müller, Ulrich/Giegold, Sven/Arhelger, Malte (Hg.) (2004): Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen, Hamburg
- Pfaffenberger, Hans (2007): Das Soziale: Nebenschauplatz in Politik und Sozialer Arbeit?, in: Hering, Sabine (Hg.): Bürgerschaftlichkeit und Professionalität. Wirklichkeit und Zukunftsperspektive Sozialer Arbeit, Sonderheft 1/2007 der Zeitschrift Sozial Extra, Wiesbaden, S. 205-210
- Ptak, Ralf (2008): Grundlagen des Neoliberalismus, in: Butterwegge, Christoph/Lösch, Bettina/ders. (Hg.): Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden, S. 13-86
- Rätz-Heinisch, Regina (2007): Soziale Arbeit und die Bürgerschaftlichkeit, in: Hering, Sabine (Hg.): Bürgerschaftlichkeit und Professionalität. Wirklichkeit und Zukunftsperspektive Sozialer Arbeit, Sonderheft 1/2007 der Zeitschrift Sozial Extra, Wiesbaden, S. 41-49
- Schaarschuch, Andreas (1995): Das demokratische Potential Sozialer Arbeit, in: Sünker, Heinz (Hg.): Theorie, Politik und Praxis Sozialer Arbeit. Einführung in Diskurse und Handlungsfelder der Sozialarbeit/Sozialpädagogik, Bielefeld, S. 48-70
- Schmidt, Manfred G. (2010): Demokratietheorien. Eine Einführung, Wiesbaden
- Seithe, Mechthild (2010): Schwarzbuch Soziale Arbeit, Wiesbaden
- Staub-Bernasconi, Silvia (2008): Menschenrechte in ihrer Relevanz für Theorie und Praxis Sozialer Arbeit. Oder: Was haben Menschenrechte überhaupt in der Sozialen Arbeit zu suchen?, in: Widersprüche: Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich, Heft 107: Soziale Arbeit und Menschenrechte, S. 9-32
- Vorländer, Hans (2009): Demokratie, Informationen zur politischen Bildung. Demokratie, Heft 284, Bonn
- Winkler, Michael (2006): Kleine Skizze einer revidierten Theorie der Sozialpädagogik, in: Badawia, Tarek/Luckas, Helga/Müller, Heinz (Hg.): Das Soziale gestalten. Über Mögliches und Unmögliches in der Sozialpädagogik, Wiesbaden, S. 55-80
- Ziegler, Holger (2008): Sozialpädagogik nach dem Neo-Liberalismus: Skizzen einer post-sozialstaatlichen Formierung Sozialer Arbeit, in: Bütow, Birgit/Chassé, Karl August/Hirt, Rainer (Hg.) (2008): Soziale Arbeit nach dem Sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmung Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat, Opladen-Farmington Hills, S. 159-176
16. Shell Jugendstudie 2010 (2010): Eine pragmatische Generation behauptet sich, Frankfurt a. M.

Soziale Arbeit als Regierung

Die Soziale Arbeit steht im 21. Jahrhundert einer Vielzahl an Anforderungen, Herausforderungen und möglicherweise auch Überforderungen gegenüber. Dazu zählen neben dem Umbau des Wohlfahrtsstaates, die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit und die immer weiter greifende Ausbreitung des Neoliberalismus. Der Ruf nach der Emanzipation der Profession, die ihren Auftrag selbst bestimmen soll, wird immer lauter. Auch findet die Reflexion von Sozialer Arbeit als Regierung sowie Fragen nach dem Regieren durch Sozialarbeitende und Regieren von Sozialarbeitenden immer mehr Aufmerksamkeit.

In Anlehnung an die Werke des französischen Philosophen und Sozialtheoretikers Michel Foucault (1926-1984) entstanden in den vergangenen Jahren eine Reihe von Schriften, welche die Regierungsweisen sowie Macht- und Herrschaftsverhältnisse der Sozialen Arbeit in Verbindung mit seinen Analysen stellen (vgl. Kessl 2005; Anhorn/Bettinger/Stehr 2007; Müller 2008; Weber/Maurer 2006 u.a.). Vor allem die Vorlesungen zur Gouvernamentalität und die Analysen der Selbst- und Fremdtechnologien werden häufig rezipiert und auf die gegenwärtige Soziale Arbeit und die neoliberale Transformation des Wohlfahrtsstaats bezogen. Neoliberale Regierungsformen werden mit dem Konzept der Gouvernamentalität¹⁰ erklärt und die Veränderungen von Körpererfahrungen sowie die Kontrolle und Kommerzialisierung von Lebensprozessen erfasst (vgl. Lemke 2007, S. 15).

Im Folgenden wird auf die Reflexion von Sozialer Arbeit als Regierung, Machtanalysen in der Sozialen Arbeit sowie neosoziale Transformationsprozesse eingegangen. Im Anschluss wird die kritische Reflexion Sozialer Arbeit im Umgang mit Regierungsweisen als Ausblick erörtert.

10 „Unter Gouvernamentalität verstehe ich die Gesamtheit, gebildet aus den Institutionen, den Verfahren, Analysen und Reflexionen, den Berechnungen und den Taktiken, die es gestatten, diese recht spezifische und doch komplexe Form der Macht auszuüben, die als Hauptzielscheibe die Bevölkerung, als Hauptwissensform die politische Ökonomie und als wesentliches technisches Instrument die Sicherheitsdispositive hat. Zweitens verstehe ich unter ‚Gouvernamentalität‘ die Tendenz oder die Kraftlinie, die im gesamten Abendland unablässig und seit sehr langer Zeit zur Vorrangstellung dieses Machttypus, den man als ‚Regierung‘ bezeichnen kann, gegenüber allen anderen – Souveränität, Disziplin – geführt und die Entwicklung einer ganzen Reihe spezifischer Regierungsapparate einerseits und einer ganzen Reihe von Wissensformen andererseits zur Folge gehabt hat“ (Foucault 2003, S. 820f.).

Soziale Arbeit als Teil von Regierung

Soziale Arbeit ist in das wohlfahrtsstaatliche Gefüge eingeflochten und eng mit der Sozialpolitik verbunden. Carsten Müller beschreibt, dass Soziale Arbeit und Regierungsweisen mehr Berührungspunkte haben, als es zunächst scheint. Die Profession ist von sozialpolitischen (staatlichen) Vorgaben rechtlich, organisatorisch, institutionell sowie ökonomisch betroffen. Daher ist Soziale Arbeit ein Gegenstand und ein Teil von Regierung (vgl. Müller 2008, S. 36). Fabian Kessl setzt die Implementierung der wohlfahrtsstaatlichen Regierungsweisen in Verbindung mit einer „seit dem 17. Jahrhundert veränderte(n) Thematisierung der Bevölkerung als Gegenstand liberaler Regierungskünste“ (vgl. Krasmann 2003, zit. n. Kessl 2006, S. 63). Der sozialpolitische Auftrag, der im zweiten Drittel des 19. Jahrhunderts in Deutschland formuliert wurde, stellt den Prozess der Normalisierung individueller wie kollektiver Lebensführung dar. Institutionen des Nationalstaats wurden damit beauftragt, die Lebensführung der Bürgerinnen und Bürger in einer vereinbarten Weise zu ermöglichen, aber auch zu beschränken. Die pädagogische Institutionalisierung der neuen national-wohlfahrtsstaatlichen Regierungsweisen erfolgt u.a. über die Soziale Arbeit (Kessl 2007, S. 204). Die Profession entstammt nicht nur „jüdisch-christlichen Ideen von Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, sondern ist vielmehr als soziale Kontrolle und Disziplinierung in frühbürgerlichen Stadtkulturen entstanden“ (Müller 2008, S. 36).

Regierung, im Sinne Foucaults, bezieht sich jedoch nicht nur auf staatliche Regierung. Foucault folgt bei seiner Analyse von Regierung La Perrière: „Regieren ist die richtige Anordnung der Dinge, derer man sich annimmt, um sie zu einem angemessenen Ziel zu führen“ (Foucault 2004a, S. 148). Er führt weiter aus, dass es darum geht „Dinge anzuordnen, das heißt eher Taktiken als Gesetze oder allenfalls Gesetze als Taktiken einzusetzen und es durch eine bestimmte Anzahl von Mitteln so einzurichten, dass [sic!] dieses oder jenes Ziel erreicht werden kann“ (Foucault 2004a, S. 150). An anderer Stelle erklärt Foucault: „Unter Regierung verstehe ich die Gesamtheit der Institutionen und Praktiken, mittels deren man die Menschen lenkt, von der Verwaltung bis zur Erziehung“ (Foucault 1996, S. 118ff., zit. n. Lemke/Krasmann/Bröckling 2000, S. 7).

Wird diese Ausführung von Regierung auf Soziale Arbeit bezogen, finden sich einige Anknüpfungspunkte. In der Praxis werden durch Methoden und Techniken Dinge angeordnet (z.B. Verhaltensweisen von Adressatinnen und Adressaten) und Menschen in eine bestimmte Richtung gelenkt, um sie zu einem angemessenen Ziel zu führen (Verhalten ändern). So wird bspw. ein junger Mann, der keine Ausbildungsstelle hat, veranlasst verschiedene berufsvorbereitende Maßnahmen zu durchlaufen, wie eine Einstiegsqualifizierung, diverse Bewerbungstrainings usw., um das Ziel zu erreichen, einen Ausbildungsplatz

zu erhalten. Durch das Einsetzen von Taktiken wird ein bestimmtes Ziel erreicht. Dieses Beispiel verdeutlicht, dass harmlose und durchaus auch notwendige Handlungen, immer auch eine Form von Regierung nach Foucault beinhalten.

„Regierung im Sinne Foucaults bezieht sich somit nicht in erster Linie auf die Unterdrückung von Subjektivität, sondern vor allem auf ihre ‚(Selbst-)Produktion‘, oder genauer: auf die Erfindung und Förderung von Selbsttechnologien, die an Regierungsziele gekoppelt werden können. Sie operiert nicht ausschließlich und notwendig über explizite oder implizite Verbote von Handlungsoptionen, sondern auch und gerade durch ihre Macht, Subjekte zu einem bestimmten Handeln zu bewegen“ (Lemke/Krasmann/Bröckling 2000, S. 29).

In der Sozialen Arbeit finden sich viele Anknüpfungspunkte zur Regierung im Sinne Foucaults. So kann bspw. die Theorie der Lebensweltorientierung von Hans Thiersch (vgl. Thiersch 2009) mit dem Regierungsverständnis Foucaults einer Analyse unterzogen werden. In der Lebensweltorientierung werden Menschen in ihrer Lebenswelt wahrgenommen und diese wird als Grundlage für die Arbeit mit den Personen angenommen. Das Ziel ist es die Menschen zu stärken eigenverantwortlich ihr Leben zu gestalten. Folgt man den Ausführungen Foucaults ist dies eine Form von Regierung. Es geht nicht um die Unterdrückung des Menschen, sondern um die Erfindung und Förderung von Selbsttechnologien. Ist die Soziale Arbeit dann noch an staatliche oder kommunale Regierungsziele gekoppelt, wie bspw. in der Sozialpädagogischen Familienhilfe (vgl. Helming/Blüml/Schattner 2006), verwirklicht sie in der Orientierung an der Lebenswelt des Menschen die Selbstproduktion des Individuums, welches an die Ziele der Regierung (in diesem Fall dem Hilfeplan des Jugendamtes) gekoppelt sind. Die Verwirklichung der Ziele muss nicht über Verbote von Handlungsoptionen geschehen, sondern kann auch durch die Macht der Professionellen ihre Adressatinnen und Adressaten zu einem bestimmten Handeln zu bewegen, erreicht werden.

Um die spezifischen Regierungsweisen in der Profession analysieren zu können, ist es notwendig die Machtprozesse und Machtverhältnisse in der Sozialen Arbeit zu analysieren. Eine Soziale Arbeit, die sich selbst als politische Profession versteht und ihren politischen Auftrag wahrnimmt, muss sich mit Machtverhältnissen und Machtbeziehungen, ihrer Rolle im wohlfahrtsstaatlichen Gefüge und den damit zusammenhängenden Regierungsweisen auseinandersetzen. Dies ist notwendig, weil die Sozialarbeiter/Sozialarbeiterinnen-Klienten/Klientinnenbeziehung eine Machtbeziehung darstellt in der Ungleichheiten bestehen. Politisches Handeln, sei es partizipativ, anwaltschaftlich oder emanzipativ, setzt die Analyse der Machtverhältnisse innerhalb des wohlfahrts-

staatlichen Gefüges, der eigenen Profession und dem eigenen professionellen Handeln voraus. Hier bedarf es einer steten kritischen Reflexion.

Machtanalysen in der Sozialen Arbeit

„Was ich sagen will ist, dass in den menschlichen Beziehungen, was sie auch immer sein mögen, [...] die Macht stets präsent ist: Damit meine ich Beziehungen, die man auf unterschiedlichen Ebenen, in verschiedener Gestalt finden kann. Diese Machtbeziehungen sind mobile Beziehungen, sie können sich verändern und sind nicht ein für alle Mal gegeben. [...] Diese Machtbeziehungen sind also mobil, reversibel und instabil (Foucault 2005a, S. 890).

In der Sozialen Arbeit stellt die professionelle Klientenbeziehung eine Machtbeziehung dar (vgl. Garbers 2008, S. 174). In der Regel ist die Sozialarbeiterin oder der Sozialarbeiter die Person, die über mehr Macht verfügt. Diese Macht kann sich bspw. dadurch auszeichnen, dass mehr Wissen besteht, der gesellschaftliche Status höher ist und die Möglichkeit besteht Entscheidungen über Lebensinhalte der Klientin bzw. des Klienten zu treffen (z.B. Bewilligung von Anträgen, Mitteilungen von Verstößen gegen Vereinbarungen an Ämter). Die Machtbeziehung in diesem Feld stellt auch eine instabile und mobile Beziehung dar. Da das Ziel die Ermächtigung von Adressatinnen und Adressaten ist, damit sie ihr Leben selbst gestalten können, kann sich die Machtbeziehung verändern. So kann sich der gesellschaftliche Status angleichen, wenn ein Arbeitsloser wieder eine Arbeitsstelle gefunden hat. Im Beratungssetting besteht ebenfalls die Möglichkeit, dass sich die Machtbeziehung verändert. Der zu Beratende ist vielleicht zu Beginn befangen und fühlt sich der Beraterin unterlegen. Wenn die professionelle Beziehung gefestigt ist und Vertrauen besteht, kann sich diese Ebene der Machtbeziehung verändern. Die Beziehung zwischen Adressatinnen/Adressaten und Sozialarbeiterinnen/Sozialarbeitern ist also von einer instabilen, mobilen und reversiblen Machtstruktur gekennzeichnet. Auf der praktischen Ebene, der Mikroebene, wurde dies mit den angeführten Beispielen verdeutlicht.

Wichtig für die Analysen von Regierungsweisen der Sozialen Arbeit ist jedoch auch der Blick auf die Makroebene. Welche Rolle spielen Machtanalysen bei der Frage nach einer politischen Sozialen Arbeit im 21. Jahrhundert? Zur Betrachtung dieser Frage wird der Text „Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Trippelmandat. Wissenschaft und Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Soziale Arbeit“ (2007) von Silvia Staub-Bernasconi herangezogen. Staub-Bernasconi nennt in ihrem Aufsatz als eine der Schlüsselkompetenzen der Sozialen Arbeit die Kompetenz aktiv an öffentlichen Diskursen über soziale Probleme teilzunehmen (vgl. Staub-Bernasconi 2007, S. 6). Soziale

Arbeit mischt sich in öffentliche und somit auch politische Diskurse ein. Dadurch wird die Veränderung der Gesellschaft und in Teilen auch die Veränderung von Regierungsweisen mitgestaltet. Da Soziale Arbeit ein Teil von Regierung ist, verändert sie sich auch selbst. Die aktive Teilnahme an öffentlichen Diskursen heißt auch sich in Machtgefüge zu begeben. An den öffentlichen Diskursen über soziale Probleme nehmen häufig Vertreterinnen und Vertreter aus unterschiedlichen Professionen (Soziologie/Psychologie/Politikwissenschaft) teil. Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter gehen in der Auseinandersetzung in den Diskursen Machtbeziehungen mit den Vertreterinnen und Vertretern der anderen Professionen ein. Diese können gleichgestellt oder von einem ungleichen Machtverhältnis gekennzeichnet sein. Sie sind ebenfalls mobil, instabil und reversibel. In der instabilen und reversiblen Machtstruktur liegt m.E. eine Chance für die Soziale Arbeit, da sie ihren Platz als junge Profession in der Auseinandersetzung mit den etablierten Professionen erst noch festigen muss.

Die Auseinandersetzung mit den Machtanalysen Foucaults ist auch für die Reflexion der Methoden, Konzepte und Techniken der Sozialen Arbeit hilfreich. Die Ausführungen über die Disziplin lassen sich bspw. auf unterschiedliche Formen von Integration, einem Haupthandlungsfeld der Sozialen Arbeit, anwenden.

Foucault benennt als eine Erfindung auf dem Gebiet der politischen Technologien, die im 17. und 18. Jahrhundert entstanden sind, die Technologie der Disziplin. Disziplin ist der Machtmechanismus, über den der Gesellschaftskörper bis hin zum kleinsten Element, dem Individuum, kontrolliert wird. Dabei geht es um die Fragen wie jemand überwacht, das Verhalten kontrolliert, die Leistungen gesteigert und die Fähigkeiten verbessert werden können. Des Weiteren geht es bei der Disziplin um die Frage, wie das Individuum an den Platz gestellt werden kann, an dem es am nützlichsten ist (vgl. Foucault 2005b, S. 233).

Johannes Stehr sieht den Disziplinbegriff Foucaults als geeignetes Mittel, um die gegenwärtigen Entwicklungen in der Sozialen Arbeit kritisch zu analysieren (Stehr 2007, S. 36). Die Integration von Menschen in die Gesellschaft als ein Ziel von Sozialer Arbeit bekommt mit dem Disziplinbegriff Foucault eine andere Bedeutung. Hier ist zu hinterfragen, an welchen Platz ein Individuum gestellt wird, wo es als nützlich erachtet wird und vor allem wer diese Entscheidung für das Individuum trifft. „Integration im Foucaultschen Sinn meint zugleich ‚Einbeziehung‘ und ‚Formierung‘ bzw. ‚Nützlichmachung‘“ (Stehr 2007, S. 36). In diesem Sinne geht es bei der Integration darum Menschen zu normalisieren. Es wird eine Norm fabriziert, die zum einen Homogenität, Standardisierung und Konzepte des Normalen schafft. Auf der anderen Seite wird durch die Schaffung einer Norm und die Vermessung der Abstände zu dieser erst die Individualität hergestellt, die Individuen nach ihren Fähigkeiten und Leistungen un-

terscheidet, bewertet und kategorisiert (vgl. Stehr 2007, S. 31). Da diese Normalität zu großen Teilen über ökonomische Kriterien, wie der der Zugehörigkeit zum Arbeitsmarkt hergestellt wird, ändern sich die Aufgaben der Sozialen Arbeit mit der Verschiebung von *welfare* zu *workfare*¹¹ (vgl. Stehr 2007, S. 37). Den Adressatinnen und Adressaten können faktisch immer weniger lebensgestaltende Ressourcen (Gebrauchswerte) zugänglich gemacht werden, was zur Folge hat, dass Normalisierungen über keine materielle Basis mehr verfügen.

Dies wiederum lässt die Kontrollfunktion Sozialer Arbeit deutlicher hervortreten, die auf die individuelle Person zugreift. Es wird nicht mehr in die Arbeitskraft investiert, über erhöhte Disziplinanforderungen werden die Adressatinnen und Adressaten aber in eine Situation gebracht, in der sie „als unwillig, unfähig, problembelastet, undiszipliniert oder abweichend kriminell – letztlich als selbstverantwortlich legitimiert ausgeschlossen werden können“ (Stehr 2007, S. 37).

Diese Verschiebung von sozialarbeiterischen Aufgaben lässt sich mit den Analysen Foucaults eingehend reflektieren. Für die politische Positionierung Sozialer Arbeit, die häufig gefordert wird, ist eine grundlegende Beschäftigung mit Foucaults Ausführungen bedeutsam. Gerade in der Auseinandersetzung mit Sozialer Arbeit als Teil der Regierung sind Foucaults Unterscheidungen zwischen Machtbeziehungen, Herrschaftszuständen und Regierungstechnologien wichtig (vgl. Garbers 2008, S. 161). Diese bilden die Grundlage für eine erweiterte kritische Theorieauseinandersetzung, welche Möglichkeiten zu einer kritischen politischen Verortung aufzeigen.

Machtbeziehungen stellen nach Foucault „strategische Spiele“ dar, die sich im gesamten Feld sozialer Interaktionen und Beziehungen vollziehen. In Machtbeziehungen geht es um das Einwirken auf das mögliche und erwartete Handeln von anderen Individuen. Es gibt keine Machtbeziehung ohne Widerstand, Ausweg oder möglichen Umschwung (vgl. Foucault 2005c, S. 291f.). Sie sind also nicht unmittelbar auf Dauer angelegt und können sich permanent verändern.

Herrschaftszustände sind verfestigte Machtbeziehungen, die auf Dauer gestellte und mit ökonomischen oder politischen Mitteln institutionalisierte Ausübungen von Macht darstellen. Sie sind starr, unbeweglich und nicht-kontingent. Die sozialen Beziehungen sind in ihrer Freiheit eingeschränkt und vollziehen sich linear (vgl. Foucault 1993, S. 11, zit. n. Garbers 2008, S. 161).

11 Von *welfare* zu *workfare* beschreibt die Umstellung der Sozialpolitik von staatlich versorgenden Transferleistungen und Instrumenten der Versorgung in aktivierende und die individuelle Eigenverantwortung stärkenden Handlungsstrategien, die vorrangig arbeitsmarktpolitisch eingesetzt sind und die Integration in den Arbeitsmarkt zum Ziel haben (vgl. Wohlfahrt o.J., S. 3).

Zwischen den offenen Machtbeziehungen und einschließenden Herrschaftszuständen platziert Foucault die Regierungstechnologien. Diese stellen mehr oder weniger systematisierte, regulierte und reflektierte Formen der Machtausübung dar. Sie gehen über den spontanen und ungeordneten Charakter von Machtbeziehungen hinaus, verfallen aber nicht in die Dauerhaftigkeit und Starrheit von Herrschaftszuständen (vgl. Garbers 2008, S. 161f.).

Die Gouvèrnementalität ist eine Perspektive auf das komplexe Zusammenspiel von Machtbeziehungen, Regierungstechnologien und Herrschaftsbeziehungen (vgl. Garbers 2008, S. 161f.). Mit der Unterscheidung von Macht-, Regierungs-, und Herrschaftstechnologien ist es möglich die Freiheit, welche hier vorwiegend als Handlungsfreiheit verstanden wird, als integralen Faktor von Macht zu denken. Die Freiheit bedeutet immer auch die Möglichkeit von Widerstand (vgl. Garbers 2008, S. 162).

Wird Soziale Arbeit als eine Regierungstechnologie betrachtet, welche zwischen den Machtbeziehungen und Herrschaftszuständen steht, ergeben sich Möglichkeiten der reflektierten Form der Machtausübung.

„Wenn regiert wird, dann wird keine Handlung vorgeschrieben, sondern es wird ein Feld von Möglichkeiten betreten, auf dem versucht wird, die Entscheidungen hin zu einer bestimmten Handlung zu lenken oder zu führen“ (Garbers 2008, S. 165).

In der Sozialen Arbeit wird den Adressatinnen und Adressaten ein Raum an Möglichkeiten geschaffen oder aufgezeigt. Im Idealfall schreiben die Praktikerrinnen und Praktiker nicht vor, wie sich die Adressaten und Adressatinnen zu verhalten haben, sondern versuchen die Handlungen in eine bestimmte Richtung zu lenken. Den Schritt in die Richtung müssen die Adressatinnen und Adressaten schließlich selbst gehen. Die individuellen Handlungsfreiheiten werden nicht aufgehoben. Die Subjekte werden nicht in eine „bestimmte Art zu Sein“ hin diszipliniert, sondern in einer Weise geführt, die es ermöglicht, dass sich das Subjekt selbst in eine bestimmte Richtung entwickelt bzw. lenkt, in der es gesellschaftlich handlungsfähig in Machtbeziehungen wird (vgl. Garbers 2008, S. 166f.). Es geht also um eine Autonomieerweiterung und Emanzipation von Adressatinnen und Adressaten in gesellschaftlichen Machtbeziehungen und Herrschaftszuständen. Wenn sich Soziale Arbeit als eine Regierungstechnologie im Sinne Foucaults versteht, kann sie als vermittelndes Element zwischen den offenen Machtbeziehungen und geschlossenen Herrschaftszuständen stehen und Möglichkeiten der autonomen Lebensgestaltung aufzeigen.

Für die Reichweite einer gouvèrnementalen Machtanalyse der Sozialen Arbeit ist es notwendig, einen kritischen Blick auf Soziale Arbeit als Regierung des Subjekts zu legen (vgl. Garbers 2008, S. 172).

Neosoziale Transformationsprozesse

Die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus und seinem Einfluss auf den Wohlfahrtsstaat und die Soziale Arbeit hat in den letzten Jahren an Popularität in der Theorie gewonnen. In diesem Abschnitt werden die neosozialen Veränderungen aufgegriffen, welche die Individuen direkt betreffen und am Individuum und seiner Selbstwahrnehmung ansetzen. Dazu wird auf Foucaults Vorlesungen zurückgegriffen, in denen er den Homo oeconomicus als Unternehmer seines Selbst beschreibt. In seinen Ausführungen wird die neoliberale Wandlung des Verständnisses vom „ökonomischen Menschen“ dargestellt.

Das unternehmerische Selbst wird von Andrea D. Bührmann als „hegemoniales Leitbild einer nachmodernen und bisweilen als neoliberal qualifizierten Subjektivierung identifiziert“ (Bührmann 2007, S. 67). Laut Marianne Pieper orientiert sich das unternehmerische Selbst an Maximen ökonomischer Rationalität. Es tritt als neoliberal gewendeter Homo oeconomicus, als Unternehmer seiner selbst auf, codiert das Soziale in Chiffren des Ökonomischen und ist zur permanenten Selbstmodulation in der Lage (vgl. Pieper 2007, S. 99). Thomas Lemke et al. sehen im Neoliberalismus eine neue Form der Regierung, die das unternehmerische Selbst hervorgebracht hat.

„Zwar bindet auch der Neoliberalismus die Rationalität der Regierung an das rationale Handeln der Individuen; er sucht jedoch das rationale Prinzip für die Regulierung des Regierungshandelns nicht mehr in einer natürlichen Freiheit, die es zu respektieren gilt, sondern findet es in einer künstlich arrangierten Freiheit: dem unternehmerischen Verhalten der ökonomisch-rationalen Individuen“ (Lemke/Krassmann/Bröckling 2000, S. 15).

Das Modell des unternehmerischen Selbst tritt in verschiedenen Lebenswelten auf und gilt daher als hegemonial. In der Arbeitswelt tritt es als „Arbeitskraftunternehmer“ auf, in der Freizeit zeigt es sich in dem Anspruch fit, dynamisch und gesund zu sein, da dies als Beweis für einen engagierten Willen zum unternehmerischen Erfolg gedeutet wird (vgl. Bührmann 2007, S. 67). Das Auftauchen des unternehmerischen Selbst datiert Bührmann an den Beginn des letzten Drittels des 20. Jahrhunderts. Es taucht zuerst im Rahmen von Personalentwicklungsmaßnahmen größerer Unternehmen auf und wird in den 1970ern schließlich verstärkt nachgefragt (vgl. Bührmann 2007, S. 67).

Foucault hat das Auftauchen dieser Subjektivierungsweise in seiner Vorlesungsreihe zur Geburt der Biopolitik bereits in den 1970er Jahren dargestellt. Er beschreibt die Gesellschaft, die die Neoliberalen vor Augen haben, als eine, die den Mechanismen des Wettbewerbs entsprechend geregelt werden soll (vgl. Foucault 2004b, S. 208).

„Was man also zu erreichen sucht, ist nicht eine Gesellschaft, die dem Wareneffekt unterliegt, sondern eine Gesellschaft, die der Dynamik des Wettbewerbs untersteht. [...] Der homo oeconomicus, den man wiederherstellen will, ist nicht der Mensch des Tauschs, nicht der Mensch des Konsums, sondern der Mensch des Unternehmens und der Produktion“ (Foucault 2004b, S. 208).

Foucault geht in seinen Vorlesungen noch spezifischer auf den Homo oeconomicus ein. In der klassischen Vorstellung des Homo oeconomicus ist der ökonomische Mensch der tauschende Mensch. Als Tauschpartner unterliegt er der „Theorie des Nutzens auf der Grundlage der Problematik der Bedürfnisse“ (Foucault 2004b, S. 314). Im Neoliberalismus hingegen taucht der Homo oeconomicus als Unternehmer seiner selbst auf. Er ist für sich selbst sein eigenes Kapital, sein eigener Produzent und seine eigene Einkommensquelle (vgl. Foucault 2004b, S. 314). Der Mensch wird durch wirtschaftsanalytische Verfahren neu betrachtet: er wird als Humankapital gesehen. Dieses Kapital wird dahingehend untersucht, wie es gebildet und akkumuliert wird. Dies gestattet den Neoliberalen ökonomische Analysen auf Gebiete und Bereiche anzuwenden, die vollkommen neu sind (Foucault 2004b, S. 315f.). Eine der Analysen untersucht die Bildung von Humankapital. Wie kann in menschliches Kapital investiert werden, das später Einkommen produziert? Eine Antwort ist die Bildungsinvestition. Diese meint jedoch nicht bloß die Schul- oder Berufsausbildung. Die Bildung von Humankapital beginnt mit der Geburt und der Zeit, die Eltern mit ihren Kindern verbringen. Ein weiterer Faktor stellt das Bildungsniveau der Eltern dar (vgl. Foucault 2004b, S. 318f.). Daran anschließend wäre es interessant auch das Leitbild des „Lebenslangen Lernens“ als eine Form der Investition in Humankapital hin zu untersuchen.

Ein weiteres Element, das das Humankapital ausmacht, ist die Mobilität, d.h. die Bereitschaft eines Individuums umzuziehen. Die Entscheidung den Wohnort zu wechseln, um ein besseres Einkommen zu erzielen oder den Status zu erhöhen, stellt eine Investition dar: eine Investition in das Unternehmen seiner selbst (vgl. Foucault 2004b, S. 320f.).

Es wird deutlich, dass das unternehmerische Selbst auf den Homo oeconomicus zurückzuführen ist. Die Investition in Humankapital stellt ein auf Wirtschaftsanalysen zurückgehendes Analyseinstrument dar, mit dem der Homo oeconomicus untersucht werden kann. Die Investition in Bildung und die Bereitschaft der Mobilität finden sich in den heutigen gesellschaftlichen Anforderungen wieder. Die Investition in Humankapital ist gegenwärtig in der deutschen Gesellschaft, vor allem aber im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, vorhanden.

Die neoliberalen Subjektivierungsformen und die Investition in Humankapital finden sich aber nicht nur im Bereich der Arbeitsmarktpolitik, sondern auch in der Sozialen Arbeit wieder. Die Individuen werden nicht in ihrer Freiheit unterdrückt, sondern in die Selbstverantwortung gebracht. Das Klientel soll

dazu in die Lage versetzt werden sich selbst zu steuern und als eigenes Unternehmen wahrzunehmen (vgl. Kessl 2008, S. 161f.). Wie bereits oben beschrieben, folgt Soziale Arbeit hier den Logiken der Ökonomie. Bührmann stellt fest, dass die Rolle der Sozialen Arbeit bei der Formierung des unternehmerischen Selbst zu hinterfragen ist. Er bezieht sich dabei u.a. auf die Rolle des ‚Kunden‘ in der Sozialen Arbeit, der als primärer Produzent bei der aktiven Änderung seines Lebens gesehen wird, die Sozialarbeiterin bzw. der Sozialarbeiter hingegen lediglich als Ko-Produzent im Erbringungsverhältnis der sozialen Dienstleistung (vgl. Schaarschuch 1999, S. 549, zit. n. Bührmann 2007, S. 70).

Mit dem Neoliberalismus lässt sich auch eine neue Form der Regierung erkennen. Sie bedient sich „einer spezifischen Subjektivierungstechnologie, die als Strategie der ‚Responsibilisierung‘ bezeichnet werden kann“ (Pieper 2007, S. 100). Die Strategie umfasst verschiedene Verfahren und Techniken, die dazu dienen aus Individuen und Institutionen aktive Subjekte zu machen. Die Kräfte und Aktivitäten dieser werden durch Verantwortlichmachen mobilisiert (vgl. Pieper 2007, S. 100). Regiert wird über „den Modus der Aktivierung und Anrufung von Arbeitslosen und SozialhilfeempfängerInnen als aktive BürgerInnen“ (Pieper 2007, S. 100). Sie werden zu Akteuren gemacht, die ihre Situation selbst herstellen und gestalten (vgl. Pieper 2007).

Neoliberale Regierungsformen zeichnen sich neben direkten Interventionen durch autorisierte Staatsapparate vor allem auch durch „die Entwicklung indirekter Techniken zur Führung und Leitung von Individuen“ aus (Lemke 2007, S. 55). Durch die Gouvernamentalitätsperspektive kann das neoliberale Programm des „Rückzug des Staates“ als eine Regierungstechnik dechiffriert werden. Der Abbau wohlfahrtsstaatlicher Interventionsformen lässt sich so nicht als ein Verlust an staatlichen Regelungs- und Steuerungskompetenzen erfassen, sondern als eine Restrukturierung der Regierungstechniken, welche die Führungskapazitäten vom Staat weg hin zum verantwortlichen und rationalem Individuum verlagern (vgl. Lemke 2007, S. 56f.). Diese veränderte Form der Regierung kann wiederum auf das unternehmerische Selbst zurückgeführt werden (vgl. Lemke 2007, S. 56f.).

Für eine politische Soziale Arbeit bedeutet dieses Wissen um das unternehmerische Selbst und die Investition in Humankapital wiederum die Reflexion der eigenen Praxis, der Theorien und vor allem der Methoden. Im zweiten Schritt ist auch hier wieder das Hineintragen dieser Problematiken in öffentliche Diskurse gefragt. Die Auseinandersetzung mit neoliberalen Regierungstechniken muss von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern in die Öffentlichkeit getragen und transparent gemacht werden.

Die kritische Reflexion der Sozialen Arbeit

Die kritische Reflexion der Sozialen Arbeit gründet sich in den Machtanalysen und der Reflexion der Folgen der neoliberalen Subjektivierungsweisen. In den vorangehenden Abschnitten wurde dargestellt, dass es notwendig ist sich mit den Machtbeziehungen, Herrschaftszuständen und Regierungstechnologien in der Sozialen Arbeit zu beschäftigen. Die Auseinandersetzung mit Foucaults Schriften ist grundlegend für diese Reflexion. Im Folgenden wird die Anwendung der Gouvernamentalität als Methode zur kritischen Reflexion erörtert. Im Anschluss wird ein Text von Cornelis Horlacher herangezogen, in dem er Schriften von Kessl und Timm Kunstreich gegenüberstellt, die sich mit der „Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden“ (Foucault 1992, S. 12, zit. n. Horlacher 2007, S. 254) auseinandersetzen.

Simon Garbers wendet eine sozialpädagogische Gouvernamentalität als Methode zur kritischen Reflexion sozialarbeiterischer Praxis an. Er nennt fünf Bedeutungen einer gouvernementalen Perspektive nach Foucault für die Soziale Arbeit:

Erstens kann eine gouvernementale Perspektive die Erkenntnisgewinnung um eine Möglichkeit erweitern: „das individuelle Subjekt in ein Beziehungsverhältnis zu politischen und staatlichen Regierungsrationalitäten zu setzen“ (Garbers 2008, S. 175). Dies ermöglicht es die politischen und pädagogischen Programme nach ihren Machtverhältnissen noch genauer als in der Genealogie der Macht und Disziplinartechniken hin zu analysieren (vgl. Garbers 2008, S. 175).

Zweitens besteht durch eine kritische Distanz der Theorie zur Praxis die Möglichkeit soziale Ereignisse und Verhältnisse zu untersuchen, „ohne dem akuten Handlungsdruck der Praxis zu unterliegen, Lösungen anzubieten“ (Garbers 2008, S. 175). Die Aufgabe von kritischer Distanz durch eine gouvernementale Machtanalyse ist bedeutend, um einer Praxis vorzubeugen, in der nur noch reflexiv agiert wird und die eigene Position in Wissensbereichen und Disziplinen ständig neu überdacht wird (vgl. Garbers 2008, S. 175). Zudem bietet die Gouvernamentalität die Möglichkeit, „in der Beziehung zwischen subjektivem Handeln und staatlich-politischen Rationalitäten als ein ‚Seismograph‘ zu wirken, der herrschaftliche Tendenzen erkennt und Widerstand ermöglicht. Es geht um das geringste Maß an freiheitseinschränkendem Regieren“ (Garbers 2008, S. 175).

Drittens betrachtet die gouvernementale Machtanalyse das Subjekt als ein aktives, nicht wie noch in der Disziplinarmacht als passives Subjekt, welches durch Disziplinartechnologien fabriziert wurde (vgl. Garbers 2008). Das aktive Subjekt bietet mehr Spielraum für die Soziale Arbeit, da es möglich ist „die Punkte im Ortshandeln zu registrieren und zu markieren, die ein Subjekt in seinen Selbsttechnologien unterstützen“ (Garbers 2008, S. 175f.).

Viertens beschreibt Gouvernamentalität nicht nur die Auflösung von bestehenden Machtverhältnissen, sondern fertigt auch neue Formen des Sozialen aus. Wenn sich das Subjekt über die Regierungstechnologien der Sozialen Arbeit bewusst wird, dann werden die herrschaftlichen Beziehungen minimiert (vgl. Garbers 2008, S. 176). Dies wird durch die Transparenz seitens der Professionellen ermöglicht.

Fünftens „kann eine gouvernementale Analyse durch die Verbindung von Machtbeziehungen, Wissenskonstituierung und Subjektivierung [...] als Instrument eingesetzt werden, um Beziehungen, Verhältnisse, Subjektivierungsweisen und pädagogische Maßnahmen aus kritischer Distanz zu betrachten“ (Garbers 2008, S. 176).

Gouvernamentalität kann als Reflexionsmuster für sozialarbeiterisches Handeln eingesetzt werden, sie schreibt aber nicht vor, was sein soll. Es ist nicht möglich vorzuschreiben, welcher Widerstand den Individuen am meisten ‚nützt‘. Daher können auch keine Handlungsanweisungen für die praktische Arbeit abgeleitet werden (vgl. Garbers 2008, S. 177). Die zentrale Bedeutung der Gouvernamentalität liegt in der Bestimmung von Kritik. „Nur über die Aufklärung der bestehenden Strukturen wird es möglich, dem Subjekt zur Kritikfähigkeit zu verhelfen“ (Foucault 1992, S. 16, zit. n. Garbers 2008, S. 179). Die Aufgabe der Sozialen Arbeit besteht darin

„die Balance zu bewahren zwischen Herrschaftstechnologien, die sich aufgrund der Ausrichtung des Bildungssystems an der Subjektivierungsform des ‚neoliberalen‘ Subjekts ergeben können und Selbsttechnologien des aktiven Subjekts, die es zum nötigen Widerstand gegen diese Herrschaftszustände ermächtigen“ (Garbers 2008, S. 180).

Auch Frank Bettinger sieht es als Aufgabe der Sozialen Arbeit an Diskurse als herrschaftslegitimierende Techniken der Wirklichkeitsproduktion zu erkennen und zu analysieren. Sozialarbeitende sollen in die „Arenen“ eintreten „in denen um die Durchsetzung von Wirklichkeit gekämpft wird“ (Bettinger 2010, S. 352). Das alleine ermögliche Macht-, Herrschafts-, und Ungleichheitsverhältnisse und die Strategien und Prozesse, die diese Verhältnisse reproduzieren, zum Thema zu machen und zu skandalisieren (vgl. Bettinger 2010, S. 352). Dadurch gelingt es Sozialer Arbeit, „als politische Akteurin an der Gestaltung des Sozialen mitzuwirken sowie die Einmischung in Politik und Mitwirkung an der Gestaltung des Sozialen durch BürgerInnen zu unterstützen“ (Bettinger 2010, S. 352).

Professionelle der Sozialen Arbeit müssen sich selbst gegenüber kritisch sein und Bedingungen in der Arbeit mit den Adressatinnen und Adressaten schaffen, in denen sie noch Widerstand und Kritik ausbilden können (Garbers 2008, S. 181). Garbers hinterfragt zum Schluss noch, wie Soziale Arbeit, wenn

sie ihr Klientel zur Mündigkeit führen will, garantieren kann, dass sie mehr ist als ein Projekt von subjektiver Selbständigkeit unter bereits vorgegebenen Bedingungen (vgl. Garbers 2008, S. 183). Garbers sieht die kritische Reflexion von Macht- und Herrschaftszuständen also stärker bei den Theoretikern. Diese können durch ihre Distanz zur Praxis und ohne Handlungsdruck die Zustände eingehender reflektieren.

Die Aufgabe Räume zu schaffen, in denen sich die Adressatinnen und Adressaten entfalten können und eigene Subjektivierungsweisen aufbauen, stellt zum einen eine Entlastung dar, da die Verantwortung zum großen Teil beim Klientel liegt. Auf der anderen Seite ist zu hinterfragen, ob in der neoliberal gewandelten Gesellschaft und dem aktivierenden Sozialstaat überhaupt die Möglichkeit besteht, solche offenen Räume anzubieten. Auch die Trennung von Theoretikern, die reflektieren und Praktikern, die praktisch arbeiten, ist zu kurz gedacht. Die Verbindung von Theorie und Praxis ist grundlegend für die Soziale Arbeit. Gerade in der Praxis müssen Herrschaftszustände, Machtbeziehungen und Regierungstechnologien eingehend reflektiert werden. An der Stelle, an der mit Menschen gearbeitet wird, müssen sie analysiert und hinterfragt werden. Hier wäre eine stärkere Verknüpfung von Theorie und Praxis sinnvoll, wie es in Gremien wie bspw. dem „Arbeitskreis kritische Soziale Arbeit“ angestrebt wird. Dadurch könnten gouvernementale Analysen der Sozialen Arbeit an die Praktiker herangetragen werden, damit diese ihre Praxis analysieren und reflektieren können. Die politische Verortung erhält mehr Tragweite, wenn Theorie und Praxis zusammengebracht werden. Die theoretische Weiterentwicklung muss auf die Praxis übertragen werden. Die Analysen können dann in die gesellschaftlichen Diskurse hineingetragen werden. Eine politische Verortung wirkt dadurch m.E. schlüssiger und vollständiger.

Als nächstes wird der Text von Horlachers „Wessen Kunst, nicht regiert zu werden? Zur Rezeption Foucaults und insbesondere des Begriffs ‚Regieren‘ im Kontext kritischer Reflexion Sozialer Arbeit“ (2007) dargestellt. Dieser legt einen anderen Schwerpunkt für die kritische Auseinandersetzung der Sozialen Arbeit zu Grunde als Garbers. Als Anknüpfungspunkt an die kritische Reflexion der Sozialen Arbeit wird häufig Foucaults „Kunst, nicht dermaßen regiert zu werden“ herangezogen (Foucault 1992, S. 12, zit. n. Horlacher 2007, S. 254). Horlacher befasst sich in seinem Text mit der Rezeption des Kritikbegriffs von Kessl und Kunstreich. Beginnend mit Kessl fasst Horlacher die grundlegenden Thesen Kessls über die Gouvernementalität Sozialer Arbeit zusammen.

Kessl betont die klare Unterscheidung zwischen Machttheorie und einer am Begriff der Gouvernementalität ausgerichteten Machtanalytik. Die Machttheorie präge die in erziehungswissenschaftlichen Debatten falsche Interpretation Foucaults, welche die „machttheoretische Vorstellung einer Dualität von Macht und Unterdrückung“ (Kessl 2006, S. 68) in diesen sieht. Diese falsche Vorstel-

lung finde sich auch in vielen theoriekonzeptionellen Überlegungen Sozialer Arbeit. Als Grund für diese Vorstellungen benennt Kessl „die pädagogische Hoffnung auf eine mögliche Freisetzung der Einzelnen (Subjekte) als Ergebnis gelungener pädagogischer Interventionen“ (Kessl 2006, S. 68). Dies hat zur Folge, dass Pädagogik und Soziale Arbeit als antistaatliche oder gegengesellschaftliche Instanzen beschrieben werden (vgl. Kessl 2006, S. 68). Den anti-staatlichen Impuls sieht Kessl als großes Problem der kritischen Theorieproduktion an, „da sie hierbei Selbstführung als zu kritisierendes Regierungshandeln zugunsten einer Fixierung auf Fremdführung vernachlässige“ (vgl. Horlacher 2007, S. 253). Die Auseinandersetzung mit der Selbstführung ist jedoch wichtig, da ansonsten „ehemalige Sozialstaatskritiken durch neo-liberale Freiheitsideologien und neo-klassische Ökonomiemodelle erfolgreich“ ergänzt und transformiert werden (Kessl 2005, S. 81, zit. n. Horlacher 2007, S. 254). Horlacher betont als Gegenposition die Notwendigkeit angemessene Begriffe von Herrschaft und Befreiung zu erarbeiten und sie nicht den neoliberalen Positionen zu überlassen. Eine Unterscheidung zwischen Herrschaft und Befreiung zurückzuweisen, ließe auch die Problematiken, die mit solch einem Dualismus verbunden sind, schwieriger analytisch bearbeiten (vgl. Horlacher 2007, S. 254).

Nach Kessl widmet sich Horlacher den Ausführungen von Kunstreich. Dieser konzentriert sich in seinen Schriften auf Foucaults Benennung von Kritik als eine Haltung, die er für neue Versuche der Entwicklung kritischer Sozialer Arbeit nutzbar machen möchte (vgl. Horlacher 2007, S. 255). Er nutzt den Bezug auf Foucault und die „Kritik als Haltung, nicht dermaßen regiert zu werden“ als Fortführung der Theorietradition, die vor dem Epochenbruch 1989 ihre Hochzeit hatte, um „Stichworte für eine kritische Theorie Sozialer Arbeit“ zu benennen (Kunstreich 2001, S. 1085, zit. n. Horlacher 2007, S. 255). Diese Kritik flaute laut Kunstreich mit dem Niedergang der Studenten- und Sozialarbeiterbewegung ab (vgl. Kunstreich 2001, S. 1094, zit. n. Horlacher 2007, S. 255). Er fordert die Professionellen der Sozialen Arbeit auf, die praktische Kritik „nicht dermaßen regiert zu werden“ wieder auszuleben. Kritik als reine Position im Wissenschaftsbetrieb soll dieser nicht überlassen werden. Die Kunst nicht dermaßen regiert zu werden, sieht er jedoch weniger bei den SozialarbeiterInnen selbst, da diese „Praktiker der ‚Regierungskunst‘“ sind (Kunstreich 2001, S. 1095, zit. n. Horlacher 2007, S. 255). Kunstreich verortet die Kunst bei dem Klientel und anderen Akteurinnen und Akteuren des Alltags (vgl. Horlacher 2007, S. 255).

Zum Schluss seiner Ausführungen fügt Horlacher die Thesen von Kessler und Kunstreich zusammen:

„Perspektivisch ließen sich z.B. Kesslers Sensibilisierungen gegenüber Rationalitäten der Fremd- und Selbstregulierung (Fragen des wie regiert werden) im Feld der Sozialen Arbeit mit Fragen kombinieren, um wessen Regiert werden es jeweils konkret geht. Neben den Adressat/innen und den Professionellen der Sozialen Arbeit sollten hier ebenso jene in der Wissenschaft Tätigen sowie die Studierenden ins Auge gefasst werden“ (Horlacher 2007, S. 257).

Horlacher bezieht die Reflexion der Fremd- und Selbstregulierung anders als Garbers stärker auf die Soziale Arbeit selbst. Zu reflektieren ist nicht nur die Frage nach dem regiert werden im Feld der Sozialen Arbeit, sondern auch innerhalb der Profession. Horlacher erweitert die Perspektive um die in der Wissenschaft Tätigen (Theoretiker), die in der Praxis Tätigen und um die Studierenden. Auch an Hochschulen ist zu reflektieren, wie regiert wird und wer regiert wird. Es zeigt sich also, dass im gesamten Feld der Sozialen Arbeit die Reflexion von Machtbeziehungen, Herrschaftszuständen und Regierungstechnologien notwendig ist. Daher ist es auch sinnvoll Foucault als festen Bestandteil in den Lehrplan der Hochschulen und Universitäten aufzunehmen. Die Auseinandersetzung mit Foucaults Schriften ist grundlegend für die kritische Reflexion im Wissenschaftsbereich, der Lehre und der Praxis. Die Herausforderungen, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts bestehen, machen es zu einem Muss sich mit Foucault auseinanderzusetzen. Durch die Analysen lassen sich die Transformationen im Wohlfahrtsstaat besser nachvollziehen. Foucaults Herangehensweise, die meist aus der Geschichte erfolgt, lässt Zusammenhänge deutlicher hervortreten. Für die politische Verortung bietet dieses gründliche Wissen um Zusammenhänge die Möglichkeit, eine feste und fachliche Position in den öffentlichen Diskursen vertreten zu können.

Soziale Arbeit als eine Form von Regierung muss sich dieser Verantwortung bewusst sein. In der praktischen Arbeit werden Menschen in eine bestimmte Richtung gelenkt. Dies darf unter neoliberalen Einflüssen, die die Verantwortung für Gelingen oder nicht Gelingen auf dem Arbeitsmarkt und in der Lebensführung ausschließlich dem Individuum zuschreiben, nicht in der Reflexion der Arbeit vergessen werden. Die Rahmenbedingungen für die Ausführung von Sozialer Arbeit haben sich in vielen Arbeitsfeldern verändert. Ziel muss es bleiben, den Adressatinnen und Adressaten Räume zu schaffen, in denen sie gesellschaftlich handlungsfähig in Machtbeziehungen werden und bleiben. Um dies zu erreichen, ist eine Auseinandersetzung mit Sozialer Arbeit als Regierung unerlässlich.

Literatur

- Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Steher, Johannes (Hg.) (2007): Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme, Wiesbaden
- Bettinger, Frank (2010): Soziale Arbeit und Sozialpolitik, in: Thole, Werner (Hg.): Grundriss Soziale Arbeit. Ein einführendes Handbuch, Wiesbaden, S. 345-353
- Bührmann, Andrea D. (2007): Soziale Arbeit und die (Trans-)Formierung moderner Subjektivierungsweisen, in: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Steher, Johannes (Hg.): Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme, Wiesbaden, S. 61-74
- Foucault, Michel (2003): Die ‚Gouvernementalität‘ (Vortrag), in: ders.: Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits, Band 3, Frankfurt a. M., S. 796-823
- Foucault, Michel (2004a): Geschichte der Gouvernementalität I. Sicherheit, Territorium, Bevölkerung, Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel (2004b): Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik, Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel (2005a): Die Ethik der Sorge um sich als Praxis der Freiheit, in: ders.: Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits, Band 4, Frankfurt a. M., S. 873-902
- Foucault, Michel (2005b): Die Maschen der Macht, in: ders.: Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits, Band 4, Frankfurt a. M., S. 224-244
- Foucault, Michel (2005c): Subjekt und Macht, in: ders.: Schriften in vier Bänden. Dits et Ecrits, Band 4, Frankfurt a. M., S. 269-294
- Garbers, Simon (2008): Sozialpädagogik als ‚Regierung des Subjekts‘? Überlegungen zur Gouvernementalität und Sozialpädagogik, in: Zeitschrift für Sozialpädagogik, 6. Jg., Heft 2, S. 158-186
- Helming, Elisabeth/Blüml, Herbert/Schattner, Heinz (2006): Handbuch Sozialpädagogische Familienhilfe, herausgegeben vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ), Schriftenreihe Band 182, verfügbar unter: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/SR-Band-182-Sozialp_C3_A4dagogische-FH,property=pdf,f,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf (Stand: 06.10.12)
- Horlacher, Cornelia (2007): Wessen Kunst, nicht regiert zu werden? Zur Rezeption Foucaults und insbesondere des Begriffs ‚Regieren‘ im Kontext kritischer Reflexion Sozialer Arbeit, in: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Steher, Johannes (Hg.): Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme, Wiesbaden
- Kessl, Fabian (2005): Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernementalität Sozialer Arbeit, Weinheim-München
- Kessl, Fabian (2007): Wozu Studien zur Gouvernementalität in der Sozialen Arbeit? Von der Etablierung einer Forschungsperspektive, in: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Steher, Johannes (Hg.): Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme, Wiesbaden, S. 203-225
- Lemke, Thomas/Krasmann, Susanne/Bröckling, Ulrich (2000): Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung, in: dies. (Hg.): Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a. M., S. 7-40

- Lemke, Thomas (2007): *Gouvernementalität und Biopolitik*, Wiesbaden
- Müller, Carsten (2008): Wer herrscht in der Sozialen Arbeit? Oder: eine Re-Politisierung mittels Gouvernementalitätsdiskurs, in: *Sozialmagazin. Zeitschrift für Soziale Arbeit*, 33. Jahrgang, Heft 4, S. 35-43
- Pieper, Marianne (2007): Armutsbekämpfung als Selbsttechnologie. Konturen einer Analytik der Regierung von Armut, in: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Stehr, Johannes (Hg.): *Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme*, Wiesbaden, S. 93-107
- Staub-Bernasconi, Silvia (2007): Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Trippelmandat. Wissenschaft und Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Soziale Arbeit, verfügbar unter: http://www.zpsa.de/pdf/artikel_vortraege/StB-Soz-Arb-Tripelmandat.pdf (Stand: 06.10.12)
- Stehr, Johannes (2007): Normierungs- und Normalisierungsschübe – Zur Aktualität des Foucaultschen Disziplinbegriffs, in: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Stehr, Johannes (Hg.): *Foucaults Machtanalytik und Soziale Arbeit. Eine kritische Einführung und Bestandsaufnahme*, Wiesbaden, S. 29-40
- Thiersch, Hans (2009): *Lebensweltorientierte Soziale Arbeit. Aufgaben der Praxis im sozialen Wandel*, Weinheim-München
- Weber, Susanne/Maurer, Susanne (Hg.) (2006): *Gouvernementalität und Erziehungswissenschaft. Wissen – Macht – Transformation*, Wiesbaden

Ist solidarische Soziale Arbeit möglich?

Einführung

Die Phänomene der Ökonomisierung und Individualisierung haben massive Auswirkungen auf die Gesellschaft (vgl. Thiersch 1997, S. 19) und werden unter dem Dogma des Neoliberalismus auch zu Handlungsprinzipien der Sozialen Arbeit. Dies kann eine Reproduktion von Individualisierungstendenzen und einen Verlust der emanzipatorischen Ausrichtung der Profession bedingen (vgl. Musfeld et al. 2008, S. 3f.). Zugleich gibt es einen Abbau sozialstaatlicher Unterstützungen (vgl. Galuske 2008) sowie eine Zunahme von Konkurrenz und Wettbewerb untereinander (vgl. Thiersch 1997). Diese Entwicklungen tangieren auch die Berufsgruppe der SozialarbeiterInnen und wirken sich auf das Solidaritätsverständnis und Handeln der Profession aus. Gerade in der heutigen Zeit und aufgrund des berufseigenen Selbstverständnisses sind SozialarbeiterInnen dazu angehalten Solidarität zu stiften und für einen Zusammenhalt der Menschen innerhalb der Gesellschaft zu sorgen (vgl. Rauschenbach 1999). Das von Stephan Lessenich auf die Gesamtgesellschaft bezogene „[i]nternationale Solidarität beginnt [...] zuhause und sucht sodann die vor Ort reformierten [...] Verhältnisse über den eigenen ‚Standort‘ zu verallgemeinern“ (2006, S. 185), soll in dieser Betrachtung auf die Profession der Sozialen Arbeit übertragen werden. Der Artikel stellt dar, inwiefern sich aktuelle gesellschaftliche Entsolidarisierungstendenzen innerhalb der eigenen Berufsgruppe wiederfinden. Dabei wird der Fokus insbesondere auf professionsspezifische Barrieren und Perspektiven einer solidarischen Sozialen Arbeit gelegt.

Solidarität und Soziale Arbeit

Der Deutsche Berufsverband für Sozialarbeit e. V. (DBSH) bezeichnet in seiner Präambel vom November 1997 Soziale Arbeit als beruflich geleistete Solidarität. Als Profession, die sich mit gesellschaftlichen Problemlagen befasst und versucht für diese Lösungen zu finden, sollte sich Soziale Arbeit dabei immer an den Menschenrechten orientieren und diese als Grundlage der Berufsethik heranziehen (vgl. DBSH 1997, S. 1ff.). Auch für Silvia Staub-Bernasconi ist Soziale Arbeit ohne Solidarität nicht denkbar. Der Fokus der Profession liegt demnach vorrangig in der Verpflichtung, Menschen, die sich in schwierigen Le-

benussituationen befinden und es aus welchen Gründen auch immer, nicht schaffen ihre Probleme zu lösen, zu unterstützen. Dabei verfolgt sie die Einlösung gleicher Rechte und setzt sich strukturell für die Verwirklichung dieser ein (vgl. Staub-Bernasconi 1995, S. 106f.). Somit ist „Soziale Arbeit [...] der einzige Beruf, der als Beruf – und nicht als soziale Bewegung, Gewerkschaft oder Partei – zur Solidarität mit denjenigen verpflichtet ist, die in und an der Gesellschaft und Kultur leiden“ (Staub-Bernasconi 1995, S. 192).

Laut Helmut Thiersch und Dietrich Lange zielt Solidarität im Kontext der Sozialen Arbeit „auf wechselseitige Hilfe und Unterstützung“ (Thiersch/Lange 2006, S. 213). Sie bezeichnen Solidarität außerdem als „eine Beziehungsform, die Verbindungen und Verbindlichkeiten zwischen Individuen ermöglicht, die über die institutionalisierten Formen von Tausch und Vertrag hinausgehen“ (Thiersch/Lange 2006, S. 213).

Das Solidaritätsverständnis in der Sozialen Arbeit beinhaltet eine Beschränkung auf SpezialistInnen und dadurch Macht- und Privilegienstrukturen (vgl. Thiersch/Lange 2006, S. 216). Weiterhin bezeichnen die Autoren Solidarität nicht als Struktur und Handlungsanweisung, sondern vielmehr als eine *Maxime*, die zur Orientierung als Kritik an Lebensverhältnissen und Institutionen gilt (vgl. Thiersch/Lange 2006, S. 222). Nach Thomas Rauschenbach hat Soziale Arbeit den Auftrag Solidarität herzustellen und damit zu einer Reziprozität innerhalb der Gesellschaft beizutragen (vgl. Rauschenbach 1999, S. 259).

Außerdem kann Soziale Arbeit als eine institutionalisierte Form der Solidarität bezeichnet werden, die sich auch im Auftrag und der historischen Entwicklung der Profession wiederfinden lässt (vgl. Gruber 2009, S. 10). Mechthild Seithe plädiert für ein Verständnis der Sozialen Arbeit als beruflich geleistete Parteilichkeit und Solidarität. Im Gegensatz zur Nächstenliebe, die SozialarbeiterInnen oftmals zugesprochen wird, muss sich die Profession nach ethischen Prinzipien der Parteilichkeit und Solidarität richten und diese neoliberalen Forderungen entgegensetzen (vgl. Seithe 2010, S. 17). Susanne Hartmann-Hanff weist darauf hin, dass Soziale Arbeit in einem Zeitalter, das von Technologie geprägt ist, die Pflege des Sozialen zukommt und sie dazu beizutragen hat, Lebensräume zu schaffen, die den emotionalen, geistigen und sozialen Bedürfnissen der Menschen entsprechen (Hartmann-Hanff 2011, S. 205).

Obwohl Soziale Arbeit sich geschichtlich und gesellschaftlich als eine Institution gelebter Solidarität versteht und es ein Ziel der Profession ist, diese auch innerhalb der Gesellschaft zu stärken, lässt sich dies in der heutigen Zeit kaum verwirklichen. Denn die aktuellen gesellschaftlichen Strukturen und neoliberalen Züge spiegeln sich in den Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit wider und erschweren Solidarität und politisches Engagement (vgl. Galuske 2002; Seithe 2010).

Entsolidarisierung innerhalb der Profession

Das Phänomen der kollektiven Entsolidarisierung nach Franz-Xaver Kaufmann¹² findet sich auch im Bereich der Sozialen Arbeit und deren Trägerlandschaft. Besonders durch die gesellschaftlichen Arbeitsmarktentwicklungen, die mit prekären Beschäftigungsbedingungen einhergehen, zieht dieses in die Profession ein. Die Erscheinungen einer solchen Prekarisierung reichen von Tarifabweichungen bis hin zu einem Abbau von Personal oder einer Ersetzung der Fachkräfte (vgl. Rhein 2011; Kühnlein 2007, S. 35f.).

Die kulturelle Entsolidarisierung¹³ kann als eine Erscheinung des gesellschaftlichen Zeitgeistes ebenfalls innerhalb der Sozialen Arbeit verzeichnet werden. So lässt sich auf institutionalisierter Basis ein Leistungs- und Kostendruck feststellen, der sich auf die beschäftigten SozialpädagogInnen verschiebt. Der Wettbewerb und die Konkurrenz zwischen den einzelnen sozialen Dienstleistungen nehmen zu, was sowohl die verstärkte Arbeitsbelastung als auch die damit einhergehende Unsicherheit und Angst um die eigene Existenz betrifft. Gleichzeitig gibt es aufgrund der Kostensenkung einen Zwang zur Zusammenarbeit verschiedener Träger, der eine Solidarisierung aufgrund der gleichzeitigen Konkurrenzsituation erschwert (vgl. Kühnlein et al. 2011; Frieß 2006).

Aber nicht nur auf die SozialpädagogInnen und deren Beziehungen untereinander wirken diese Strukturen entsolidarisierend, sondern auch auf die Klientel. Die zwischenmenschlichen Beziehungen, die für die Soziale Arbeit konstitutiv sind, werden im Zuge von Flexibilisierung und zunehmender Erhöhung der Bürokratie eingeschränkt, bei gleichzeitiger Orientierung an Leistungs- und Erfolgsprinzipien, die als Maßstäbe der Effizienz sozialarbeiterischer Angebote gelten (vgl. Galuske 2002; Lindenberg 2000; Kutscher 2009). Wenn sich diese Entwicklungen weiter verschärfen, besteht die Gefahr einer Zweiklassen-Sozialarbeit, die sich besonders mit AdressatInnengruppen befasst, die materielle und institutionelle Erfolge versprechen. Die Einkehr der Kundenorientierung

12 Unter der kollektiven Entsolidarisierung wird ein Nutzen verstanden, der auf Kosten einer bestimmten Gruppe beruht oder sich nachteilig für eine andere Gruppe auswirkt. Mit dieser Form der Entsolidarisierung meint Kaufmann zum einen die Radikalisierung und Zerstörung des gewachsenen Vertrauens, indem Verbands- oder Unternehmermacht dazu genutzt werden, die Bedingungen der Tarifpartnerschaft und die eigenen Mitglieder sowie deren Vertrauensbasis in Frage zu stellen. Zum anderen fallen unter diesen Begriff auch Absprachen und Gesetzesänderungen, die durch Gewerkschaften und Arbeitgeber initiiert werden, wenn diese zu einer Benachteiligung der Erwerbslosen beitragen (vgl. Kaufmann 2009, S. 303).

13 Die kulturelle Entsolidarisierung, die sich auf das Gebot zur Leistungsgerechtigkeit bezieht, erweist sich als Privileg der Stärkeren. Die damit einhergehende Verschärfung der Verteilungskonflikte gefährdet die normativen Grundlagen der Sozialstaatlichkeit (vgl. Kaufmann 2009, S. 304).

und der Wirksamkeitsorientierung untermauern eine solche Entwicklung. Aufgrund dieser Verfahren und Maßstäbe läuft die Soziale Arbeit Gefahr in Zukunft vermehrt zu einer Institution des Ausschlusses zu werden, wenn sie nur noch die staatlich aktivierbaren AdressatInnen fördert, deren Erfolge sich anhand von Leistungskriterien messen lassen (vgl. Kessl 2011, S. 131ff.; Seithe 2012, S. 288).

Dies bedeutet in letzter Konsequenz, „Anspruch auf soziale Hilfe haben nur noch diejenigen, die etwas leisten“ (Kutscher 2009, S. 308).

Von Solidarität mit denjenigen, die Hilfe benötigen, diese aber nicht in Anspruch nehmen oder staatlich erwünscht umsetzen können, ist hier also nicht auszugehen.

Zudem halten Individualisierungstendenzen wie die Subjektivierung von Arbeit ebenfalls Einzug in die Disziplin. Hierbei unterstützt die Soziale Arbeit in Teilen die staatlich geförderte Verschiebung von Problemlagen auf den Einzelnen (vgl. Wulf-Schnabel/Klein 2011, S. 114). Eine verstärkte Therapeutisierung, der nicht mit einer gleichzeitigen politischen Veränderung der Strukturen begegnet wird, verfestigt diese Orientierung. Außerdem hat diese neoliberale und marktorientierte Denkweise natürlich auch Einfluss auf die/den einzelne/n SozialarbeiterIn und hat nicht selten eine Vereinzelung von Problemlagen innerhalb der Arbeit zur Folge (vgl. Wendt 2008; Galuske 2007). Eine individualisierte Haltung in Bezug auf eine erhöhte Arbeitsbelastung findet sich demnach auch bei den Beschäftigten im sozialen Bereich.

Die Mechanismen, die im Rahmen der Ökonomisierung greifen und mit einer Übernahme betriebswirtschaftlicher Begrifflichkeiten und einer Standardisierung von sozialpädagogischer Tätigkeit einhergehen, wirken entsolidarisierend. Denn wenn sich z.B. in der Pflege von Menschen die Messbarkeit von pflegerischer Arbeit in Tätigkeiten aufschlüsselt, die dann wiederum im Sinne von Zeitökonomien erfasst werden, kommt der Mensch zu kurz. Soziale Arbeit ist Arbeit mit dem Menschen und läuft Gefahr, im Zuge des Legitimationszwangs zur Messbarkeit, zu einer Arbeit am Menschen für den aktivierenden Sozialstaat zu verkommen. Der Widerspruch zwischen ökonomischen und professionellen Wirklichkeiten besteht darin, dass

„professionelles Handeln [...] zentral vom Personalitätsprinzip bestimmt und vom Humanitätsprinzip geleitet [ist]. Weder der handelnde Professionelle noch der behandelnde Klient [...] sind in der Handlungssituation zu ersetzen, sondern die Handlungssituation gehorcht generell und unverzichtbar dem Prinzip der (reziproken) Interaktion“ (Hauptert 2000, S. 562).

Denn ein bloßer Kosten-Nutzen-Abgleich und eine Trägerlandschaft, die sich untereinander ständig unterbietet, um den besten Auftrag zu erhalten oder überhaupt einen zu bekommen, erzeugen Leistungsdruck und Konkurrenz zwischen

SozialarbeiterInnen. Von Solidarität und gegenseitiger Unterstützung kann im 21. Jahrhundert unter diesem Ökonomisierungsdruck keine Rede sein. Wie kann sich die Profession Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession verstehen und sich an sozialer Gerechtigkeit orientieren, wenn sie im Zuge der neoliberalen Entwicklung Leistungs- und Marktbedingungen zumindest in Teilen für sich beansprucht. Wo bleiben die Forderungen von SozialpädagogInnen, die es sich zum Ziel setzen nicht nur privilegierten Gruppen, sondern gerade den Menschen, die aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden, zu einem gelingenden Leben zu verhelfen (vgl. Hartmann-Hanff 2011, S. 191)? Die sozialstaatlichen Forderungen nach einer Aktivierung von BürgerInnen, die dann mit entsprechenden Erwartungen an die zuständigen SozialarbeiterInnen herangetragen werden und die missliche Arbeitslage, in der sich viele SozialarbeiterInnen befinden, führen zu einem regelrechten Dilemma. Dies äußert sich gerade in dem Spannungsverhältnis von gesellschaftlich suggerierten Werten der Nützlichkeit einerseits und den berufsethischen Prinzipien der Profession andererseits (vgl. Hartmann-Hanff 2011, S. 192).

Wenn gesellschaftlich durch die heutige Berichterstattung eine Entsolidarisierung herbeigeführt wird, die mit einer Bagatellisierung der Lebensumstände von Menschen in prekären Situationen einhergeht, ist es nicht verwunderlich, dass sich die Menschen weniger solidarisieren (vgl. Butterwegge 2006, S. 22). Gleichzeitig wird ein stigmatisierendes Bild bestimmter gesellschaftlich benachteiligter Gruppen produziert, das mit der Wirklichkeit der Betroffenen nur wenig gemein hat (vgl. Hartmann-Hanff 2011, S. 195). Oftmals begegnet Soziale Arbeit diesem Legitimationsdruck mit einer Übernahme der Marktprinzipien anstatt ihre Wahrheiten öffentlich zu machen und sich zu solidarisieren (vgl. Hartmann-Hanff 2011). Aus welchen Gründen ist es für die Profession so schwierig, sich zu verbünden und stärker öffentlich zu werden? Welche Barrieren stehen einer Solidarität unter SozialarbeiterInnen heutzutage im Weg?

Barrieren solidarischer Sozialer Arbeit

In der heutigen Zeit gibt es eine ganze Reihe von Hindernissen struktureller und individueller Form, die Solidarität verhindern. So gibt es neben der gesamtgesellschaftlichen Veränderung von Arbeitsbedingungen, die eine Verbundenheit durch flexible Zeiten, befristete Verträge usw. einschränken, für die Berufsgruppe der SozialarbeiterInnen zusätzliche Hürden. Die Solidarität in der Sozialen Arbeit wird erschwert durch die Vielzahl der Arbeitsfelder, das gesplante Selbstverständnis, sowie die gewerkschaftlich und hochschulpolitisch geringe Vertretung der Disziplin.

Vielzahl der Arbeitsfelder

Die Verschiedenheit und Vielfalt von Arbeitsfeldern, unterschiedlicher Ziel- und Altersgruppen in der Sozialen Arbeit tragen sicherlich zu einer hohen Attraktivität des Berufes bei und erfassen dadurch die gesellschaftlichen Verhältnisse und Lebenswelten der AdressatInnen. Kaum ein anderer Beruf ist so generalistisch ausgerichtet wie die Profession der Sozialen Arbeit (vgl. Seithe 2012, S. 26). Dies kann durchaus als Stärke und Besonderheit der Sozialen Arbeit betrachtet werden. Gleichzeitig erschwert dies allerdings einen gemeinsamen Austausch und eine einheitliche Arbeitsstruktur innerhalb der Berufsgruppe. Denn die verschiedenen und sehr unterschiedlichen Berufsfelder der Sozialen Arbeit sowie die Vielzahl der Beschäftigungsverhältnisse und deren Trägerschaft, erschweren innerhalb der gesamten Berufsgruppe einen solidarischen Zusammenschluss der SozialarbeiterInnen (vgl. Seithe 2010, S. 17).

Darüber hinaus stellen Werner Thole und Peter Cloos in ihrer Auseinandersetzung mit der Professionalisierung Sozialer Arbeit fest, dass SozialarbeiterInnen kein gemeinsamer, beruflich präformierter Habitus eint, sondern angesichts der Vielfalt – sowohl der Handlungsbereiche als auch der Akteure – kein leitendes, strukturelles Professionsprofil zu finden ist (vgl. Thole/Cloos 2000, S. 6f.).

SozialarbeiterInnen sind demnach in ihren Beschäftigungsverhältnissen sehr unterschiedlich tätig und es scheint schwierig eine Bündelung zu initiieren. Hierdurch ist eine gemeinsame Interessenlage, die als Grundlage von Solidarität dient, aufgrund der sehr vielseitig akzentuierten Handlungsfelder ebenfalls nicht möglich.

Gespaltenes Selbstverständnis der Sozialen Arbeit

Im Zuge neoliberaler Transformation verschiebt sich auch das Selbstverständnis von Sozialer Arbeit. Eine verstärkte Orientierung an wirtschaftlichen Standards steht einer Solidarität untereinander – sowie einer solidarischen Haltung gegenüber den AdressatInnen – diametral entgegen (vgl. Hauptert 2000, S. 565). So scheint es, dass nun

„ökonomische Effizienz und Kostenersparnis [...] als höhere Werte erachtet [werden] als die Ermöglichung von Mündigkeit und Autonomie sowie die Realisierung einer eigenen Vorstellung vom guten Leben für die AdressatInnen Sozialer Arbeit“ (Kutscher 2009, S. 316).

Nach Seithe wird die Profession Soziale Arbeit stark mit einer „professionell ausgeübten Nächstenliebe“ (2010, S. 17) verbunden, die allerdings nicht mit einer Solidarität oder Parteilichkeit zu verwechseln ist. Aus diesem Grund be-

schäftigen sich SozialarbeiterInnen täglich mit der Lebenswelt der Klientel und sehen dabei auch Strukturen, die sich benachteiligend auswirken, reagieren auf diese aber nicht mit einem politischen Einstehen und Erkämpfen von Rechten (vgl. Seithe 2010).

Ackermann und Seeck stellen in ihrer Studie zu Fachlichkeit und Sozialer Arbeit¹⁴ fest, dass es bei den Studierenden des Faches kein einheitliches Bewusstsein über das Selbstverständnis Sozialer Arbeit gibt und sich auch die Vorstellungen und Motivationen, die zur Wahl des Studiums führen, stark voneinander unterscheiden. Weiterhin stellen die Autoren fest, dass es im Studium eine Diskrepanz gibt zwischen dem, was Lehrende vermitteln wollen und dem Interesse der Studierenden. Eine starke Handlungsorientierung gemäß erlernter Methoden steht dabei im Vordergrund und nicht unbedingt das Verstehen sozialer Probleme. Insgesamt lässt sich bei den in dieser Studie befragten Studierenden auch kein berufliches Selbstverständnis im Sinne eines Gespürs für eine Kompetenz der Handlungsfelder der Sozialen Arbeit herausstellen. Eine entsprechende Fachlichkeit kann erst durch die spätere praktische Arbeit und den darüber hinaus bestehenden kollegialen Austausch nachgewiesen werden. Dennoch ist ein Theorie-Praxis-Bezug, der in der späteren Arbeit beide Wissensbestände verbindet, ebenfalls nicht nachzuweisen. Hierbei fehlen eine theoretische Durchdringung und eine Gegenstandsbestimmung der Sozialen Arbeit. Zudem scheint als Motivationslage der Studierenden nicht mehr die gesellschaftliche Reformierung, die sich an Partizipation und Emanzipation der Menschen orientiert, zentral zu sein. Stattdessen tritt die eigene Selbstverwirklichung in den Vordergrund (vgl. Ackermann/Seeck 1999, S. 201ff.).

So fehlt es den Studierenden

„nicht nur an einer gesellschaftlichen Gegenstandsbestimmung Sozialer Arbeit, auch die Gesellschaft als Gegenstand der Arbeit verblaßt angesichts dieser Dominanz des Privaten und dieser an der individuellen Befriedigung orientierten Deutungsmuster“ (Ackermann/Seeck 1999, S. 206).

Wenn es allerdings kein einheitliches Selbstverständnis der Profession Sozialer Arbeit gibt und Individualisierungstendenzen auch die Ausrichtung und das private Leben der in dem Berufsfeld Studierenden und später auch praktisch Tätigen so stark bestimmen, ist es schwierig eine Motivation für das öffentliche

14 Hierbei wurden 48 SozialarbeiterInnen in Form von offenen und leitfadenstrukturierten Experteninterviews befragt, die sich in drei Kohorten unterteilen ließen. Die 1. Kohorte bestand aus SozialarbeiterInnen mit einem Diplomabschluss und mindestens dreijähriger Berufserfahrung, die 2. Kohorte aus Studierenden der höheren Semester (Projektstudium oder Diplomphase) und die 3. Kohorte aus SozialarbeiterInnen aus dem Anerkennungsjahr (vgl. Ackermann/Seeck 1999, S. 17ff.).

Eintreten für gesellschaftliche Problemlagen, die in jeder Form sozialpädagogischer Arbeit immanent sind, zu initiieren.

Mangelndes Engagement in eigener Sache

In Bezug auf die eigene Interessenvertretung steckt Soziale Arbeit noch in den Kinderschuhen. Durch die zunehmend schlechteren Bedingungen in der Sozialen Arbeit und die prekären Beschäftigungsverhältnisse löst sich die Solidarität unter den ArbeitnehmerInnen auf (vgl. Kerig 2007, S. 35). Gleichzeitig gibt es in der Berufsgruppe allerdings „kaum Erfahrungen und Traditionen kollektiver Interessensvertretung oder gar Arbeitskämpfe“ (Frieß 2006, S. 16). Als Begründung hierfür wird angeführt, dass Beschäftigte im sozialen Bereich den Träger oft nicht als normalen Betrieb ansehen. Besonders in kleineren Einrichtungen fällt es den Angestellten schwer sich als solche zu begreifen und die Position des abhängig Beschäftigten anzunehmen (vgl. Frieß 2006).

Neben den prekären Arbeitsbedingungen wirken sich auch Konkurrenz und Wettbewerb auf die Zusammenarbeit aus. Die gesellschaftlich vorherrschenden Paradigmen der Leistungs- und Effizienzsteigerung bestimmen das sozialpädagogische Arbeitsfeld zunehmend. Hier entsteht anstelle von gemeinsamer Solidarität ein Einzelkämpfertum und eine Kultur des Gegeneinanders (vgl. Seithe 2010, S. 18f.; Kilb 2001, S. 10f.).

„Aus Solidarität wird Konkurrenz und Wettbewerb, aus Netzwerkarbeit ist längst eine Modernisierungsmethapher für mehr Effizienz geworden, aus Solidarität unter Gleichen, z.B. gegenüber dem Arbeitgeber, wird die Solidarität mit dessen Unternehmen und seinem wirtschaftlichen Wohlergehen, von dem ja die eigene Existenz abzuhängen scheint. Auch unter Berufskollegen steht – und so soll es auch sein – jeder und jede für sich alleine und damit auch gegen alle anderen“ (Seithe 2010, S. 18).

Dies wird von Frieß bestätigt, die in Bezug auf die Beschäftigten der Sozialen Arbeit feststellt, dass sie isoliert mit prekären Situationen, die eigentlich alle betreffen, umgehen (vgl. Frieß 2006, S. 17). Zudem wird die Vertretung eigener Interessen bezogen auf die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen nur in Ausnahmefällen artikuliert und stärker mit dem Wohl der Klientel begründet (vgl. Bornhöft 2001, S. 18 nach Paulini 2010, S. 89).

Insgesamt sind SozialarbeiterInnen bis zum heutigen Tag schlecht organisiert und ihre Interessenvertretung ist zersplittert (vgl. Paulini 2010, S. 89).

Ein Forschungsprojekt¹⁵ der Katholischen Fachhochschule in Berlin kam zu dem Ergebnis, dass SozialarbeiterInnen wenig gewerkschaftlich organisiert sind. Bei Überlegungen, wie sich die Anerkennung der Berufsgruppe verbessern könnte, wurde standespolitische Interessenvertretung als nicht so wichtig erachtet und nur 7,1% der Befragten sahen Lobbyarbeit als wichtig an (vgl. Karges et al. 2001, S. 3). Die gewerkschaftliche Beteiligung der Befragten lag in dieser Untersuchung bei 32,5%, davon sind viele in der damaligen ÖTV (Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr) heute ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) und nur einige in der GEW (Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) vertreten. Diejenigen, die sich nicht gewerkschaftlich organisieren, begründen dies damit, dass sie im bisherigen Auftreten der Gewerkschaften nichts Positives sehen, keine Zeit haben oder darin keine Notwendigkeit sehen, wobei diese Aussage nur von 11,5% vertreten wird (vgl. Karges et al. 2001, S. 4). Die berufsverbandliche Interessenvertretung ist noch geringer, so sind nur 4,5% Mitglieder in einem Berufsverband, davon 2,5% im DBSH (Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e. V.). Als Gründe für die geringe Organisation werden hauptsächlich Unkenntnis und mangelndes Interesse benannt (vgl. Karges et al. 2001, S. 5). Insgesamt schwankt der Organisationsgrad von SozialpädagogInnen und ist immer von der jeweiligen Bezugsgröße abhängig. In Anlehnung an Rauschenbach (1999) und Cloos/Züchner (2005) liegt die gewerkschaftliche Beteiligung von SozialpädagogInnen insgesamt zwischen 14% und 22%, wobei beachtet werden muss, dass bei Gewerkschaften und Berufsverbänden die Mitgliederzahlen aktuell tendenziell abnehmen (vgl. Paulini 2010, S. 90). Besonders Studierende der Sozialen Arbeit sind nur sehr gering gewerkschaftlich vertreten. So stellt eine Umfrage des DBSH aus dem Jahre 2010 fest, dass nur 64 Studierende (2,4%) der 2662 Befragten Mitglied im Berufsverband sind. Die Nichtmitgliedschaft wird bei den Befragten hauptsächlich mit Unkenntnis (bei StudienanfängerInnen), zu hohen Beiträgen oder Zeitmangel (höhere Semester oder Master-Studierende) begründet, obwohl über die Hälfte prinzipiell offen für eine Mitarbeit ist (vgl. Bauer-Felbel/Zinser 2011, S. 39). Die Zahlen zeigen, dass eine gemeinsame Interessenvertretung heutzutage nicht mehr zur selbstverständlichen Fachkultur gehört (vgl. Paulini 2010).

15 Im Rahmen dieses Forschungsprojektes wurden von September 1998 bis Juni 1999 255 SozialarbeiterInnen zum Ansehen der Sozialen Arbeit, deren Organisation und ihrer Öffentlichkeitswirksamkeit befragt (vgl. Karges et al. 2001, S. 1).

Hochschulpolitische Aspekte

Innerhalb des Studiums der Sozialen Arbeit gibt es auf Hochschulebene ebenfalls eine Reihe von Hindernissen, die eine solidarische Haltung erschweren.

Die Konzeption des Studiengangs und die Veränderung des Ausbildungssystems durch den Bologna-Prozess haben auch Auswirkungen auf die Studierenden. Die Studiengänge im Bereich der Sozialen Arbeit sind sehr unterschiedlich ausgerichtet und politische Schwerpunkte sowie die Auseinandersetzung mit einer solidarischen Verbundenheit fehlen oftmals innerhalb des Hochschulkontextes. Gleichzeitig mischen sich Hochschulen selbst selten in politische Themen ein und sorgen kaum dafür, mehr Öffentlichkeit für die gesellschaftlichen Problemlagen zu erreichen (vgl. Seithe 2010; Conen 2006). Weiterhin treten durch die vermehrte Lehr- und Lernpraxis, die der Bologna-Prozess nach sich zieht, zentrale Themen der Profession in den Hintergrund oder werden von der Arbeitsbelastung während des Studiums überschattet. So wird nach Hartmann-Hanff eine „Schülermentatilität“ (2011, S. 196) bedient, die den Anforderungen der späteren Praxis nicht gerecht wird, da politische Erkenntnisse sowie Reflexions- und Urteilsfähigkeit in den Hintergrund der Lehre geraten. Zugleich findet ein Generationenunterschied statt, der Auswirkungen auf die ethische Haltung von Studierenden hat und sich in einer unkritischen Übernahme neoliberaler Denk- und Handlungsweisen zeigt (vgl. Hartmann-Hanff 2011, S. 196f.).

Ein weiteres Problem für die Soziale Arbeit in diesem Bereich könnte auch mit der oft nur sehr geringen Anzahl der vertretenen ProfessorInnen aus dem Bereich der Sozialen Arbeit innerhalb der Fachhochschulen zusammenhängen. Denn in keiner anderen Profession dominieren fachfremde Berufsgruppen so stark innerhalb der Lehre wie an den Fachhochschulen für Soziale Arbeit. Wenn sich die Soziale Arbeit zunehmend öffentlich und gesellschaftlich solidarisieren möchte, ist eine gute Aufstellung der eigenen Berufsgruppe auf allen Ebenen der Einflussnahme von zentraler Bedeutung (vgl. Bettinger 2011, S. 41).

Perspektiven solidarischer Sozialer Arbeit

Es gibt allerdings auch in der heutigen Zeit eine Reihe von Perspektiven wie solidarisches Handeln in der Sozialen Arbeit möglich sein kann. Im Folgenden werden Re-Politisierung, gewerkschaftliches Engagement und der Arbeitskreis „Kritische Soziale Arbeit“ als solche näher beschrieben.

Re-Politisierung

Christoph Butterwegge plädiert für eine Re-Politisierung der Sozialen Arbeit, die sich zukünftig noch stärker mit den Folgen der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen befassen und diese korrigieren muss. Zudem bemerkt er, dass

„eine klientenzentriert-kurative Sozialarbeit ohne gesellschaftspolitische Zielsetzung [...] dem vom Weltmarkt ausgehenden und vom Nationalstaat potenzierten Konkurrenzdruck hilflos ausgeliefert [ist]“ (Butterwegge 2004, S. 22).

Um die Problemlagen der Betroffenen aufzuzeigen und eine kritische Gegenöffentlichkeit herzustellen, muss die Soziale Arbeit durch gute Vernetzung von SozialarbeiterInnen öffentlichen Druck erzeugen. Weiterhin muss Soziale Arbeit die Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation ihrer KlientInnen fördern und durch Widerstand einem weiteren Abbau des Sozialstaates entgegenwirken. Dabei sollte der Blick auf eine Rückkehr zu mehr Solidarität innerhalb der Gesellschaft nicht verloren gehen (vgl. Butterwegge 2004, S. 22).

Gleichzeitig sollte die Profession eigene Konzepte der Gestaltung von Solidarität und menschlichem Miteinander entwickeln, die als Alternativen zu den zunehmenden gesellschaftlichen Entwicklungen geeignet sind (vgl. Butterwegge 2005, S. 30).

„Gegen Erfahrungen von Entsolidarisierung, Desorientierung und Ohnmacht und die aus ihnen hervorgehende Gewalt müssen Lebenszusammenhänge angeboten werden, in denen der Erfolg solidarischer und selbstbestimmter Bewältigung gesellschaftlicher und individueller Probleme erfahrbar wird“ (Böckler 1993, S. 128).

Hierbei muss Soziale Arbeit gesellschaftliche Gerechtigkeitsvorstellungen neu diskutieren und öffentlich aufzeigen, wohin ein stetig steigender Konkurrenzdruck vor allem für gesellschaftlich benachteiligte Gruppen führt. Weiterhin sollte sich auch das Feld der Sozialen Arbeit an der politischen Ausgestaltung einer für alle Länder tragfähigen Globalisierung nach gerechteren Bedingungen beteiligen. Eine Re-Politisierung der Sozialen Arbeit ist daher sowohl lokal als auch global dringend notwendig (vgl. Butterwegge 2005, S. 31 ff.).

Die Perspektiven solidarischer Sozialer Arbeit müssen sich aber auch im Kontext der Hochschule zeigen. So gab es bis in den 1970er Jahren auch von Seiten der HochschullehrerInnen eine politische Positionierung und öffentliche Stellungnahme. In der heutigen Zeit, in der die Arbeitsbedingungen, in denen Soziale Arbeit stattfindet immer prekärer werden, fehlt diese Positionierung. In Bezug auf die gesamte Fachhochschulentwicklung auch im Zuge von Bologna, sollten sich die in der Lehre Tätigen verstärkt zu den gesellschaftlichen Auswirkungen des Leistungs- und Konkurrenzdruckes äußern. Hierdurch können Studierende zu einer eigenen politischen Handlungsfähigkeit ermutigt und so ein

Zusammenschluss für gerechtere Studien- und Arbeitsbedingungen umgesetzt werden (vgl. Conen 2006, S. 197).

Um sich gegen eine zunehmende Deprofessionalisierung zur Wehr zu setzen muss ein Verständnis von Fachlichkeit (vgl. Frieß 2006, S. 17), das sich an ethischen Grundprinzipien (vgl. Staub-Bernasconi 2007, S. 11) orientiert, noch stärker in die Lehre integriert werden.

Ein Ausbau von Fort- und Weiterbildungen in politischen Belangen und Öffentlichkeitsarbeit kann außerdem als sinnvoll für die weitere politische Positionierung der Sozialen Arbeit betrachtet werden. Auch die Verankerung politischer Partizipationsmöglichkeiten sollte stärker in die Curricula der Fachhochschulen eingebaut werden (vgl. Enggruber/Mergner 2007, S. 24f.).

Zudem sollte in der Hochschulausbildung die Hinwirkung auf einen professionellen Habitus fokussiert werden, der vor allem auf eine Reflexions- und Kritikfähigkeit ausgerichtet ist. Darüber hinaus wäre eine bundesweite Vernetzung von Hochschulen sowie von AbsolventInnen von großem Vorteil (vgl. Enggruber/Mergner 2007, S. 26).

Die Verbesserung gesellschaftlicher Strukturen erfordert ein politisches Engagement, das zwingend zu der Profession und gleichzeitig zur konkreten Arbeit mit dem Klientel gehört (vgl. Conen 2006, S. 194).

Nur ein gemeinsames Bündnis, das sich politisch Gehör verschafft und auf prekäre Lebenslagen der AdressatInnen sowie die Prekarisierung von Arbeitsbedingungen aufmerksam macht, kann neoliberalen Tendenzen auf der Grundlage des Selbstverständnisses und der Handlungsprinzipien der Profession sinnvoll begegnen.

Gewerkschaftliches Engagement

Obwohl der Wohlfahrtsstaat im Zuge der Modernisierung mit immer massiveren Kürzungen im Sozialbereich einhergeht, finden Gruppierungen, die sich aktiv dagegen zur Wehr setzen, in der heutigen Gesellschaft weniger Gehör und Zuspruch (vgl. Butterwegge 2006, S. 18).

Ein gewerkschaftliches Engagement gibt es in der Sozialen Arbeit schon seit Beginn des 20. Jahrhunderts. In dieser Zeit wurde der erste Berufsverband, der sich damals hauptsächlich aus ehrenamtlichen MitarbeiterInnen zusammensetzte, gegründet.¹⁶

16 So wurden im Zuge der Frauenbewegung bis 1933 drei Frauenberufsverbände gegründet, die sich aufgrund der Religionszugehörigkeit unterschieden. Die Organisationsstrukturen und Problemlagen, die die Verbände hatten, waren sehr ähnlich, nur die Methoden unterschieden sich aufgrund der weltanschaulichen Überzeugungen (vgl. Paulini 2010, S. 77f.).

Der Organisationsgrad von SozialbeamtenInnen und SozialarbeiterInnen wird Mitte bis Ende der 1920er Jahre auf 30% bis 50% geschätzt. Die VertreterInnen der Berufsverbände waren zu dieser Zeit bis zum Ende der Weimarer Republik hoch motiviert und vertraten Interessen in Bezug auf Arbeitsbedingungen und tarifliche Eingruppierung. Gleichzeitig wollten sie durch Vernetzung und gegenseitigen Austausch sowie Fortbildungen ihre Fachlichkeit wahren und formulierten zur Aufrechterhaltung beruflicher Standards eigene Forderungen (vgl. Paulini 2010, S. 77ff.).

Im Jahre 1993 fand eine Vereinigung der bis dahin bestehenden drei Berufsverbände zum deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. (DBSH) statt (vgl. Paulini 2010, S. 89). Der DBSH ist gleichzeitig Gewerkschaft, Berufs- und Fachverband. Er beschäftigt sich sowohl mit berufspolitischen sowie auch arbeits- und tarifrechtlichen Belangen. Dabei verfolgt er das Ziel sowohl fachliche als auch berufsbezogene Bedingungen der Profession zu verbessern. Die advokatorische Interessenvertretung für ein besseres Leben und angemessene Arbeitsbedingung aller Bevölkerungsgruppen gehört ebenfalls zu seinen Aufgaben. Um diese Ziele umzusetzen hat der DBSH verschiedene Positionspapiere verfasst, zu denen unter anderen ein Berufskodex gehört der sich auf die 1997 beschriebenen internationalen berufsethischen Prinzipien bezieht (vgl. Racke 2003, S. 106f.). Obwohl sich die schon damals geforderten Belange auch heute in den Zielen des DBSH wiederfinden und hoch aktuell sind, schwindet der Organisationsgrad (vgl. Paulini 2010, S. 77ff.).

Gertrud Kühnlein et al. bemerken, dass die gewerkschaftliche Interessensvertretung der ArbeiternehmerInnen im sozialen Bereich zu gering, schwach und uneinheitlich ist. Aus diesem Grund sind auch in dieser Berufsgruppe Angestellte, die in prekären Beschäftigungssituationen arbeiten, meist nicht zur Durchsetzung ihrer Belange in der Lage. Um den tariflichen Entwicklungen der heutigen Zeit angemessen zu begegnen, schlagen die Autoren die Forderung nach einem einheitlichen Branchentarif vor, der sozialen Diensten eine Orientierung an Qualität und nicht am niedrigsten Preis ermöglicht (vgl. Kühnlein et al. 2011, S. 161). Ein berufsständisches und gewerkschaftliches Engagement von SozialarbeiterInnen ist gerade in der heutigen Zeit unerlässlich, um sich gegen die Arbeitsmarktbedingungen und die Ökonomisierung im Sozialen Bereich zur Wehr zu setzen. Denn die bestehenden Ergebnisse sind auch Resultate gesellschaftlicher Aushandlungsprozesse, an denen sich SozialarbeiterInnen bisher zu wenig beteiligt haben. Dies ist umso notwendiger, da die Entsolidarisierungstendenzen fortschreiten und erst einmal ein Solidarisieren auf nationaler Ebene und dann ebenfalls innerhalb Europas erfordern (vgl. Enggruber/Mergner 2007, S. 24f.).

Christa Paulini weist darauf hin, dass berufspolitische Interessenvertretung „gefordert und gefördert“ (Paulini 2010, S. 90) werden muss. Außerdem sollte

den eigenen Arbeitsbedingungen im Zuge dieser Forderungen mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden. Im Vergleich zu den USA, in denen der Organisationsgrad im Jahr 2000 bei 34% lag, kann das gewerkschaftliche Engagement in Deutschland noch weiter gesteigert werden. Dies ermöglicht auch eine bessere Vernetzung der Berufsverbände und Gewerkschaften sowie deren Öffentlichkeitsarbeit. Zusätzlich sollte auch innerhalb der Fachhochschulen für die Notwendigkeit von politischer Interessenvertretung der eigenen Berufsgruppe gewonnen werden (vgl. Paulini 2010, S. 91).

„Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit“

Ein Bündnis, das die Interessen von SozialarbeiterInnen vertritt, ist der „Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit“ (AKS) der im Jahre 2005 von verschiedenen Professoren bundesweit gegründet wurde und versucht Theorie und Praxis zu vereinen. Ziel des Arbeitskreises ist es, ein breites Bündnis zu bekommen, das sich sowohl aus Theoretikern als auch Praktikern zusammensetzt und hierdurch eine Vielzahl von Argumenten vereinigt (vgl. AKS 2012).

Ende der 1960er Jahre wurden im Zuge der Verberuflichung und der Sozialen Bewegung, die „Arbeitskreise Kritische Sozialarbeit“ gegründet, um Kritik an der Sozialen Arbeit zu üben. Diese hatten die Absicht, Probleme innerhalb der eigenen Profession und Gesellschaft zu benennen und nach außen zu tragen sowie Forderungen für bestehende Missstände in der Praxis darzustellen (vgl. Penke 2009, S. 192).

Die „systemkritischen SozialarbeiterInnen“ (Penke 2009, S. 193) traten erstmals am Fürsorgetag in Essen in Erscheinung. Im Mai 1970 stellte die Gruppe „Sozialistische Aktion“ mit ihren Ansätzen und fachlich begründeten Gegenpositionen am 4. Jugendhilfetag vor. Weiter verbreiteten die Arbeitskreise ihre Kritik in öffentlichen Veranstaltungen und in Form verschiedener Publikationen, z.B. „Sozialpädagogische Korrespondenz der Kindergärtnerinnen, Erzieher, Jugendpfleger und Sozialarbeiter in Praxis und Ausbildung“ (SPK), einer Zeitschrift, die bis 1972 jeden Monat erschien. Besondere Kritik wurde an den zu dieser Zeit bestehenden Methoden der Sozialen Arbeit der Einzelfallhilfe und Gruppenarbeit geübt.¹⁷ Klaus Mollenhauer als bekanntester Vertreter der Kritischen Sozialen Arbeit beanstandete den Widerspruch zwischen demokratischen Postulaten und dem kapitalistischen Staat. Swantje Penke schlussfolgert

17 Die Kritik richtete sich damals darauf, dass diese Methoden, die wirklichen gesellschaftlichen Bedingungen, die einer Teilhabe entgegenstehen, nicht in den Blick nehmen, sondern den Menschen in die bestehenden Verhältnisse integrieren (vgl. SPK Nr. 21, 1972, S. 141 im Reprint nach Penke 2009, S. 196).

aus Mollenhauers damaligen Forderungen, dass „ein/e SozialarbeiterIn eigentlich nur ‚gegen‘ den kapitalistischen Staat als solchen wirken [kann], da das Ziel Sozialer Arbeit immer ein mündiger, zur Kritik fähiger Mensch ist“ (Penke 2009, S. 198).

Die damaligen Arbeitskreise lösten sich Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre auf und werden von Hans-Uwe Otto, Fabian Kessl und Holger Ziegler als Parallelgesellschaft bezeichnet, die sich von der Sozialen Arbeit abspaltete (vgl. Kessl/Ziegler/Otto 2006, S. 111).

Einige AKSler waren linksradikal organisiert, was 1975 zu einer Absage des Jugendhilfetages führte, da sich die „Sozialistische Aktion“, die sich eben auch als AKS bezeichnete, nicht an die vereinbarte Teilnehmergebühr und die zuvor besprochenen Themen halten wollte (vgl. Kessl/Ziegler/Otto 2006, S. 200). Nach ihrer Auflösung wurde „Kritische Sozialarbeit“ gesellschaftlich von einem Boom an therapeutischen und auf das Individuum bezogenen Methoden abgelöst. Denn auch „Kritische Soziale Arbeit“ kann, wenn sie ihre eigenen Interessen und politischen Ziele zu stark in den Vordergrund drängt, die AdressatInnen insofern instrumentalisieren, als dass deren eigene individuellen Belange nicht mehr wertgeschätzt und sie nur für die politischen Interessen ihrer VertreterInnen eingesetzt werden (vgl. Kessl/Ziegler/Otto 2006, S. 201).

Aus den derzeitigen gesellschaftlichen Problemlagen und den steigenden Ansprüchen an die Profession, die gleichzeitig mit einer Prekarisierung der Arbeitsbedingungen einhergehen, ist eine Kritische Soziale Arbeit nach wie vor aktuell.

So wurde im Jahr 2005 der Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit als ein Zusammenschluss von HochschullehrerInnen, PraktikerInnen und Studierenden unter Mitarbeit von Frank Bettinger neu gegründet. Dem bundesweiten Arbeitskreis haben sich in den darauffolgenden Jahren verschiedene Regionalgruppen, u.a. in Aachen, Bremen, Dresden und Hannover, angeschlossen. Außerdem entstand 2007 das Institut für Soziale Arbeit an der Hochschule in Bremen, das sich speziell für die Weiterentwicklung Kritischer Sozialer Arbeit einsetzen will und mit der dortigen Hochschule und dem AKS vernetzt ist (vgl. Kessl/Ziegler/Otto 2006, S. 202f.). Ziele einer Kritischen Sozialen Arbeit sind die aktuellen sozialen Problemlagen aufzudecken und Perspektiven zu erarbeiten. Durch die Zusammenarbeit mit PraktikerInnen sollen auch Widersprüche, Interessenkonflikte und Machtunterschiede, die strukturell und systemisch bedingt sind, aufgedeckt werden (vgl. Kessl/Ziegler/Otto 2006).

Die Arbeitskreise sind bewusst ohne Programmatik und dadurch offen für unterschiedliche Themen. Sie richten sich laut Bettinger nach einer Kritischen Theorie im Sinne von Mollenhauer und Wolfgang Klafki, die eine zentrale Orientierung an emanzipatorischen Konzepten und Mündigkeit der Klientel beinhalten. So zeichnet sich eine Kritische Soziale Arbeit dadurch aus, dass sie

sich nicht für die Bearbeitung sozialer Problemlagen instrumentalisieren lässt und ihren Gegenstand selbstständig, kritisch-reflexiv und mit Blick auf sozialpädagogische Praxis gewinnt. Bedingungen von struktureller Ungleichheit und Prozesse des Ausschlusses werden innerhalb dieser analysiert und die damit in Verbindung stehenden Macht- und Herrschaftsstrukturen in den Blick genommen. Zudem orientiert sich der Arbeitskreis an Prinzipien der Aufklärung und Emanzipation im Sinne einer politischen Mündigkeit (vgl. Bettinger 2009, S. 302ff.). Die zentrale Aufgabe Sozialer Arbeit besteht nun darin,

„alternative Deutungsangebote sowie entsprechendes Wissen zur Verfügung zu stellen, und zwar gerade auch über die alten und neuen Ungleichheiten, über Armut und Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Phänomen, nicht als individuelles Problem, das selbstverschuldet herbeigeführt wird“ (Bettinger 2009, S. 305).

Soziale Arbeit ist also aufgefordert Bildung im Sinne der Aufklärung durchzuführen und auch gesellschaftliche Veränderungsprozesse anzustoßen und ein kritisches Bewusstsein für diese zu schaffen (vgl. Bettinger 2009).

Dabei zielt eine Kritische Soziale Arbeit immer auf die Schaffung einer autonomen und selbstbestimmten Lebenspraxis ihrer AdressatInnen (vgl. Bettinger 2009, S. 203).

Soziale Arbeit hat an sich eine doppelte Rolle und ist damit sowohl an Inklusions- als auch an Exklusionsprozessen aktiv beteiligt. Durch den Abbau der Sozialstaatlichkeit in Deutschland trägt sie somit auch zu einer Verschärfung sozialer Missstände und Ungerechtigkeiten, besonders für die Randgruppen bei, die sie zu integrieren versucht.

Martin Kronauer beschreibt dieses Dilemma wie folgt: „Je weniger sie in der Lage sind, aus Arbeitslosigkeit und Armut herauszuhelfen, desto stärker reduziert sich ihre Fürsorge auf die Reproduktion des Status quo“ (Kronauer 1997, S. 43, zit. n. Lindenberg 2000, S. 43).

Bündnisse und Vernetzung

Thiersch sieht die Herausforderungen für Soziale Arbeit im 21. Jahrhundert auf zwei Ebenen: Insgesamt soll sich Soziale Arbeit mehr in Strukturen der Arbeit einmischen. Zum einen muss sie sich mit sozialpolitischen Belangen beschäftigen und zum anderen wieder vermehrt eigenständig ihre spezielle Zuständigkeit und ihre Aufgaben in den Arbeitsfeldern definieren (vgl. Thiersch 1997, S. 27).

Eine konkrete Umsetzung dieser Belange und eine damit einhergehende Neugestaltung des Sozialen sieht er hierbei in einer Kooperation der SozialarbeiterInnen und der Verzahnung der Organisationen. Diese beinhaltet ein Netz-

werk aus unterschiedlichen Engagements und Aktivitäten, die die Lebenswelt der AdressatInnen betreffen (vgl. Thiersch 1997, S. 28ff.). Die Schaffung eines gemeinsamen Arbeitsbündnisses und Kollektives, das träger- und arbeitsfeldübergreifend ist, ist hierbei von zentraler Bedeutung für die Profession. Zudem sollten sich SozialarbeiterInnen verstärkt solidarisieren, um die von Thiersch auf der strukturellen Ebene eingeforderten Veränderungen zu initiieren.

Es müssen Kommunikationsstrukturen aufgebaut und ein kollektiver Austausch über Erfahrungen und Entscheidungsspielräume geschaffen werden. Ein Bewusstsein für die eigene Lage und ein Verständnis der MitarbeiterInnen als Beschäftigte, das auch einen Anspruch auf adäquate Arbeitsbedingungen und Entlohnung enthält, steht hierbei im Vordergrund (vgl. Frieß 2006, S. 17).

Hartmann-Hanff schlägt sogar die Gründung einer Berufskammer vor, hier könnte sich ihrer Meinung nach das politische Engagement der SozialarbeiterInnen bündeln und dies hätte wiederum Auswirkung auf die gewerkschaftliche Anerkennung. Zudem sollten diese Standesvereinigten mit Berufsverbänden, Gewerkschaften und Hochschulen kooperieren und Sorge für ein entsprechendes Weiter- und Fortbildungsangebot während der Berufstätigkeit tragen (vgl. Frieß 2006, S. 206).

Denn nur wenn sich SozialarbeiterInnen über ihre Arbeitsstruktur hinaus zusammenschließen und hierbei ein breites Bündnis von Gewerkschaften und Berufsverbänden vereinen, können sie dem staatlichen Druck angemessen entgegentreten. Eine Politisierung der Sozialen Arbeit, die den Bedarfslagen der Klientel sowie den Arbeitsbedingungen der eigenen Berufsgruppe entspricht, muss öffentlich eingeklagt und entsprechend finanziert werden (vgl. Möhring-Hesse 2011, S. 141).

Ein breites Bündnis verhilft dazu, sich besser gegen gesellschaftlichen Druck zur Wehr zu setzen und die eigenen Belange sowohl fachlich fundiert als auch in Verbindung mit Missständen innerhalb der Praxis öffentlich zu machen.

Fazit

Abschließend lässt sich verzeichnen, dass es infolge der gesellschaftlichen Entwicklungen auch Entsolidarisierungstendenzen innerhalb der Sozialen Arbeit gibt. Hierbei sind die verschiedenen Träger der Sozialen Arbeit an den strukturellen Bedingungen, die Entsolidarisierung entstehen lassen und verschärfen, aktiv beteiligt. So werden im Zuge dieser Tendenzen die Arbeitsbedingungen im sozialen Bereich prekärer, was wiederum Auswirkungen auf die Beschäftigten und deren gegenseitige Konkurrenzsituation, im Unternehmen zu bestehen, hat.

Aber nicht nur die Trägerlandschaft, besonders die SozialarbeiterInnen selbst müssen zukünftig darauf Acht geben, ökonomische Kriterien und die damit einhergehende Orientierung an Leistungsgerechtigkeit nicht einfach auf ihre Arbeit zu übertragen. Denn nicht zuletzt gehen diese Prozesse mit einer Deprofessionalisierung der Disziplin einher und schränken das Selbstverständnis der Sozialen Arbeit massiv ein. Folgt die Soziale Arbeit dennoch den neoliberalen Paradigmen, so wird sie selbst zunehmend zu einer Instanz der Kontrolle und des Ausschlusses, die im Sinne einer Kosten-Nutzen-Rechnung nur noch diejenigen unterstützt, die sich den bestehenden Anforderungen anpassen können.

Trotz der aufgezeigten Entwicklungen ist Soziale Arbeit allerdings insofern per se solidarisch, da sie eine strukturelle – also institutionalisierte – Form der Solidarität in unserer Gesellschaft darstellt, die darin besteht, dass sozialstaatlich und auf der Basis des Grundgesetzes alle Gesellschaftsmitglieder aufgefangen werden oder ihnen entsprechende Angebote der Teilhabe zukommen. Gleichzeitig finden sich allerdings innerhalb der Profession auf verschiedenen Ebenen Entsolidarisierungstendenzen, die im Zuge neoliberaler Staatsausrichtung mit zu einer Aufspaltung der Gesellschaft nach marktwirtschaftlichen Kriterien führen.

Damit Soziale Arbeit nicht nur auf institutioneller Basis quasi als systematische oder inszenierte Solidarität besteht, ist eine Solidarisierung der Professionellen, die sich in einer Vertretung der eigenen Interessen äußert, zwingend erforderlich. Nur dadurch kann Solidarität auf verschiedenen Ebenen vorgelebt und gelebt werden.

Solidarität muss greifbarer und realer werden und darf nicht nur abstrakt und wünschenswert sein. Dazu gehören Netzwerke, die sich aus sozialpädagogischer Selbstbestimmung gründen und versuchen, Missstände aufzudecken, zu bearbeiten und alternative Gesellschaftsmodelle zu entwickeln. Um diese auszuüben, braucht es Zeit, Kraft und Willen sowie einen kritischen Blick auf bisherige Strukturen und die eigene Profession. Nur wenn sich die Mehrheit der SozialarbeiterInnen innerhalb der eigenen Berufsgruppe auch gewerkschaftlich stärker organisiert, können prekäre Arbeitsbedingungen, die zu einem Verlust der Ausübung von klassischer Sozialer Arbeit sowie einer Abkehr vom Beziehungsaufbau mit den AdressatInnen führen, verändert werden. Ein breites Bündnis, das sowohl PraktikerInnen, ProfessorenInnen als auch Studierende und die Interessen der AdressatInnen im Blick hat, kann zu einer Veränderung der Gesellschaft beitragen.

Solidarisches Handeln in der Sozialen Arbeit geht zwingend mit einer Befähigung zur Mündigkeit und Partizipation der AdressatInnen einher. Gegen die Übertragung von Managementbegriffen, die eine Forderung nach Aktivierung gemäß staatlich erwünschter Bedürfnisse befriedigt, muss sich die Soziale Ar-

beit stellen (vgl. Hensen 2006; Nüßle 2000). Hinzu kommt die Schwierigkeit, dass es solidarische Beteiligung am häufigsten bei den Personengruppen gibt, die eine politische Lobby besitzen. Randgruppen wie Suchtkranken, Wohnungslosen usw. wird diese Partizipation oft verwehrt (vgl. Nüßle 2000, S. 845). Eine Zweiklassen-Sozialarbeit wird also durch gesellschaftliche Bedingungen verschärft. Einer solchen kann nur dadurch begegnet werden, dass Räume und Angebotsplanungen der aktiven Mitgestaltung ermöglicht werden (vgl. Nüßle 2000, S. 845f.). Das erfordert zu allererst eine Verbundenheit innerhalb der Berufsgruppe.

Soziale Arbeit kann nur dann für sich in Anspruch nehmen solidarisch zu sein, wenn sie sich sowohl gewerkschaftlich als auch für die Bedürfnisse ihrer AdressatInnen aktiv einsetzt, denn

„[d]as Bemühen um parteiliche Fachlichkeit ‚für die Klientel‘ einerseits und der Kampf um die Verbesserung eigener Arbeitsbedingungen andererseits ist [...] kein Gegensatz, im Gegenteil: Gerade im sozialen Hilfesystem werden die Beschäftigten ihre ureigenen Interessen, Arbeitsplätze, Löhne und Arbeitsbedingungen nur dann wirksam verteidigen können, wenn es ihnen, ihren Gewerkschaften und Berufsverbänden gelingt, ein glaubwürdiges Bündnis mit ‚NutzerInnen‘ des sozialen Hilfesystems einzugehen“ (Frieb 2006, S. 17).

Eine Solidarität mit den AdressatInnen sowie die Förderung dieser untereinander ist ebenfalls notwendig, damit der „„Aufgabenkritik“ von oben eine von unten“ (Frieb 2006, S. 17), entgegengesetzt werden kann.

Es braucht soziale Bewegung und Menschen, die gegen den neoliberalen Mainstream denken, um die strukturellen Gegebenheiten so zu verändern, dass Soziale Arbeit als Profession ihrem Selbstverständnis als Menschenrechtsprofession und der Durchsetzung ihrer ethischen Maßstäbe sowie der politischen Äußerung wieder stärker nachkommen kann. Der Arbeitskreis „Kritische Soziale Arbeit“ stellt eines dieser möglichen Bündnisse dar und lebt von der Teilnahme und der kritischen Auseinandersetzung seiner Mitglieder.

Das allzu oft angeführte Argument – auch in der Umfrage zu gewerkschaftlicher Beteiligung von SozialarbeiterInnen –, dass die zeitlichen Ressourcen hierfür fehlen oder der DBSH und andere gewerkschaftliche Organisationen nichts bewegen oder nichts tun, ist insofern nicht stichhaltig, da jede/r SozialarbeiterIn ja gerade durch seine/ihre aktive Teilnahme in solchen Bündnissen Einfluss auf aktuelle Themen und Probleme nehmen kann. Somit ist es an der Zeit für die Soziale Arbeit, sich stärker als Disziplin der Selbstbestimmung zu sehen. Dies beinhaltet eine öffentliche Vertretung der berufspolitischen Interessen und damit automatisch einen Widerstand gegen den neoliberalen Zeitgeist, der nicht nur die Grundwerte der Profession, sondern auch die Beschäftigungsver-

hältnisse und das Verhältnis der SozialarbeitertInnen untereinander negativ prägt.

Um die strukturellen Bedingungen nachhaltig zu verändern, ist es gefragt, die Studierenden zu unterstützen und politische Aktivität auch auf der Hochschulebene vorzuleben. Zugleich sollten in den Hochschulen ebenfalls stärker lehrende SozialpädagogInnen vertreten sein, die das Profil und Selbstverständnis der Profession mit prägen.

Gleichzeitig ist der Zusammenhang von Partizipation und Solidarität zu berücksichtigen, denn:

„Je stärker das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten ist, frei von Abhängigkeiten zu sein, umso größer ist die Bereitschaft zu einer Solidarität mit großer Reichweite, also über das soziale Umfeld, Verwandtschaft und Freunde, hinaus“ (Winkler 2011, S. 12).

Ein positives Selbstwertgefühl, Empathiefähigkeit, Zufriedenheit und existenzielle Sicherheit tragen zu einer stärkeren Solidarität bei, genauso wie ethische und moralische Werte (vgl. Winkler 2011). Aus diesem Grund sollten diese Maßstäbe und besonders die Selbstwirksamkeit und das Selbstwertgefühl gerade im Studium gestärkt werden.

Bevor sich Solidarität nach außen ausweiten kann, muss zuallererst eine Wiederentdeckung des Berufsethos⁴ in der eigenen Profession stattfinden, denn „[i]nternationale Solidarität beginnt, so verstanden, zuhause und sucht sodann die vor Ort reformierten [...] Verhältnisse über den eigenen ‚Standort‘ zu verallgemeinern“ (Lessenich 2006, S. 185).

Dies bedeutet für die Soziale Arbeit, die sich der Solidarität mit ihren Mitmenschen verschreibt und in ihren Grundzügen eine Profession gelebter Solidarität ist, dies zuerst innerhalb der eigenen Berufsgruppe umzusetzen. Denn, wie will sie Solidarität stiften, Erfahrungsräume schaffen, die diese ermöglichen und sich für die Umsetzung der Menschenrechte einsetzen, wenn sie dies nicht selbst lebt? SozialarbeitertInnen müssen einen eigenen Zugang zur Solidarität finden und untereinander solidarisch sein. Wenn ihnen das gelingt, können sie die Solidarität nach außen tragen und sich schließlich für die Umsetzung internationaler Solidarität einsetzen.

Es besteht demnach eine Pflicht, Verantwortung für die Sinnhaftigkeit der eigenen Profession zu übernehmen und sich für die Selbstbestimmung dieser einzusetzen. Das zurzeit bestehende Staatssystem, das schon in seiner ökonomischen Denklöge den Grundsätzen der Sozialen Arbeit diametral entgegensteht sowie die Auswirkungen, die die zurzeit herrschende Politik der „Aktivierung“ auf Soziale Arbeit und ihre Klientel hat, dürften Grund genug sein sich gegen diese aufzulehnen!

Literatur

- Ackermann, Friedhelm/Seeck, Dietmar (1999): Der steinige Weg zur Fachlichkeit. Handlungskompetenz in der Sozialen Arbeit, Hildesheim
- Arbeitskreis Kritische Soziale Arbeit (AKS) (2012): <http://www.kritischesozialarbeit.de/> (Stand: 30.04.2012)
- Bauer-Felbel, Heidi/Zinser, Tobias (2011): Studierende der Sozialarbeit sind zufrieden. DBSH zu wenig bekannt – Ergebnisse der Studierendenbefragung 2010, in: FORUM sozial 4, S. 37-40
- Bettinger, Frank (2009): Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit. Zur Auseinandersetzung der Sozialarbeiter mit ihrer gesellschaftlichen Rolle. Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit 60, S. 301-309
- Bettinger, Frank (2011): Bezugswissenschaften Sozialer Arbeit – Ohne Bezug zur Sozialen Arbeit?, in: FORUM sozial 2, S. 41-42
- Butterwegge, Christoph (2004): Umbau des Sozialstaates und Entsolidarisierung der Gesellschaft, in: Gilde Soziale Arbeit. Rundbrief 58, S. 9-22
- Butterwegge, Christoph (2005): Wohlfahrtsstaat und Soziale Arbeit im Zeichen der Globalisierung, in: Störch, Klaus (Hg.): Soziale Arbeit in der Krise. Perspektiven fortschrittlicher Sozialarbeit, Hamburg, S. 12-38
- Butterwegge, Christoph (2006): Die neoliberale Kritik am Wohlfahrtsstaat und der Legitimationsverlust des Sozialen, in: Hensen, Gregor (Hg.): Markt und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Ökonomisierung im Kontext von Zukunftsorientierung und fachlicher Notwendigkeit, Weinheim-München, S. 11-24
- Conen, Marie-Luise (2006): Therapeutisierung der Sozialarbeit? Oder: Zirkuläres Fragen ist zirkuläres Fragen, in: Kontext – Zeitschrift für systemische Therapie und Familientherapie 37, S. 191-198
- DBSH (Deutscher Berufsverband für Sozialarbeit e.V.) (1997): Berufsethische Prinzipien des DBSH. Beschluß der Bundesmitgliederversammlung vom 21.-23.11.97, verfügbar unter: <http://www.dbsh.de/BerufsethischePrinzipien.pdf> (Stand: 02.04.2012)
- Enggruber, Ruth/Mergner, Ulrich (2007): Einführung, in: dies. (Hg.): Lohndumping und neue Beschäftigungsbedingungen in der Sozialen Arbeit, Berlin, S. 7-30
- Frieß, Sieglinde (2006): Soziale Arbeit in der Krise?! Anmerkungen zu aktuellen arbeitsmarktpolitischen Entwicklungen, in: Sozial Extra 1, S. 14-17
- Galuske, Michael (2002): Flexible Sozialpädagogik. Elemente einer Theorie Sozialer Arbeit in der modernen Arbeitsgesellschaft, Weinheim-München
- Galuske, Michael (2007): Methoden der Sozialen Arbeit. Eine Einführung. Weinheim-München
- Galuske, Michael (2008): Fürsorgliche Aktivierung – Anmerkungen zu Gegenwart und Zukunft Sozialer Arbeit im aktivierenden Staat, in: Bütow, Birgit/Chassé, Karl August/Hirt, Rainer (hg.): Soziale Arbeit nach dem sozialpädagogischen Jahrhundert. Positionsbestimmungen Sozialer Arbeit im Post-Wohlfahrtsstaat, Opladen- Farmington Hills, S. 9-28
- Gruber, Hans-Günter (2009): Ethisch denken und handeln. Grundzüge einer Ethik der Sozialen Arbeit, Stuttgart

- Hartmann-Hanff, Susanne (2011): Professionalisierung/Deprofessionalisierung/Entprofessionalisierung Sozialer Arbeit – Zur Wirklichkeit eines Dilemmas, in: Stolz-Willig, Brigitte/Christoforidis, Jannis (Hg.): *Hauptsache billig? Prekarisierung der Arbeit in den Sozialen Berufen*, Münster, S. 190-207
- Haupt, Bernhard (2000): Wider die neoliberale Invasion der Sozialen Arbeit. Theoretische Neuorientierung zwischen Dienstleistung und Profession – Markt und Moral – Mensch und Kunde?, in: *Neue Praxis* 30, S. 544-569
- Hensen, Gregor (2006): Markt und Wettbewerb als neue Ordnungsprinzipien. Jugendhilfe zwischen Angebots- und Nachfragesteuerung, in: ders. (Hg.): *Markt und Wettbewerb in der Jugendhilfe. Ökonomisierung im Kontext von Zukunftsorientierung und fachlicher Notwendigkeit*, Weinheim-München, S. 25-41
- Kaufmann, Franz-Xaver (2009): *Sozialpolitik und Sozialstaat: Soziologische Analysen*, Wiesbaden
- Karges, Rosemarie/Lehner, Ilse M./Wegmann, Hedwig (2001): *Wenig Engagement in eigener Sache. Das Verhältnis sozialer Fachkräfte zu ihrer standespolitischen und gewerkschaftlichen Interessensvertretung ist entwicklungsbedürftig*, verfügbar unter: http://www.khsb-berlin.de/fileadmin/user_upload/PDF_Sammlung/Dozenten/karges/08%20Wenig%20Engagement%20in%20eigener%20Sache.pdf, S. 1-7 (Stand: 27.03.2012)
- Kerig, Gero (2007): Entwicklungen der Beschäftigungsverhältnisse in der Sozialen Arbeit aus Sicht der Träger, in: Enggruber, Ruth/Mergner, Ulrich (Hg.): *Lohndumping und neue Beschäftigungsbedingungen in der sozialen Arbeit*, Berlin, S. 31-42
- Kilb, Rainer (2001): Konkurrenz und Kooperation in der Sozialen Arbeit, in: *Sozial Extra. Zeitschrift für Soziale Arbeit und Sozialpolitik* 25, S. 10-13
- Kessl, Fabian/Ziegler, Holger/Otto, Hans-Uwe (2006): Auf Basis systematischer Vergewisserung aus dem Mainstream heraus. Ein Gespräch mit Hans-Uwe Otto, in: *Widersprüche* 26, S. 111-118
- Kutscher, Nadia (2009): Zwischen Sozialem Auftrag und ökonomischen Rationalitäten – Grundfragen reflexiver Professionalität in sozialen Diensten, in: Deller, Ulrich (Hg.): *Kooperationsmanagement – Ein Lehr- und Arbeitsbuch für Sozial- und Gesundheitsdienste*, Opladen-Farmington Hills, S. 304-322
- Kühnlein, Gertrud/Stefaniak, Anna/Wohlfahrt, Norbert (2011): Wettbewerb in der Sozialwirtschaft – Auswirkungen auf tarifliche Entwicklungen, in: Stolz-Willig, Brigitte/ Christoforidis, Jannis (Hg.): *Hauptsache billig? Prekarisierung der Arbeit in den Sozialen Berufen*, Münster, S. 144-162
- Kühnlein, Gertrud (2007): Auswirkungen der aktuellen arbeitsmarkt- und tarifpolitischen Entwicklungen auf die Arbeits- und Beschäftigungsverhältnisse von Frauen in der Sozialen Arbeit., in: Dahme, Heinz-Jürgen/Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (Hg.): *Arbeit in Sozialen Diensten: flexibel und schlecht bezahlt? Zur aktuellen Entwicklung der Beschäftigungsbedingungen im Sozialsektor*, Baltmannsweiler, S. 35-45
- Lange, Dietrich/Thiersch, Hans (2006): Die Solidarität des sozialen Staates – Die Solidarität des reformierten Sozialstaates, in: Böllert, Karin/Hansbauer, Peter/Hansjürgen, Brigitte/Langenohl, Sabrina (Hg.): *Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren*. Sechster Bundeskongress Soziale Arbeit, Wiesbaden, S. 211-225

- Lessenich, Stephan (2006): Hoch die internationale Eigenverantwortung? – Grenzen wohlfahrtsstaatlicher Solidarität, in: WSI Mitteilungen 4, S. 181-185
- Lindenberg, Michael (2000): Kommerzielles Denken und Soziale Arbeit, in: Lindenberg, Michael (Hg.): Von der Sorge zur Härte. Kritische Beiträge zur Ökonomisierung Sozialer Arbeit, Bielefeld, S. 33-53
- Möhring-Hesse, Matthias (2011): Die neue Gleichgültigkeit: Die Wohlfahrtsverbände nach dem Ende der dualen Wohlfahrtspflege, in: Stolz-Willig, Brigitte/Christoforidis, Jannis (Hg.): Hauptsache billig? Prekarisierung der Arbeit in den Sozialen Berufen, Münster, S. 124-143
- Musfeld, Tamara (2008): Zahnloser Tiger oder Wolf im Schafspelz? Therapeutisierung und doppeltes Mandat in der Familienhilfe, in: dies./Quindel, Ralf/Schmidt, Andrea (Hg.): Einsprüche. Kritische Praxis Sozialer Arbeit in der Kinder- und Jugendhilfe, Baltmannsweiler, S. 219-241
- Nüßle, Werner (2000): Qualität für wen? Zur Angemessenheit des Kundenbegriffs in der Sozialen Arbeit, in: Zeitschrift für Pädagogik 46, S. 831-850
- Paulini, Christa (2010): Zur Bedeutung von Berufsverbänden für die Professionalisierung Sozialer Arbeit, in: Hammerschmidt, Peter/Sagebiel, Juliane (Hg.): Professionalisierung im Widerstreit. Zur Professionalisierungsdiskussion in der Sozialen Arbeit – Versuch einer Bilanz, Neu-Ulm, S. 77-94
- Penke, Swantje (2009): Soziale Arbeit in Bewegung – Die „Arbeitskreise Kritische Sozialarbeit“ gestern und heute, in: Wagner, Leonie (Hg.): Soziale Arbeit und Soziale Bewegung, Wiesbaden, S. 192-205
- Rauschenbach, Thomas (1999): Das sozialpädagogische Jahrhundert. Analysen zur Entwicklung Sozialer Arbeit in der Moderne, Weinheim-München
- Rhein, Thomas (2011): Niedriglohnbeschäftigung in den sozialen Berufen, in: Stolz-Willig, Brigitte/Christoforidis, Jannis (Hg.): Hauptsache billig? Prekarisierung der Arbeit in den Sozialen Berufen, Münster, S. 12-24
- Seithe, Mechthild (2010): Jeder kämpft für sich allein? Gedanken zur Notwendigkeit der (Wieder)Entdeckung der Solidarität in der Sozialen Arbeit, in: Forum Sozial. Solidarität in der Sozialen Arbeit. Sonderausgabe, S. 16-20
- Seithe, Mechthild (2012): Schwarzbuch Soziale Arbeit, Wiesbaden Staub-Bernasconi, Silvia (1995): Systemtheorie, soziale Probleme und Soziale Arbeit: lokal, national, international oder: Vom Ende der Bescheidenheit, Bern
- Staub-Bernasconi, Silvia (2007): Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat – Wissenschaft und Menschenrechte als Begründungsbasis der Profession Sozialer Arbeit, verfügbar unter: http://www.avenirsocial.ch/cm_data/Vom_Doppel-_zum_Tripelmandat.pdf (Stand: 02.04.2012)
- Thiersch, Hans (1997): Neugestaltung des Sozialen in der Konkurrenzgesellschaft, in: Müller, Siegfried/Reinl, Heidi (Hg.): Soziale Arbeit in der Konkurrenzgesellschaft. Beiträge zur Neugestaltung des Sozialen. Verhandlungen des 2. Bundeskongresses Soziale Arbeit, Neuwied, S. 15-30
- Thole, Werner/Cloos, Peter (2000): Nimbus und Habitus. Überlegungen zum sozialpädagogischen Professionalisierungsprojekt, verfügbar unter: <https://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/bitstream/urn:nbn:de:hebis:342007050718013/1/Nimbus%20und%20Habitus.pdf> (Stand: 02.04.2012)

- Wendt, Wolf Rainer (2008): Geschichte der Sozialen Arbeit 2. Die Profession im Wandel ihrer Verhältnisse, Stuttgart
- Winkler, Gerhard (2011): Was ist Solidarität? Konstitution von Solidarität als empirisches Phänomen, verfügbar unter: http://momentum-kongress.org/cms/uploads/documents/Beitrag_Winkler14_3_2011_3019.pdf (Stand: 20.03.2012)
- Wulf-Schnabel, Jan/Klein, Uta (2011): Subjektivierungen, Leitung und Geschlecht in der Sozialen Arbeit, in: Stolz-Willig, Brigitte/Christoforidis, Jannis (Hg.): Hauptsache billig? Prekarisierung der Arbeit in den Sozialen Berufen, Münster, S. 104-123

Angelika Gey

Die neue Gesellschaftsarchitektur und professionelles Selbstverständnis

Die gegenwärtige (deutsche) sozialpolitische Diskussion wird geprägt von Auseinandersetzungen um die Ausgestaltung wohlfahrtsstaatlicher Arrangements, sei es seitens kritischer Stimmen, die von Abbau und Ausverkauf des Sozialstaates sprechen, sei es von VolksvertreterInnen weitgehend aller Couleur, die den Sozialstaat, in seiner Gestalt am Anfang des neuen Jahrtausends, weder für konsensfähig noch bezahlbar halten. Die Rede vom Sozialabbau suggeriert, es ginge um eine quantitative Frage, um die bloße Reduzierung von Leistungen, was deutlich zu kurz greift. Wenn anstelle von sozialen Rechten eine leistungsabhängige Inklusion tritt, wenn die Garantie gesellschaftlicher Partizipation nicht mehr unveräußerlich ist, sondern durch vermeintliches Fehlverhalten verspielt werden kann, dann geht es um nicht weniger als die Aufkündigung einer gesellschaftlichen Vereinbarung, die sich in der Interpretation und Ausgestaltung des Grundrechts auf eine menschenwürdige Existenz in den letzten Jahrzehnten widerspiegelt.

Sozialstaatliche Transformationsprozesse

In der Einführung zum BSHG von 2002 formuliert Albrecht Brühl, dass in der Erklärung der BRD zum sozialen Rechtsstaat neben der Unantastbarkeit der menschlichen Würde (Art. 1 GG) „jeder ein Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit unter Beachtung der Rechte anderer sowie auf Leben, körperliche Unversehrtheit und Freiheit hat (Art. 2 GG)“ (Brühl 2002, S. IX). Seit Inkrafttreten des BSHG 1962 (als Nachfolger des ‚Fürsorgerechts‘ von 1924) gibt es bis Anfang der 1970er Jahre mehrere Verbesserungen und Ausweitungen der Rechte von Hilfesuchenden, bis zu Beginn der 1980er Jahre eine Welle von ‚Verschlechterungsgesetzgebungen‘ einsetzt. Schon zu diesem Zeitpunkt werden massive Leistungseinschränkungen vorangetrieben, allerdings nicht explizit im BSHG, sondern „im Rahmen und bezeichnenderweise von diversen Haushaltsgesetzen“ (vgl. Brühl 2002, S. X).

Die Änderungen der Gesetze und Verordnungen seit dieser Zeit sind zahlreich und unübersichtlich¹⁸. Z.B. wird Ende 1995 das Schlechtwettergeld endgültig abgeschafft. 1997, mit dem Arbeitsförderungsreformgesetz, wird die Zumutbarkeitsregelung verschärft und der Berufsschutz aufgekündigt. 2003 wird im Rahmen des ersten und zweiten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt die Beweislast für eine Arbeitsaufgabe oder die Ablehnung einer Arbeitsaufnahme umgekehrt – sie liegt jetzt bei den Arbeitslosen. 2004 wird die maximale Dauer der Zahlung von Arbeitslosengeld auf ein Jahr reduziert. Als Meilenstein des Umbaus des Sozialstaates ist das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt von 2005 zu nennen. Die Arbeitslosenhilfe wurde mit der Hilfe zum Lebensunterhalt für Erwerbsfähige nach BSHG im SGB II zusammengefasst und auf Sozialhilfeniveau angepasst. Einmalige Leistungen (wie z.B. Kleidergeld, Leistungen für Hausrat) werden nicht mehr gezahlt; für unverheiratete Erwachsene unter 25 Jahren, die in der Bedarfsgemeinschaft ihrer Eltern leben, reduziert sich der Regelsatz von 100% auf 80% und sie dürfen nur in Ausnahmefällen und nach Genehmigung des Leistungsträgers aus der elterlichen Wohnung ausziehen. Des Weiteren werden die Leistungsberechtigten (LB) dazu verpflichtet, an allen Maßnahmen zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt aktiv teilzunehmen, u.a. eine Eingliederungsvereinbarung abzuschließen, jedwede Arbeit – auch untertariflich bezahlt und unterhalb des Qualifikationsniveaus des LB – und Pflichtarbeit (1€-Jobs) anzunehmen.

2007 tritt das Zweite Gesetz zur Änderung des SGB II ‚Perspektiven für Langzeitarbeitslose mit besonderen Vermittlungshemmnissen – JobPerspektive‘ in Kraft, durch das ein Zuschuss für Arbeitgeber bei der Einstellung eines LB mit Vermittlungshemmnissen für längstens 24 Monate ermöglicht wird. Das Haushaltsbegleitgesetz von 2011 regelt, dass das Elterngeld von 300€ für LB künftig in voller Höhe als Einkommen angerechnet wird (für nicht-LB bleibt es unangetastet). Bedarfe für Bildung und Teilhabe für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren werden neben dem Regelbedarf gesondert (nach einer separaten Prüfung) anerkannt.

Diese (kleine) Auswahl von sozialpolitischen Gesetzesänderungen erhebt keinen repräsentativen Anspruch, dennoch wird die Verschiebung von passiven zu aktiven Leistungen deutlich. Beispielsweise wurde die Abschaffung der Zahlung einmaliger Leistungen zugunsten eines erhöhten Regelsatzes dadurch begründet, dass die Leistungsberechtigten dazu in der Lage sein bzw. in die Lage versetzt werden müssten, mit dem zur Verfügung stehenden Geld zu wirtschaft-

18 Eine ausführliche Übersicht gibt es unter: http://www.ak-sozialpolitik.de/doku/02_politik/chronik/chronik_gesamt.pdf (Stand: 11.10.2011), weiterführende Informationen unter: <http://www.buzer.de/gesetz/2602/1.html>

ten und dementsprechend für größere Ausgaben anzusparsen.¹⁹ Während die wohlfahrtsstaatlichen Umbrüche für die einen den radikalen Abbau des Sozialstaates bedeuten (vgl. Butterwegge 2005, S. 9), sind sie für die anderen Ausdruck einer sich durchsetzenden „neoliberalistischen Ideologie“ im Zuge der „globalen Ökonomisierung der Lebenszusammenhänge“ (Galuske 2004, S. 16). Die offizielle Lesart – durchaus unterstützt von wissenschaftlicher Seite – ist, dass, flankierend zu Schutz und Fürsorge, die Prinzipien der „Förderung und Aktivierung“ gestärkt würden (vgl. Olk 2000, S. 102).

Das Neoliberale

Als Eckpfeiler der sogenannten neoliberalen Veränderung des Wohlfahrtsstaates können Deregulierung, Privatisierung, Ökonomisierung und Destabilisierung genannt werden, und zwar in Bezug auf den Arbeitsmarkt, die sozialen Sicherungssysteme, die staatlichen Steuerungsgrundsätze und die Infragestellung wohlfahrtsstaatlicher Arrangements (vgl. Thole 2003, S. 33).

Die weitgehende Verabschiedung von Normalarbeitsverhältnissen zugunsten von kurzfristigen und wenig abgesicherten Arbeitsverhältnissen, wie sie in der enormen Zunahme von Leih- und Zeitarbeitsverhältnissen, aber auch in der zunehmenden Anzahl von projektgebundenen Stellen in Wissenschaft und Forschung zum Ausdruck kommt, erschüttern nicht nur die individuellen Biographien, sondern den gesamten sozialstaatlichen Kontext. Eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zuungunsten des Schutzes von ArbeitnehmerInnenrechten, der Stabilität staatlicher Sicherungssysteme durch Sozialabgaben und der sozialen Absicherung von Familien wird in Kauf genommen, um den Unternehmen die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erleichtern und den ‚Standort Deutschland‘ konkurrenzfähig zu halten. Ob allerdings tatsächlich reguläre, d.h. unbefristete, angemessen bezahlte und sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze über die Deregulierung des Arbeitsmarktes geschaffen oder nur die Interessen der Wirtschaft befriedigt werden, bleibt zweifelhaft.

Das Argument, dass ohne private Zusatzversicherungen z.B. im Bereich der Alterssicherung schon im bestehenden Modell, geschweige denn in einer sich durch den demographischen Wandel verändernden zukünftigen Gesellschaftsstruktur, nicht mehr mit einer existenzsichernden Versorgung zu rechnen sei, rechtfertigt es, diese ausgerechnet in Zeiten der Arbeitsplatz- und damit Einkommensunsicherheit zunehmend in die Verantwortung der Subjekte zu

19 Angesichts der Tatsache, dass z.B. Wintermäntel für die Kinder sofort und nicht im Frühling benötigt werden und dass die Regelsätze, auch wenn Miete und Heizung hinzugerechnet werden, unter der Armuts Grenze liegen, ist die Forderung zu sparen, eher zynisch, denn realistisch.

überführen. Diese geforderte Eigenverantwortung wird erschwert durch „puzzleartige[r], risikoreiche[r] Beschäftigungsbiographien zwischen Arbeitslosigkeit, Qualifizierung, befristeter Beschäftigung, Scheinselbständigkeit und Leiharbeit“ (Galuske 2004, S. 11), zumal für die ArbeitnehmerInnen (im Unterschied zu den Unternehmen) die Sozialausgaben in den letzten Jahren ohnehin erheblich gestiegen sind (vgl. Thole 2003, S. 33).

Ökonomisierung bedeutet sowohl für die Tätigen im sozialen Sektor, sei es in der Bildung, Beratung, Therapie, Pflege oder Jugendhilfe und vor allem auch für diejenigen, denen diese Arbeit zugutekommen soll, eine Ausrichtung an betriebswirtschaftlichen Standards der Effizienz, Effektivität und der Kostenreduzierung angesichts vermeintlich leerer Staatskassen.

Was gerne unter der Überschrift ‚Qualitätssicherung‘ firmiert, kommt allerdings gerade dieser häufig nicht zugute, wenn finanzielle Überlegungen dominieren. Ob in der Verwaltung der ‚Sozialbudgets‘, der Auslagerung hoheitlicher Aufgaben in den Bereich privater Anbieter oder der im Minutentakt ausgerechnete zeitliche Aufwand für pflegerische Leistungen: Das billige Angebot bekommt den Zuschlag, nicht das gute. Und da „sich nur Dingliches berechnen lässt, muss alles, was sich nicht berechnen lässt, unberücksichtigt bleiben“ (Funk 1998, S. 2). Diese Form der Ökonomisierung kann als ‚Sozialdumping‘ beschrieben werden, das nicht nur eine Deprofessionalisierung zur Folge hat, sondern dem Sinn jeglicher sozialer Intervention, nämlich dem, wenn auch nur fragmentarischen, Ausgleich von Benachteiligung zuwider läuft. Destabilisierend wirken diese Entwicklungen keineswegs nur auf die individuellen Lebenslagen, sondern auch und in hohem Maße auf den gesellschaftlichen Konsens darüber, was ein Staat für seine BürgerInnen zu leisten hat und was erst durch deren Zustimmung möglich wird.

Nicht nur die radikalen VertreterInnen des Neoliberalismus, sondern auch die des sogenannten dritten Weges, allen voran die europäische Sozialdemokratie,²⁰ stellen den Sozialstaat ‚alter Prägung‘, der sich schon immer auf dem schmalen Grat zwischen Freiheitsgarantien für den Markt und Beschränkung desselben zur Reproduktion der Arbeitskraft und Erhaltung des sozialen Friedens gleichermaßen befand, nicht nur infrage, sondern unterstellen ihm das, was zu bekämpfen er immer beteuerte: „Die etablierten Systeme sozialer Sicherung dürften zukünftiges Beschäftigungswachstum und den wissensbasierten Umbau der Volkswirtschaft eher behindern denn befördern“ (Esping-Andersen 2004, S. 191).

20 Das Modell des aktivierenden Staates stellt nach Michael Galuske (2009, S. 13) international und über alle ‚politischen Langer hinweg‘ Konsens dar.

Integration bedeutet in dieser Logik ausschließlich die Inklusion in den Arbeitsmarkt, der sich in drei Segmente spaltet (vgl. Anhorn 2008, S. 18; Brinkmann et al., S. 55ff.):

- Das Segment der Integration mit relativ gesicherten Beschäftigungsverhältnissen in verschiedenen Abstufungen,
- das der Prekarität, der Gefährdung durch unsichere und zeitlich begrenzte Beschäftigung und
- das der Entkoppelung bzw. Ausschließung.

Diese Dreiteilung spiegelt sich, wenn auch auf anderem Niveau und mit weit-aus verheerenderen Folgen für die Subjekte, international in einer globalen Spaltung wieder:

„einerseits in die prosperierenden Zentren einer hoch flexiblen, dynamischen und technologisch innovativen kapitalistischen Entwicklung, andererseits in die weltweit verstreuten Produktionszentren der Billiglohnländer [...] und schließlich in ganzen Weltregionen und Staaten, die aus den Verwertungszusammenhängen eines internationalisierten Kapitals ausgeschlossen und von den globalen ökonomischen Entwicklungen schlicht ‚abgehängt‘ sind“ (Anhorn 2008, S. 22f.).

Diese Entwicklung ist nur möglich durch die ‚Freisetzung‘ des Kapitals weltweit, bei gleichzeitiger Fixierung der Menschen in nationale Grenzen. Jede Standortdebatte wäre ohne die „Dialektik von Mobilität und Kontrolle“ (Lesse-nich 2009) wenig sinnhaft.

Kennzeichnend für die Umstrukturierung des Sozialstaates sind Begriffe wie Sozialinvestition, Prävention und Aktivierung. Diese Prinzipien machen deutlich, dass sich von dem integrativen Gedanken des alten Sozialstaatsmodells, im Sinne von Teilhabe weitgehend aller Mitglieder an den Errungenschaften einer modernen Gesellschaft, verabschiedet wurde. ‚Sozialinvestition in die Humankapitalbildung‘ beraubt das Subjekt letztlich einer Existenzberechtigung jenseits von Produktivität und Marktverwertbarkeit und damit auch einer nicht-materiellen menschlichen Identität. Die Rede von den ‚Überflüssigen‘, ‚Überzähligen‘ oder einer „Residualkategorie von Menschen“ (Bude/Willisch 2008, S. 19) demonstrieren diese Perspektive auf die Individuen im sozialinvestigativen, aktivierenden Postwohlfahrtsstaat auf überdeutliche Weise.

Mit dem Begriff der Sozialinvestition eng verbunden ist der Grundsatz der Prävention als Anforderung an die Individuen (im Bereich der Gesundheitsvorsorge, der Altersvorsorge etc.) und an sozialstaatliche Tätigkeiten (frühkindliche Bildung, ‚kriminalitätsvorbeugende‘ Maßnahmen im Stadtteil, Gewalt- oder Suchtprävention an Schulen etc.). Präventionsprogramme sind dann entweder pädagogischer Natur – im Sinne von Erziehung der zukünftigen ArbeitnehmerInnen – oder sie zielen auf sogenannte Risikogruppen oder ganze Quartiere, wobei die Grenzen zwischen sozialpolitischer bzw. -pädagogischer Inter-

vention und sicherheitspolitischem Kalkül zunehmend verschwimmen (vgl. auch Kessl/Otto 2003, S. 60).

Prävention ist also keineswegs nur die frühzeitige Intervention i.S. der Einlösung sozialer Rechte wie z.B. die Ermöglichung des Zugangs zu Bildung, sondern bedeutet im Zweifel den Eingriff in die Lebensentwürfe und Verteidigungsstrategien der Subjekte. Neoliberalismus und Neokonservatismus konfliktieren deshalb nicht, so Tilman Lutz, weil Kontrolle und Sanktionen sich ohnehin gegen als randständig stigmatisierte Menschen richten – an die AdressatInnen Sozialer Arbeit (vgl. Lutz 2010).

Das Neosoziale

Der Begriff der neoliberalen Transformation, so gravierend die sozialen und ökonomischen Einschnitte aufgrund der ‚Entfesselung‘ des Kapitals auch sein mögen, greift als Beschreibung des aktivierenden Staates zu kurz, vermittelt er doch „immer auch Vorstellungen vom Rückzug des Staates im Interesse individueller Autonomie“ (Lessenich 2008, S. 84). Aktivierungspolitik bedeutet mehr als ‚nur‘ die Entbindung der Wirtschaft von jeglicher sozialer Verantwortung, wie es der Begriff des Neoliberalismus suggeriert, ist nicht ‚nur‘ der Rückzug des Staates aus seiner im Grundgesetz verankerten Verantwortung. Aktivierungspolitik ist eine Form der Vergesellschaftung, die Stephan Lessenich als „neosoziale politische Gouvernamentalität“ (Lessenich 2009, S. 166) bezeichnet.

„Ziel dieser veränderten Programmatik ist die sozialpolitische Konstruktion doppelt verantwortungsbewußter, und das bedeutet: sich selbst wie auch der Gesellschaft gegenüber verantwortlicher Subjekte. [...] In ihnen gehen ökonomisch-rationale und moralisch-soziale Handlungsorientierungen eine glückliche Verbindung ein – wenn auch nicht von selbst“ (Lessenich 2008, S. 82).

Das diskursiv vermittelte und allgemeingesellschaftlich geteilte Wissen, dass diejenigen, die sich nicht aktivieren lassen nicht nur selbstschädigend, sondern auch ‚asozial‘ sind, zeigt sich in Debatten um die ‚neue Unterschicht‘ und ‚Sozialschmarotzer‘, geführt in Medien von *Die Zeit*²¹ bis *BILD* oder entsprechenden Fernsehformaten wie *Die Sozialfahnder*. Der Mensch im Post-Wohlfahrtsstaat ist frei, solange er nicht das Gemeinwohl schädigt, indem er Kosten verursacht, denn damit verwirkt er das Recht auf die Solidarität der Gemeinschaft. Dieser Freiheitsgedanke, im Bericht der Hartz-Kommission von 2002 formu-

21 Z.B. *Die Zeit*, 18.11.2010, Nr. 47: Kein Bock

liert, erinnert an frühkapitalistische Zustände, wo jedermann das Recht hatte zu verhungern:

„Die Leistungen des JobCenter gehen von freien, mündigen und entscheidungsfähigen Kunden aus. Niemand ist gezwungen, eine angebotene Stelle anzunehmen, in die PSA einzutreten oder an einer Maßnahme zur Integrationsförderung teilzunehmen. Kunde und Mitarbeiter des JobCenter begegnen sich auf gleicher Augenhöhe“ (Kommissionsbericht 2002, S. 97).

und weiter heißt es:

„Um individuelle Lebenssituationen besser berücksichtigen zu können, wird Arbeitslosen die Möglichkeit eröffnet, sich aus persönlichen Gründen aus dem Job-Center abzumelden. Sie verzichten damit auf Vermittlungsbemühungen des Jobcenter und zugleich auf Leistungen der Arbeitslosenversicherung“ (Kommissionsbericht 2002, S. 93).

Diese zynische Interpretation von individueller Freiheit suggeriert, dass das Subjekt sich jederzeit entscheiden kann, ungeachtet der Ressourcen und der Zugangsbedingungen zu ökonomischer, sozialer und kultureller Teilhabe. Darüber hinaus muss es allerdings die ‚richtige‘ Entscheidung sein – für ein selbstverantwortliches und damit gemeinwohlkompatibles, von Transferleistungen unabhängiges Leben.

In Anlehnung an Georg Simmel (1908) spricht Stephan Lessenich von einer ‚Gesellschaftstotalität‘, die übermächtig wird, weit über die Arbeitsmarktpolitik hinausgeht und in alle Lebensbereiche und Altersphasen hinein reicht bzw. diese bestimmt. Egal ob Frauen, Kinder, Alte, Dicke, Ungebildete, Kranke, ob in der Gesundheitspolitik, Bildung oder im Ehrenamt, alle Maßnahmen zielen auf gesellschaftliche Produktivität (vgl. Lessenich 2008, S. 97-116), darauf, dass der Mensch sich selbst optimal zum Wohle der Allgemeinheit managt. Dieser Gouvernementalitätsgedanke setzt allerdings die Beteiligung der Subjekte voraus, sie werden Koproduzenten einer gesellschaftlichen Wirklichkeit, in der die ‚Aktivbürgerin‘ möglich und erstrebenswert ist. Im Gegenzug werden diejenigen, die sich der Aufforderung zur Selbstregierung widersetzen, zu kontraproduktiven Elementen, deren vermeintlich selbst gewählte Passivität Sanktionen und sozialen Ausschluss rechtfertigt, denn: Wer sich nicht hinreichend selbst führt, bedarf der verschärften Fremdführung. Wer sich nicht aktivieren lässt (weder ‚mit Zuckerbrot noch mit Peitsche‘), ist in dieser Logik nicht nur selbst schuld, sondern lebt auf Kosten der Allgemeinheit, wogegen diese sich, im Sinne von Selbstverteidigung, zur Wehr setzen darf und muss.

„In ihrer sozialen Selbstverteidigung gegen ‚gefährliche‘, die Sicherheit der Gesellschaft bedrohende Klassen, Gruppen und Individuen – Arbeitsverweigerer, Trittbrettfahrer, Zuwanderer – operiert sie (die liberale Versicherungsgesellschaft) mit einer Vielzahl von Mechanismen und Instrumenten, mit den unterschiedlichsten

Formen der Spaltung und Fragmentierung der Bevölkerung, der sozialen Marginalisierung und Exklusion" (Lessenich 2008, S. 81).

In dieser postwohlfahrtsstaatlichen Interpretation von sozialer Verantwortung bekommt auch die ‚Zivilgesellschaft‘ eine neue Bedeutung und ein anderes Gewicht. Stand sie bislang, als Gegenentwurf zu normierendem, bürokratischem staatlichen Handeln, für soziale und demokratische Bewegungen wie die ökologische oder die Frauenbewegung, übernimmt sie im neuen Sozialstaatsmodell eine aktive Rolle als Regulationsinstanz. ‚Zivilgesellschaftliches Engagement‘ zeichnet nicht nur die ‚aktive Bürgerin‘ aus und verbindet somit „gesellschaftliche und individuelle Selbststeuerung" (vgl. Otto/Ziegler 2008, S. 141), sondern entlastet auch die öffentlichen Kassen durch die Übernahme originär sozialstaatlicher Aufgaben²². In der neuen ‚Bürgergesellschaft‘ finden neoliberale und neosoziale Vorstellungen von der Aktivgesellschaft synergetisch zusammen. Soziale Arbeit kann sich den Auswirkungen dieser Transformationsprozesse nicht entziehen, da sie grundsätzlich mit (Sozial-)Politik verknüpft ist.

Über das Verhältnis von Politik und Sozialer Arbeit

Sozialpolitik ist die überindividuelle, institutionalisierte Gestaltung von Lebensbedingungen hinsichtlich der verbindlichen Regelung gesellschaftlicher Konflikte (auch über materielle Güter). Soziale Arbeit hingegen fokussiert überwiegend die einzelnen Menschen, auch oder gerade diejenigen, die durch das Netz sozialpolitischer Interventionen (die immer typisiert und auf Personengruppen gerichtet sind) fallen (vgl. Benz 2010, S. 318f.). Darüber hinaus haben beide die Aufgabe der Gesellschaftsgestaltung auf der Grundlage von Menschen- und sozialen Rechten jenseits verallgemeinerbarer bzw. konkreter Notlagen.

Damit kommt Sozialer Arbeit aber auch die Funktion zu, der Sozialpolitik zu spiegeln, ob Interventionen Zielgruppen erreichen bzw. welche Personengruppen übersehen werden und inwieweit Einzelschicksale auf gesellschaftliche Risiken verweisen, die sozialpolitischer Bearbeitung bedürfen. Wenn sowohl der Sozialpolitik als auch der Sozialen Arbeit unterstellt werden kann, dass es um die menschenwürdige Ausgestaltung von (diversen) Gerechtigkeitsvorstellungen geht, ist die eine auf Erkenntnisse der anderen angewiesen. Soziale Arbeit hat einerseits ein Wissen darüber, wie sozialpolitische Programme

22 Wenn z.B. Hilfen zur Erziehung zu ‚Patenschaften‘ umbenannt werden und von ehrenamtlichen HelferInnen z.B. des SKF ausgeführt werden, hat das mit demokratischer und sozialer Bewegung kaum mehr etwas zu tun.

im Einzelfall (nicht) wirken, was „Sozialadministration und politischen MandatsträgerInnen“ (vgl. Benz 2010, S. 322) fehlt und andererseits ein Interesse daran, dieses Wissen im Sinne der Verbesserung der Lebensbedingungen ihrer Klientel (mit) zu teilen. Sozialpolitik hingegen hat die Möglichkeit, Rechtsgrundlagen zu schaffen, aufgrund derer Soziale Arbeit überhaupt erst tätig werden kann. Diese Tatsache begründet die Notwendigkeit, dass Soziale Arbeit im Bereich der politischen Meinungsbildungsprozesse tätig werden muss, wenn sie sozialpolitische Entscheidungen beeinflussen will.

Beiden Disziplinen ist gemeinsam, dass das Verständnis vom eigenen Gegenstands- und Aufgabenbereich und dessen normative Gestaltung nicht homogen sind; insofern lässt sich auch nicht ein Verhältnis von der Sozialpolitik zu der Sozialen Arbeit identifizieren. Allerdings bleibt es ein Qualitätsmerkmal beider Disziplinen, sich in Beziehung zueinander zu setzen.

„Die Qualität von Sozialpolitik lässt sich daran prüfen, ob sie in der Lage ist, dem kritischen Blick und den tätigen Antworten Sozialer Arbeit auf die sozialen Lagen und Perspektiven ihrer Klienten standzuhalten und diese aufzugreifen. Die Professionalität Sozialer Arbeit lässt sich daran erkennen, ob sie ihre (sozial-)politische Dimension theoretisch wie praktisch wahrnimmt“ (Benz 2010, S. 317).

Auch wenn noch nicht von einer „einheitliche[n] Konzeption Aktivierender Sozialer Arbeit“ (Kessl/Otto 2003, S. 63) gesprochen werden kann, hat die sozialstaatliche Transformation längst die Soziale Arbeit erreicht, zumindest auf der Ebene des Arbeitens und Wirtschaftens der AkteurInnen (vgl. auch Lutz 2010, S. 148-184). Heinz-Jürgen Dahme, Gertrud Kühnlein und Norbert Wohlfahrt benennen zwei ‚sozialwirtschaftliche‘ Modernisierungsstrategien, die des „organisierten Wettbewerbs“ und die des „Kontraktmanagements“, die zu grundsätzlichen Veränderungen der Beziehungen von Kostenträgern und Leistungserbringern in der Sozialen Arbeit führen (vgl. Dahme/Kühnlein/Wohlfahrt 2004, S. 2). Das bislang sowohl partnerschaftliche als auch subsidiäre Verhältnis von öffentlichen und freien Trägern als „lokale Verhandlungsdemokratie“ wird durch Leistungsvereinbarungen, auf der Grundlage der Definition von Standards, Steuerung und Controlling zu einem Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Verhältnis. Hier wiederholt sich das Aktivierungsparadigma auf der kommunalen Organisationsebene durch die „Trennung von Gewährleistungs- und Durchführungsverantwortung“. Die vermeintliche Liberalisierung des sozialen Sektors hat de facto zu einer Machtakкумуляtion seitens der Kostenträger zu Lasten der Autonomie der „Kirchen und Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts sowie der Verbände der freien Wohlfahrtspflege“ (§ 10 BSHG) geführt.

„Hierbei geht es primär darum, aus weltanschaulich und sozialpolitisch begründeten gemeinnützigen Organisationen sozialwirtschaftliche Leistungserbringer zu formen, deren zentrale Aufgabe die Erbringung von professionellen Dienstleistungen

ist, die unter Effektivitäts- und Effizienzkriterien darstellbar und kontrollierbar sind” (Dahme/Kühnlein/ Wohlfahrt 2004, S. 7).

Die betriebswirtschaftliche Orientierung und der damit einher gehende Wettbewerb unter den Leistungsanbietern²³ wirkt direkt auf die Tätigen in der Sozialen Arbeit, da die Hauptausgaben im Sozialsektor Personalkosten sind. Folgen davon sind befristete oder Honorarverträge ohne soziale Absicherung, Mehrarbeit durch erhöhten Bürokratieaufwand, Versetzung von SozialarbeiterInnen in ‚fachfremde‘ Arbeitsbereiche, d.h. Flexibilisierung in allen Bereichen.

Professionelles Selbstverständnis und Politisierungsprozesse

Umso erstaunlicher wirkt die überwiegende Akzeptanz von Qualitätsmanagement (86%) und Controlling (57%) als Instrumente zur Steigerung der Fachlichkeit der Sozialen Arbeit unter VertreterInnen von Verbänden und Verwaltung ebenso wie unter SozialarbeiterInnen. Die Definition von KlientInnen als KundInnen wird überwiegend bejaht (82%) und KundInnenorientierung als ‚Markenzeichen moderner Sozialarbeit‘ definiert (87%), allerdings stimmen nur 67% der Forderung nach einem ‚besseren Verbraucherschutz‘ zu (vgl. Dahme/Kühnlein/Wohlfahrt 2004, S. 17ff.).

Die weitgehende Akzeptanz aktivierungspolitischer Strategien im berufspolitischen Kontext spiegelt sich in der überwiegenden Zustimmung zum Prinzip des ‚Förderns und Forderns‘ in Bezug auf die AdressatInnen Sozialer Arbeit wieder. In einer nicht veröffentlichten Untersuchung zu Einstellungen Studierender der Sozialen Arbeit an der Katholischen Hochschule, Abteilung Aachen zu Bildung und Integration in den Arbeitsmarkt zeichnet sich die Tendenz ab, dass zwar grundsätzliche Zustimmung zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen besteht, „die Verteilungsprinzipien dieser finanziellen und materiellen Güter sich allerdings sehr an Leistungsfähigkeit und -bereitschaft der EmpfängerInnen orientiert” (Gey/Klein/Uerlings 2011, S. 18). Der Aussage „Ich finde es richtig, dass die Bezüge zur Sicherung des Existenzminimums als Sanktion von Pflichtverletzungen gekürzt/gestrichen werden können” stimmen die Studierenden überwiegend zu (Gey/Klein/Uerlings 2011, S. 17). Obwohl 66% der Befragten verneinen, dass die Grundsicherung für ein „Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben” ausreicht, werden Kürzungen als legitimes Mittel zur Sanktionierung von ‚Fehlverhalten‘ eingeschätzt.

23 Was nach Dahme/Kühnlein/Wohlfahrt (2004; 2007) weniger einer Gewinnmaximierung, denn dem Erhalt der Institutionen und deren sozialpolitischem Auftrag geschuldet ist.

Die zukünftigen SozialarbeiterInnen/-pädagogInnen scheinen also den Aktivierungslogiken mehrheitlich positiv gegenüber zu stehen. Obwohl diese Einstellungsmessung noch keine Rückschlüsse auf das tatsächliche Handeln in späteren professionellen Bezügen zulässt, kann angenommen werden, dass die „Neuprogrammierung des Sozialen“ (Kessl/Otto 2003, S. 57) weit fortgeschritten ist, denn „Aktivierung ist kein bloßes Gewaltdispositiv, kein Ausdruck reiner rechtlicher und politischer Disziplinarmacht. Aktivierung setzt auf die Mitwirkung der Individuen, auf ihren eigenen Willen und ihr eigenes Wissen“ (Lessenich 2009, S. 173).

Wenn anstelle des sozialarbeiterischen/-pädagogischen Selbstbewusstseins, eine gesellschaftsgestaltende und -verändernde Kraft im Sinne von mehr sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit zu sein, die Anpassung an gesellschaftliche Zustände und die Übernahme aktivierungspolitischer Logiken tritt, ist das eine politische Positionierung und zwar den politischen Mainstream befürwortend und bestärkend. Gleichzeitig mehren sich in der Disziplin Soziale Arbeit kritische Stimmen, die die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Umbrüche in ihren Auswirkungen auf das Konstrukt einer sozialen und demokratischen Gesellschaftsformation analysieren und die damit verbundene Veränderung der Sozialen Arbeit als Rückschritt in ‚vorsozialpädagogische‘ Zeiten werten. Ob allerdings diese kritische Haltung in der Praxis ankommt und ob sozialarbeiterisches Handeln überhaupt als politisches Handeln – auch und gerade wenn neosoziale und -liberale Anforderungen bedient werden – gesehen wird, ist offen.

Mechthild Seithe verweist auf die Beteiligung von SozialarbeiterInnen an der ‚Auslese‘ und Vernichtung von sogenanntem ‚unwertem Leben‘ im deutschen Nationalsozialismus (vgl. C. W. Müller n. Seithe 2010, S. 261), die damit das Regime unterstützt und mitgetragen haben. Diese Haltung als passiv, unpolitisch und angepasst zu beschönigen, hieße die historische Verantwortung leugnen. Wohl wissend, dass die gegenwärtigen Verhältnisse nicht mit denen des Faschismus vergleichbar oder gleichzusetzen sind,

„macht sich in unserer Gesellschaft eine Ideologie und Praxis breit, die Menschen ausgrenzt und unterschiedlich bewertet. [...] Dies ist ein Menschen- und Gesellschaftsbild, das sich von den Werten und Prinzipien der Aufklärung und vom Grundgesetz entfernt hat“ (Seithe 2010, S. 261).

Der Anspruch an sozialarbeiterische/-pädagogische Professionalität, weder parteilich noch politisch, sondern wertfrei zu sein, bedeutet durchaus eine (politische) Stellungnahme. Denn auch ‚Therapeutisierung‘, ‚Pädagogisierung‘ und ‚Ökonomisierung‘ Sozialer Arbeit und die damit einhergehende Individualisierung und Kulturalisierung sozialer Probleme vollziehen sich im Rahmen und auf der Grundlage politischer Entscheidungen und gesellschaftlicher Zuweisun-

gen von Aufgaben. In Anlehnung an Paul Watzlawick könnte man sagen ‚Soziale Arbeit kann sich nicht nicht positionieren‘ oder um mit Seithe zu sprechen „Soziale Arbeit ist immer politisch, so oder so“ (Seithe 2011, S. 2).

Im Zuge der Aktivierungslogik erfährt Soziale Arbeit also einen Politisierungsschub durch die Inanspruchnahme durch (sozial)politische Interessen, dementsprechend reicht aber der reine Aufruf, sich politisch zu positionieren, nicht aus, um eine kritische Perspektive in Theorie und Praxis Sozialer Arbeit zu entwickeln.²⁴ Neben theoretisch wie empirisch fundierten Erkenntnissen treten gerade in der Sozialen Arbeit normative Grundhaltungen und Menschenbilder, die eine zustimmende, resignative oder kritische Position zu den aktuellen sozialen Umbrüchen begründen. SozialarbeiterInnen, die sich in ihren Gerechtigkeitsvorstellungen eher auf Leistungs- und Chancengerechtigkeit bei gleichzeitiger minimaler Grundversorgung beziehen, werden das Prinzip des ‚Förderns und Forderns‘ unterstützen und auch politisch vertreten, ohne mit den eigenen Werthaltungen in Konflikt zu geraten und auch ohne den Bezug zu den Allgemeinen Menschenrechten aufzukündigen. Insofern besteht unter dieser Perspektive auch kein Dilemma eines doppelten Mandats.

So formulieren z.B., durchaus in ‚stellvertretender Absicht‘, „die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene sowie führende Repräsentanten des Arbeiterwohlfahrt Bundesverbandes, der Diakonie und des Deutschen Roten Kreuzes“ in ihrer persönlichen Stellungnahme zur Neuregelung des SGB II folgende Schlussfolgerungen:

„Die Unterzeichner stimmen darin überein, dass neben diesen Maßnahmen eine Senkung passiver Leistungen notwendig ist, um ein dauerhaft tragfähiges und finanzierbares Leistungssystem zu erhalten. Es geht nicht darum, Regelsätze zu senken, sondern das Leistungsrecht so zu schärfen, dass Anreize für Arbeit im Mittelpunkt stehen und die Leistungen auf die tatsächlich Bedürftigen konzentriert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen neben der Optimierung der Verwaltungstätigkeit die gegenwärtigen Anspruchsgrundlagen und -voraussetzungen im SGB II einer kritischen Überprüfung unterzogen werden“ (StGB NRW-Mitteilung 449/2006).

Diese durchaus politische Äußerung, die einerseits das Dogma des ‚Sparzwangs‘ im sozialen Bereich unhinterfragt voraussetzt und andererseits in ‚würdige und unwürdige Arme‘ unterteilt und damit in anschaulicher Weise die Stereotype der ‚Sozialschmarotzer‘ bedient, kann kaum als Schärfung professionellen und advokatorischen Selbstverständnisses gewertet werden²⁵. Um den

24 Denn auch ein Mehr an politischer Beteiligung durch z.B. basisdemokratische Entscheidungen – wie der Volksentscheid zum Moscheebau in der Schweiz zeigt – ist kein Garant für die Durchsetzung von Menschen- oder sozialen Rechten.

25 Bei solchen Freunden, braucht man wohl keine Feinde mehr (vgl. Stark 2007, S. 65).

wissenschaftlichen und professionellen Diskurs in Richtung kritische Soziale Arbeit voran zu treiben, sollten derartige Stellungnahmen und damit einhergehende Differenzen offen benannt und kontrovers diskutiert werden, um den ‚Container-Begriff‘ des sogenannten Selbstverständnisses Sozialer Arbeit zu füllen und nicht zu einer inhaltsleeren Worthülse verkommen zu lassen.

„Plädieren möchten wir an dieser Stelle für ein kritisches Denken und Handeln im Sinne einer ‚reflektierten Unfügbarkeit‘ [...], die auf ein begründetes und aktives Nicht-Einverstanden-Sein mit den dominanten Macht-, Herrschafts- und Regierungslogiken abzielt. Nicht mehr und nicht weniger meint das von uns vertretene Programm einer (Re)-Politisierung Sozialer Arbeit“ (Herrmann/Stövesand 2009, S. 198).

Dieses „Nicht-Einverstanden-Sein“ wird im wissenschaftlichen Diskurs oft ausgeblendet oder soweit abstrahiert, dass es kaum noch erkennbar ist und in der Auseinandersetzung innerhalb der Praxisbezüge zunehmend als ‚utopisch‘ diskreditiert wird. Es ist aber die Grundlage für kritische Gesellschaftstheorien ebenso wie für ein reflexives und kritisches Selbstverständnis Sozialer Arbeit.

Perspektiven kritischer Sozialer Arbeit

Soziale Arbeit als Profession und Disziplin hat ihr Wissen um die gesellschaftspolitischen Ursachen für soziale und individuelle Lebenslagen und die Auswirkungen sozialstaatlicher Veränderungsprozesse den RepräsentantInnen aus Politik, Verwaltung und Institutionen zur Verfügung zu stellen, denn kein Beruf und keine Wissenschaft ist ‚so nah dran‘ an den ‚VerliererInnen‘ der Aktivgesellschaft und hat gleichzeitig, aufgrund ihrer Allzuständigkeit, ein derartig breit gefächertes Grundlagenwissen, das es ermöglicht, strukturelle Zusammenhänge zu erkennen.

Das bedeutet aber für die Tätigen in der Sozialen Arbeit einerseits eine gesellschaftskritische Haltung einzunehmen, indem sie zur Dekonstruktion von vermeintlichen Gesetzmäßigkeiten beitragen, Widersprüche aufdecken und sogenannte Wahrheiten infrage stellen und andererseits, sich gesellschaftspolitisch im Sinne der Verbesserung der Lebensbedingungen der AdressatInnen Sozialer Arbeit einzumischen. Diese Diskussion ist keineswegs neu, schon 1973 forderte Hans-Uwe Otto die Sozialarbeit auf, die gesellschaftliche Perspektive der Verursachung sozialer Problemlagen mindestens genauso stark zu thematisieren wie die Therapie derselben. Otto formuliert, dass die

„Chance progressiver Sozialarbeiter [darin liegt; d. Verf.] [...], für die Betroffenen ‚Freiräume‘ zu erobern, zu erweitern und zu verteidigen. Sie können sich mit den Schwachen solidarisieren, wo andere zusätzliche Unterdrückung üben, sie können

schützen, wo andere terrorisieren, heilen, wo andere kränken...“ (Otto 1973, S. 256).

Über 30 Jahre später betont Otto, dass sich eine kritische Soziale Arbeit nicht „von der Sozialen Arbeit an sich abspalten darf.“ Sie solle nicht zu einer Art „Parallelgesellschaft“ werden, „die sich in ihrer eigenen Ideologie, ihrer vielleicht ‚gekonnten Theorie‘ und ihrer weitreichenden Analyse sonnt“ (Kessl/Ziegler/Otto 2006, S. 111). Eine „Schärfung“ und „Politisierung“ wissenschaftlicher Sozialer Arbeit im Sinne einer kritischen Theorie sei unerlässlich. Es geht um nicht weniger als eine sozialpolitische Einmischung mit wissenschaftlichen Mitteln (vgl. Kessl/Ziegler/Otto 2006, S. 115) und folgerichtig gibt es „keine kritische Soziale Arbeit jenseits von Professionalität“ (Kessl/Ziegler/Otto 2006, S. 117).

Dies kann und sollte aber nicht in einem hierarchischen Theorie-Praxis-Gefälle geschehen, indem die Disziplin Wissensbestände zur Verfügung stellt, welche die Profession praktisch umzusetzen hat, sondern fordert zunächst einen „praktischen Diskurs“, „um die Geltungsansprüche in ständiger argumentierender Verhandlung zu ermitteln.“ (vgl. Bettinger 2009, S. 302). U.a. sollen Arbeitskreise Kritische Sozialarbeit, die sich aus Studierenden, PraktikerInnen, Lehrenden und WissenschaftlerInnen zusammensetzen, genau solche Diskurse ermöglichen und vorantreiben. Diese Arbeitskreise können sowohl Ausgangspunkt für Öffentlichkeitsarbeit und aktive politischer Einmischung werden, als auch die Entwicklung der Lehre im Hinblick auf eine kritisch reflexive Auseinandersetzung mit dem Arbeitsfeld und der Berufsrolle befördern. Allem voran aber ergibt sich hier die Chance, diskursiv vermittelte ‚Wahrheiten‘ zu hinterfragen und dadurch andere Perspektiven zu eröffnen. In Abgrenzung und Reaktion auf die neosozialen Anforderungen an die Soziale Arbeit entwickeln sich zurzeit durchaus Initiativen innerhalb der Profession, die sich öffentlich positionieren. Der Arbeitskreis Kritische Sozialarbeit Aachen hat mittlerweile einige Leserbriefe u.a. zum sogenannten Bildungspaket und zu rechtsradikalen Aufmärschen veröffentlicht, eine Informationskampagne zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland und dem Asylbewerberleistungsgesetz innerhalb der Hochschule im Rahmen des „festivale contre racism“ begonnen und organisierte eine Fachtagung zum Thema ‚Islamfeindlichkeit‘.

Ein weiterer Ansatzpunkt des Transfers zwischen Theorie und Praxis ist die Ausbildung der PraktikerInnen, auch im Hinblick auf die Einbindung kritischer Theorien in die Lehre. Mit der Professionalisierung Sozialer Arbeit geht die Chance einher, das praktische Handeln kritisch zu reflektieren und zu analysieren. In den 1970er und 80er Jahren hat gerade die Akademisierung zu einer „Aufbruchsstimmung“ unter den PraktikerInnen geführt, da dadurch die Chance auf eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Praxis eröffnet wurde.

(vgl. Kappeler/Müller 2006, S. 147). Ob allerdings die Modularisierung des Studiums durch die Bachelor- und Masterstudiengänge einer „gute[n] theoretisch-fundierte[n] Ausbildung“ (Kessl/Ziegler/ Otto 2006, S. 117), auch und gerade der Bachelor-AbsolventInnen, zugute kommt, die vor der Gefahr einer Instrumentalisierung der Sozialen Arbeit schützt oder ob es sich hier um ein „völlig fragmentarisierendes Studium“ (Kappeler/Müller 2006, S. 148) handelt, das die Notwendigkeit ständiger Reflexivität nicht vermitteln kann, bleibt abzuwarten. Auch im Studium der Sozialen Arbeit geht es zunehmend um die Herstellung von ‚Employability‘ anstelle von Bildung und kritischem Reflexionsvermögen (vgl. Herrmann/Stövesand 2009, S. 196).

Störrische Professionalität

Frank Bettinger formuliert „Bausteine einer Theorie und Praxis kritischer Sozialarbeit“: Eigenständige Benennung des Gegenstandes, „kritisch-reflexive Grundhaltung“, „Thematisierung, Skandalisierung und politisierende Bearbeitung von sozialer Ungleichheit, sozialem Ausschluss, Unterdrückung und Diskriminierung“ und die Analyse von und Kritik an „Macht- und Herrschaftsstrukturen“ (Bettinger 2009, S. 303). In Anlehnung (und Erweiterung) an Helmut Thierschs Lebensweltorientierung formuliert Bettinger drei Ebenen, auf die sich eine kritische und lebensweltorientierte Kinder- und Jugendarbeit beziehen sollte:

„1.) auf die Subjektebene, und somit auf die subjekttheoretisch zu begründende Interaktion im pädagogischen Kontext, 2.) auf die diskursive Ebene, und somit auf den Prozess der Generierung hegemonialer Deutungsmuster, und 3.) auf die objektive Ebene, und somit auf die gesellschaftlichen, sozialräumlichen Bedingungen, die materiell als gegeben vorausgesetzt werden können und mit darüber entscheiden, wie subjektiv gelebt wird“ (Bettinger 2005, S. 417).

Damit verknüpft er die Perspektiven des Verstehens individueller Lebensentwürfe und Bewältigungsstrategien (als Gegenentwurf zu einer ‚Kolonialisierung der Lebenswelten‘), einer ‚kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse‘ (in Anlehnung an Siegfried Jäger) und einer sich politisch verstehenden und sich einmischenden Sozialen Arbeit. Dies fordere aber sowohl pädagogische als auch sozialwissenschaftliche Kompetenzen von den Tätigen in der Sozialen Arbeit (vgl. Bettinger 2005, S. 424); dem stehe allerdings eine weitgehende „Abstinenz wissenschaftlichen Wissens“ im Wege (vgl. Bettinger 2005, S. 434).

Es scheint eine Vielzahl von individuellen Verarbeitungsstrategien der PraktikerInnen Sozialer Arbeit zu geben, um den sozialstaatlichen Transformationsprozessen und den damit verbundenen Ansprüchen an die Profession zu

begegnen, allerdings weitgehend ohne sich als Teil und, zumindest potenziell, als GestalterInnen der politischen Prozesse zu denken. Der Transfer zwischen Theoriebildung und erwachendem politischen (Selbst-)Bewusstsein in der Disziplin und praktischem Handeln zeigt sich als Schwachstelle in der Erhaltung und Weiterentwicklung einer autonomen und kritischen Sozialen Arbeit. Dennoch gibt es mittlerweile Anfänge eines Dialogs, um der vorherrschenden Hilflosigkeit gerade jener PraktikerInnen, die sich der ‚fürsorglich-autoritären‘ Strukturen sehr wohl bewusst sind, zu begegnen. Wenn Bettinger darauf aufmerksam macht, dass der zu ermittelnde Bedarf in der Jugendhilfeplanung nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz „unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen und deren Personensorgeberechtigten“ (§ 80 (1), Abs. 2 SGB VIII) stattzufinden hat und dass es sich dementsprechend um einen diskursiven Prozess handelt, der auch die Definitions- und Interpretationsmacht der Behörden und der Sozialen Arbeit infrage stellt, dann stößt er damit eine Diskussion über berufliches Handeln an, das nicht im Elfenbeinturm der Wissenschaft verortet ist, sondern im Alltagsgeschäft der PraktikerInnen (vgl. Bettinger 2005, S. 385ff.). Solcherart in die Auseinandersetzung zu gehen, vermeintliche Normalitäten als Konstrukte zu entlarven, und zwar sowohl in der Theorie als auch in der Praxis, bedeutet für die Profession aber auch für die Disziplin Sozialer Arbeit ggf. Verstörung und den Verlust des Anspruches auf Deutungshoheit. PraktikerInnen sind, die eigenen beruflichen Bedingungen betreffend, weitaus mehr der ‚ökonomischen Wende‘ ausgesetzt als WissenschaftlerInnen. Die Anerkennung ihrer Fachlichkeit, ihre Arbeitsbedingungen und nicht zuletzt ihre Existenz hängen in vielen Arbeitsfeldern explizit von ihrer Akzeptanz des ‚neuen Sozialstaatsmodells‘ ab, „sie sind nicht in der privilegierten Situation, aus der theoretischen Distanz heraus kritisch Stellung nehmen zu können“ (Seithe 2010, S. 254). Allein schon aus diesem Grund sind Wissenschaft und Lehre herausgefordert, eindeutig und mutig Stellung zu beziehen, und darüber hinaus das in ihrer eigenen Praxis (nämlich der Theoriebildung und Lehre) zu leben, was sie von den PraktikerInnen erwarten.

Praxisbezug meint dann gerade nicht vor den Zumutungen der ‚Sachzwänge‘ zu kapitulieren, sondern eine gesellschaftskritische und politische Grundhaltung zu unterstützen und eine theoretische Fundierung für eine kritische Haltung in der Praxis bereitzustellen. Gerade in der Lehre besteht die Chance, einen kritischen Blick auf vermeintliche Wirklichkeiten zu schärfen und die prozesshafte Dekonstruktion von diskursiv vermittelten Normalitäten zu beginnen. Dazu bedarf es nicht nur der Vermittlung von

- (sozial-)politischem Grundlagenwissen, sondern darüber hinaus der Befähigung, strukturelle Ursachen für individuelle Lebenslagen zu erkennen,

- entwicklungspsychologischen Erkenntnissen, sondern auch von Wissen darüber, welche gesellschaftlichen Rahmenbedingungen das Aufwachsen und die psychische Entwicklung von Kindern beeinflussen,
- Sozial-, Ausländer- oder Jugendrecht, sondern auch von Informationen, welche Gerechtigkeitsvorstellungen oder welches Menschen- und Gesellschaftsbild dahinterstehen und welche Auswirkungen das auf die Ausgestaltung gesellschaftlichen Zusammenlebens hat,
- kritischen Gesellschaftstheorien, sondern auch die Infragestellung normativer und normalisierender Dogmen in der Sozialer Arbeit,
- aktuellen Theorien Sozialer Arbeit, sondern auch der Reflexion über sozialarbeiterisches Handeln und dessen professioneller Begründbarkeit.

Diese beispielhafte Auswahl soll verdeutlichen, dass es darum geht, den Studierenden ein Wissen zur Verfügung zu stellen, dass es ihnen ermöglicht, das zukünftige professionelle Handeln zum einen in einen theoretischen Zusammenhang zu stellen und zum anderen, die eigene Haltung und Berufsrolle immer wieder zu reflektieren. Disziplin und Profession müssen darüber hinaus Stellung beziehen, was überhaupt noch als sozialarbeiterisches/-pädagogisches Handlungsfeld gilt. Es kann nicht nur in der Verantwortung einzelner Individuen liegen, sich der Inanspruchnahme der Sozialen Arbeit als Instrument neosozialer Ordnungspraktiken zu entziehen oder zu verweigern, auch Fachverbände, Hochschulen und Tätige in der Lehre sind gefragt, wenn es um die Grenzziehung geht, wo Soziale Arbeit beginnt und wo sie endet.²⁶

Die Inhalte von Masterstudiengängen wie z.B. „Sozialmanagement“ müssen daraufhin überprüft werden, ob sie den professionellen Standards und dem Ethikkodex Sozialer Arbeit genügen. Ebenso gilt es, Arbeitsbereiche gegen die Landnahme durch aktivierende Sozial- und Bildungspolitik zu verteidigen und sich als eigenständige Profession zu behaupten. Um nur ein Beispiel zu nennen: Soziale Arbeit im Bereich Schule hat nichts mit Ersatzunterricht oder Zusammenarbeit mit der ARGE hinsichtlich der Sanktionierung der Eltern von schulabstinenten Kindern zu tun, sondern mit Bildung im Sinne der Entwicklungsförderung zu selbstbestimmten und emanzipierten Menschen jenseits von Leistungserbringung und Tauglichkeit für den Arbeitsmarkt. Soziale Arbeit hat auch hier ihrem ureigensten Geschäft nachzugehen, nämlich der Unterstützung und Hilfestellung von Kindern, Jugendlichen und ihren Eltern im Rahmen ihrer lebensweltlichen Bedürfnisse und Fähigkeiten. Darauf zu insistieren ist nicht nur Aufgabe der PraktikerInnen, sondern auch der EntscheidungsträgerInnen in der freien und öffentlichen Wohlfahrt, die im besten Falle selbst Sozialarbeiter-

26 SchreinerInnen üben ihr Handwerk nicht mehr aus, wenn sie bei Ikea Bretter verpacken, auch wenn sie SchreinerInnen bleiben. SozialarbeiterInnen üben ihr Handwerk nicht mehr aus, wenn sie als FallmanagerInnen bei den Jobcentern arbeiten...

rInnen/-pädagogInnen sind. Nicht zuletzt sind PraktikerInnen und TheoretikerInnen aufgefordert, sich für ihre eigenen Belange einzusetzen. Der geringe Grad der Organisierung in Berufsverbänden und Gewerkschaften zeugt nicht von ‚politischem Bewußtsein in eigener Sache‘. Nicht nur im Umgang mit den AdressatInnen, sondern auch mit sich selbst, scheint Soziale Arbeit weitgehend das allgemein herrschende Wissen zu teilen, dass der Wohlfahrtsstaat sich seine selbst gestellten Aufgaben nicht mehr leisten kann, dass Beschleunigung und Flexibilität unveränderliche Bestandteile unserer Gesellschaft sind und nicht zuletzt, dass das aktive, kapitalismuskompatible und effektive Selbst möglich und erstrebenswert ist. Die Bereitschaft Sozialer Arbeit, geradezu in vorausseilendem Gehorsam, ‚das Regiertwerden und Regieren dermaßen zu akzeptieren‘²⁷, stellt nicht nur das selbstdefinierte Arbeitsfeld, sondern auch die Autonomie von Profession und Disziplin in Frage.

Blick in die Zukunft

Was Soziale Arbeit ist bzw. in Zukunft sein wird, ob sie ‚Erfüllungsgehilfin‘ staatlicher Vorgaben oder eine sich durch Fachlichkeit auszeichnende Profession ist, ob sie sich als aktivierende Kontrollinstanz oder Menschenrechtsprofession entwickelt, hängt von Theorie und Praxis gleichermaßen ab. In öffentlichen und fachlichen Diskursen wird sich entscheiden, ob Soziale Arbeit als gesellschaftlich legitimierte Instanz zu Fragen der Gestaltung des Sozialen akzeptiert und gefragt wird oder ob sie auf der einen Seite die Exklusion der ‚Unbelehrbaren‘ verwaltet und auf der anderen Seite für die ‚Aktivierbaren‘ als Dienstleisterin zur Verfügung steht (vgl. Staub-Bernasconi 2007). Professionalität bedeutet dann nicht nur, fachlich begründete Konzepte erstellen zu können, Methoden und Techniken zu beherrschen, in der Bearbeitung des Einzelfalles das ‚Plansoll‘ zu erfüllen oder sich auf wissenschaftstheoretische Diskurse zu beschränken, sondern auch auf der Grundlage sozialpolitischer und -wissenschaftlicher, psychologischer und rechtlicher, pädagogischer und philosophischer Kenntnisse für die Rechte – inklusive des Rechts auf eigensinnige Lebensentwürfe und Bewältigungsstrategien – der AdressatInnen einzustehen. Es handelt sich also um eine Soziale Arbeit, die den Eigensinn und die Überzeugung der Selbstwirksamkeit fördert und die sich an den Bedürfnissen und den Lebenswelten der AdressatInnen orientiert und zwar in Kommunikation mit ihnen und nicht über sie. Dieses Ernst-Nehmen beinhaltet ebenso das Beharren auf den Prinzipien der Menschenrechte und Menschenwürde und die kritische

27 frei nach Foucault

Auseinandersetzung mit Werten und Einstellungen, die diesen zuwider laufen, wie die eigene Vorstellung vom ‚guten Leben‘ nicht als übergeordneten Wert zu betrachten.

Es ist eine Illusion zu glauben, Soziale Arbeit könne sich dem politischen System entziehen, dessen Teil sie ist. Sie wäre gut damit beraten, das Feld nicht den AkteurInnen aus Wirtschaft, Politik und Verwaltung zu überlassen, sondern ihre Gestaltungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume auszunutzen, um der Aushöhlung sozialer und individueller Rechte eine eigene Vorstellung von Gerechtigkeit entgegen zu setzen.

Soziale Arbeit ist politisch – so oder so. Sie kann sich nur entscheiden, ob sie der Durchsetzung aktivierungspolitischer Zielsetzungen dienen will und dadurch die neosoziale Transformation aktiv unterstützt oder ob sie ihrem eigenen Anspruch an Professionalität und ihrer eigenen Definition von Sozialer Arbeit gerecht werden will.

Literatur

- Anhorn, Roland (2008): Zur Einleitung: Warum sozialer Ausschluss für Theorie und Praxis Sozialer Arbeit zum Thema werden muss, in: ders./Bettinger, Frank/Steher, Johannes (Hg.): Sozialer Ausschluss und soziale Arbeit – Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis sozialer Arbeit, Wiesbaden, S. 13-48
- Benz, Benjamin (2010): Sozialpolitik und Soziale Arbeit, in: ders./Boeckh, Jürgen/Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hg.): Soziale Politik – Soziale Lage – Soziale Arbeit, Wiesbaden, S. 317-336
- Bettinger, Frank (2005): Sozialer Ausschluss und kritisch-reflexive Sozialpädagogik – Konturen einer subjekt- und lebensweltorientierten Kinder- und Jugendarbeit, in: Anhorn, Roland/ders./Steher, Johannes (Hg.): Sozialer Ausschluss und soziale Arbeit – Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis sozialer Arbeit, Wiesbaden, S. 417-446
- Bettinger, Frank (2009): Perspektiven kritischer Sozialarbeit, in: Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit (4/2009), S. 301-309
- Brinkmann, Ulrich/Dörre, Klaus/Röbenack, Silke (2006): Prekäre Arbeit, Bonn
- Bühl, Albrecht (2002): Bundessozialhilfegesetz, München
- Bude, Heinz/Willisch, Andreas (2008): Die Debatte über die „Überflüssigen“, in: dies. (Hg.): Exklusion. Die Debatte über die „Überflüssigen“, Frankfurt a. M., S. 9-30
- Butterwege, Christoph (2005): Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden
- Dahme, Heinz-Jürgen/Kühnlein, Gertrud/Wohlfahrt, Norbert (2004): Die sozialwirtschaftliche Modernisierung der bundesdeutschen Wohlfahrtspflege – ein weiterer Schritt auf dem „Holzweg in die Dienstleistungsgesellschaft“, verfügbar unter: <http://www.google.de/url?sa=t&rct=j&q=soziale%20arbeit%20in%20der%20sozialwirtschaftlichen%20transformatio&source=web&cd=3&ved=0CDUQFjAC&url=http%3A%2F%2Fwww.efhbochum.de%2Fhomepages%2Fwohlfahrt%2Fpdf%2Fneupraxissozialwirtschaftueberarbeit1.pdf&f> (Stand: 29.10.2011)

- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (2007): Soziale Gerechtigkeit im aktivierenden Sozialstaat. www.efh-bochum.de/homepages/wohlfahrt/pdf/Dahme-Wohlfahrt-Gerechtigkeit-NDV.pdf (Stand: 22.08.2011)
- Esping-Andersen, Gøsta (2004): Die gute Gesellschaft und der neue Wohlfahrtsstaat, in: Zeitschrift für Sozialreform, Jg. 50 (1-2), S. 189-210
- Funk, Rainer (1998): Ökonomisierung des Sozialen? Notwendigkeiten, Gefahren und Irrwege, verfügbar unter: http://www.beratungsstelle.evangelischer-kirchenbezirkTuebingen.de/upload/1998_Funk.pdf (Stand: 19.09.2011)
- Galuske, Michael (2004): Der aktivierende Sozialstaat, in: Studentexte aus der Evangelischen Hochschule für Soziale Arbeit Dresden (FH), S. 1-21, verfügbar unter: http://www.ehsdresden.de/fileadmin/uploads_hochschule/Forschung/Publikationen/Studentexte/Studentext_2004-04_Galuske.pdf (Stand: 28.09.2011)
- Gey, Angelika/Klein, Christoph/Uerlings, Stefanie (2011): Einstellungen von Studierenden der Katholischen Hochschule NRW, Abteilung Aachen gegenüber wohlfahrtsstaatlichen Aspekten von Bildung und Integration in den Arbeitsmarkt, Unveröffentlichter Forschungsbericht, Aachen
- Herrmann, Cora/Stövesand, Sabine (2009): Zur (Re-)Politisierung Sozialer Arbeit – Plädoyer für eine reflexive und koordinierte Unfügbarkeit, in: Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe (Hg.): Soziale Arbeit ohne Wohlfahrtsstaat? – Zeitdiagnosen, Problematisierungen und Perspektiven. Weinheim-München, S. 191-206
- Kappeler, Manfred/Müller, C. Wolfgang (2006): Anregung – Provokation – Utopie, in: Widersprüche, Juni/2006 (100), S. 137-154
- Kaufmann, Franz-Xaver (1997): Herausforderungen des Sozialstaates, Frankfurt a. M.
- Kessl, Fabian/Otto, Hans-Uwe (2003): Aktivierende Soziale Arbeit, in: Dahme, Heinz-Jürgen/Otto, Hans-Uwe/Trube, Achim/Wohlfahrt, Norbert (Hg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat, Opladen, S. 57-74
- Kessl, Fabian/Ziegler, Holger/Otto, Hans-Uwe (2006): Auf Basis systematischer Vergewisserungen aus dem Mainstream heraus, in: Widersprüche, Juni/2006 (100), S. 111-118
- Kommissionsbericht (2002): Moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, verfügbar unter: http://www.aksozialpolitik.de/doku/02_politik/hartz_kommission/berichte/2002_08_16_gesamt.pdf (Stand: 13.09.2011)
- Koordinierungssitzung der A-Staatssekretäre am 13.05.2011 in Berlin (2011): Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit zur Ausgestaltung von Jugendhilfeleistungen, verfügbar unter: http://sozialarbeit.einmischen.info/_oneclick_uploads/2011/06/a-landerwollen-kjhg-aushohlen.pdf (Stand: 01.11.2011)
- Lange, Dietrich/Thiersch, Hans (2006): Die Solidarität des sozialen Staates – Die Solidarität des reformierten Staates, in: Böllert, Karin/Hansbauer, Peter/Hasenjürgen, Brigitte/Langenohl, Sabrina (Hg.): Die Produktivität des Sozialen – den sozialen Staat aktivieren. Bundeskongress Soziale Arbeit, Wiesbaden, S. 211-225
- Lessenich, Stephan (2008): Die Neuerfindung des Sozialen, Bielefeld
- Lessenich, Stephan (2009): Mobilität und Kontrolle, in: Dörre, Klaus/ders./Rosa, Hartmut (Hg.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik, Frankfurt a. M., S. 126-177

- Lutz, Tilman (2010). Soziale Arbeit im Kontrolldiskurs, Wiesbaden
- Olk, Thomas (2000): Der ‚aktivierende Staat‘ in: Müller, Siegfried/Otto, Hans-Uwe (Hg.): Soziale Arbeit – gesellschaftliche Bedingungen und professionelle Perspektiven. Hans- Uwe Otto zum 60. Geburtstag gewidmet, Neuwied, S. 99-118
- Otto, Hans-Uwe (1973): Professionalisierung und gesellschaftliche Neuorientierung – Zur Transformation beruflichen Handelns in der Sozialarbeit, in: ders./Schneider, Siegfried (Hg.): Gesellschaftliche Perspektiven der Sozialarbeit, Neuwied-Berlin, S. 247-261
- Otto, Hans-Uwe/Ziegler, Holger (2008): Sozialraum und sozialer Ausschluss, in: Anhorn, Roland/Bettinger, Frank/Stehr, Johannes (Hg.): Sozialer Ausschluss und soziale Arbeit – Positionsbestimmungen einer kritischen Theorie und Praxis sozialer Arbeit, Wiesbaden, S. 129-160
- Seithe, Mechthild (2010): Schwarzbuch Soziale Arbeit, Wiesbaden
- Seithe, Mechthild (2011): Zur Begründung einer Repolitisierung Sozialer Arbeit. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Das Politische im Sozialen“, 14.01.2011, FH Jena, Fachbereich Sozialwesen
- Staub-Bernasconi, Silvia (2007): Vom beruflichen Doppel- zum professionellen Tripelmandat, verfügbar unter: http://www.avenirsocial.ch/cm_data/Vom_Doppel-_zum_Tripelmandat.pdf (Stand: 30.09.2011)
- StGB NRW-Mitteilung 449/2006 (2006): Präsidentenerklärung zur Reform des SGB II, verfügbar unter: <http://www.kommunen-innrw.de/mitgliederbereich/mitteilungen/detailansicht/dokument/praesidentenerklaerungzur-reform-des-sgb-ii.html> (Stand: 12.11.2011)
- Thole, Werner (2003): Eine Gesellschaft ohne Soziale Arbeit ist nicht gestaltbar, in: Sozial Extra (10), S. 31-38

Susanne Bücken

Soziale Gerechtigkeit – Leistungsdispositiv oder gesellschaftsveränderndes Mandat?

„Prinzipien der Menschenrechte und sozialer Gerechtigkeit sind für die Soziale Arbeit fundamental“ (DBSH 2009). Mit diesem Satz schließt die maßgebende Definition Sozialer Arbeit durch den *Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit* und der *International Federation of Social Workers*. Zwei normativ wirkende Begrifflichkeiten – Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit – die als ethische Navigationspunkte der Sozialen Arbeit verstanden werden. Doch während Menschenrechte über die *UN-Deklaration of Human Rights* im Wesentlichen nachvollziehbar sind, erfährt „soziale Gerechtigkeit“ vieldeutige Resonanz. Für die Soziale Arbeit ist es demnach erforderlich, die inhaltliche Ausgestaltung sozialer Gerechtigkeit kritisch zu hinterfragen und zu reflektieren, welches Gerechtigkeitsverständnis, welches Menschenbild und welche konkreten politischen sowie institutionellen Entscheidungen mit ihr verbunden sind. In den Zusammenhang einer solch reflexiven Befragung verorten sich die nachfolgenden Erkundungen zur sozialen Gerechtigkeit im Neoliberalismus.

Soziale Gerechtigkeit – mit dieser Bezeichnung, über die Verbindung von *sozial* und *Gerechtigkeit*, vermittelt sich eine historische Kohärenz in der Forderung nach der Verbesserung ungleicher und ungerechter Lebensverhältnisse. Soziale Gerechtigkeit steht für angemessene Verfahren der Verteilung gesellschaftlicher Grundgüter, ihre Referenzen sind die Menschenwürde und der Gleichheitsgrundsatz, dabei strebt soziale Gerechtigkeit nach einer Minderung von materiellen und immateriellen Ungleichheiten über die Grenzen nationalstaatlichen Denkens und Handelns hinaus. Mit diesem egalitären Verstehen verbindet sich ein gesellschaftsveränderndes Mandat sozialer Gerechtigkeit.

In der aktivierenden Buchstabierung sozialer Gerechtigkeit als Leistungsgerechtigkeit deformiert die emanzipative Füllung der sozialen Gerechtigkeit in eine Metapher dafür, sich Gerechtigkeit verdienen zu müssen. Die öffentlichen Debatten diskutieren den Wert sozialer Gerechtigkeit im Windschatten der neoliberalen Ideologie, mal scheint soziale Gerechtigkeit als „leere Hülse“, mal instrumentalisiert als „Kampfbegriff“ (vgl. Nullmeier 2009, S. 9), bis hin zur grundsätzlichen Negierung des Wertes der sozialen Gerechtigkeit. Deutlich wird, soziale Gerechtigkeit dient als diskursive Projektionsfläche für gesellschaftliche Zustände und sozialpolitische Interventionen. Der Humankapitalgedanke wirkt als zeitgemäßes Argument und es vollzieht sich ein Konsens der

Selbstverständlichkeit, dass das Individuum sich Gerechtigkeit verdienen muss. Korrespondierend wird „der Ausbau Druck ausübender, aufsichtsführender und kontrollierender sozialstaatlicher Funktionen“ (Wohlfahrt o.J., S. 3) begründet und eine „individualisierende Philosophie der Ursachen sozialer Ausgrenzung“ (Wohlfahrt o.J., S. 9) etabliert. Diese hegemoniale Semantik entledigt sich der Gleichheitsidee, Leistung fungiert als Dispositiv für soziale Teilhabe und das demokratische Anliegen sozialer Gerechtigkeit wird hintergangen.

Humankapital als Menschenbild

Den Menschen als Humankapital zu deuten, heißt den Menschen zu kategorisieren und wettbewerbsorientiert aufzustellen. Dieser Transfer ökonomischer Prinzipien auf das menschliche Verhalten verhält sich in einer Kontinuität vorherrschender Praktiken, den Menschen als würdig oder nicht würdig, brauchbar oder nicht brauchbar zu erkennen.

Humankapital transportiert eine Vision, die utopische oder dystopische Konsequenzen zur Folge hat, entsprechend der Beantwortung der Frage, in welcher Gesellschaft der Mensch leben möchte. Humankapital ist Teil der einflussreichen Familie des Neoliberalismus und verhält sich in einem besonderen Maße kompatibel mit dem allgegenwärtigen ökonomischen Paradigma. Die Idee des Humankapitals findet insbesondere Anerkennung darüber, menschliches Wohlergehen, Freiheit und Prosperität zu versprechen. Korrespondierend dazu beansprucht die Theorie des Humankapitals als Lösungsansatz für relevante wirtschaftliche und gesellschaftliche Herausforderungen zu gelten. In der Fokussierung auf den Produktionsfaktor Arbeit transformiert der Mensch zur Humanressource, die es entsprechend den Bedarfen des Marktes für eine wirtschaftliche Verwertung zuzurichten gilt (vgl. Ribolits 2006, S. 135). So kommt der „Qualität der Erwerbsbevölkerung“ als maßgebliche Größe für das Wirtschaftswachstum besondere Bedeutung zu (vgl. Keeley 2010, S. 19). Gary S. Becker betont in seiner Grundlagenarbeit „Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens“, dass „die besondere Stärke des ökonomischen Ansatzes darin liegt, dass er eine breite Skala menschlichen Verhaltens integrativ erfassen kann“ (Becker 1982, S. 3) und, dass der Mensch seinem Wesen nach grundsätzlich auf die Maximierung von Nutzen bezogen ist (vgl. Becker 1982, S. 15). Die ausdrückliche Beachtung des familialen Bereichs durch den Humankapitalansatz fokussiert Themen der privaten Sphäre von Individuen und ihren Beziehungen, so liegt das Hauptaugenmerk auf der wirtschaftlichen Bedeutung von „Ehe, Fruchtbarkeit und Familie“ (Becker 1982, S. 187). Untersucht werden mit Blick auf Nutzenmaximierung die dem Haushalt zuzurechnenden „produzierten Güter“, so die „Qualität der Mahlzeiten, die Qualität und

Quantität der Kinder, Prestige, Erholung, Kameradschaft, Liebe und Gesundheit“ (Becker 1982, S. 228).

„Schon im Geiste des neoliberalen Paradigmas formulierte Altbundeskanzler Helmut Kohl in den 1980er Jahren: ‚Intelligente Kinder sind der wahre Rohstoff in einem rohstoffarmen Land‘“ (Bernhard 2007). Dem Unbehagen dieser Entwicklung Ausdruck gebend, rügte im Jahr 1998 die Unwort-Jury *Humankapital* „als Umschreibung für die Aufzucht von Kindern“²⁸, 2004 kritisierte die Jury „die primär ökonomische Bewertung aller denkbaren Lebensbezüge“ und die Degradierung des Menschen zu einem allein ökonomisch interessanten Objekt (vgl. Bernhard 2007).

„Uns stellt sich angesichts des Unisono-Aufschreis der Experten inzwischen die Frage, ob wir mit der Wortkritik nicht einen Nerv sogar der ‚Humankapital‘-Theorie und ihrer gesellschaftlichen Relevanz getroffen haben. Denn mit welcher Sicherheit soll denn noch der durch Bildung und Ausbildung zu fördernde menschliche Anteil an der Leistungskraft von Unternehmen wie der ganzen Gesellschaft berechnet werden, wenn im wirtschaftspolitischen und -praktischen Handeln das sog. ‚Humankapital‘ von inzwischen mehr als fünf Millionen und mit jeder weiteren Massenentlassung auf den Müll geworfen wird?“ (Unwort des Jahres 2011).

Die Verdinglichung des Menschen als markttaugliches Humankapital verfährt mit dem Individuum auf eine Weise, die ihm in der pluralisierten, globalisierten Gesellschaft scheinbar die Möglichkeit von Teilhabe und gesellschaftlichen Aufstieg bietet. Indes deformiert der Mensch als flexibles Objekt der Ökonomie zum „Versatzelement“ (Hagenbüchle 2005, S. 139f.). „Die Ersetzbarkeit des Menschen in unseren Systemen wird meist als neue Flexibilität gefeiert, ist aber in Wirklichkeit nur ein modulartiger Einsatz des Menschen, der damit beliebig austauschbar wird“ (Hagenbüchle 2005, S. 139). So liegt der Wert des Menschen als Humankapital für die Ökonomie gerade auch in seiner Austauschbarkeit und die gefühlte Sicherheit über die Inkorporation nachgefragter Kompetenzen ist fraglich. Vor der Annahme, dass „die Grund-Angst der Moderne keine andere als die sein [kann], nicht normal zu sein (bzw. zu werden)“ (Link 1999, S. 337), bemüht sich der Mensch um Selbstdisziplinierung. Sich selbst entfremdend wirkt eine solche Disziplinierung menschlichen Verhaltens zwischen den Polen von Erfolg oder Misslingen (vgl. Horkheimer 2007, S. 107), getragen von der reduktiven Normativität des Humankapitals.

In seinen Vorlesungen zur Geschichte der Gouvernamentalität verweist Michel Foucault auf die Figur des *Homo oeconomicus* in neoliberaler Ausprägung. Unternehmer seiner selbst ist der Mensch als *Homo oeconomicus* und „für sich

28 „Aktueller Anlass war die Aufnahme des Begriffs in eine offizielle Erklärung der EU, die damit die ‚Fähigkeiten und Fertigkeiten sowie das Wissen, das in Personen verkörpert ist‘, definiert“ (Unwort des Jahres 2011).

selbst sein eigenes Kapital, sein eigener Produzent, seine eigene Einkommensquelle“ (Foucault 2006, S. 314). In Foucaults Analyse handelt dieser Typus des *Homo oeconomicus* nicht länger mehr als wirtschaftlicher Tauschpartner eines anderen Tauschpartners, vielmehr produziert er mittels des ihm zur Verfügung stehenden Humankapitals sein eigenes Wohlergehen (vgl. Foucault 2006, S. 314f.). Nach dieser Logik agiert der Mensch ausnahmslos den eigenen Vorteil maximierend in der Verfolgung konkurrierender Ziele (vgl. Becker 1982, S. 1ff.), es bleibt ihm geradezu keine andere Wahl, als sich die normativen Orientierungen zu Eigen zu machen, von welchen eine Nutzensteigerung zu erwarten ist (vgl. Pies 1998, S. 112).

„In der Krise der Zwischenkriegszeit legitimierte die menschenökonomische Wertberechnung des Lebens mörderische Selektion, in der auf Dauer gestellten Krise der Gegenwart entpuppt sich der ‚ökonomische Imperialismus‘ der Humankapitaltheorie als Apologie eines rücksichtslosen Konkurrenzkampfs aller gegen alle. Wenn die Märkte zu kollabieren drohen, wird Nutzenmaximierung zum Nullsummenspiel und der homo oeconomicus zum Wolf des Menschen“ (Bröckling 2003, S. 21f.).

Die Koordinaten dieser gesellschaftlichen Konkurrenzkämpfe werden in sich überlagernden ökonomischen und politischen Diskursen vermittelt und herrschaftliche Interessen entscheiden, welcher Mensch und welche Menschengruppen profitieren können. Insofern sind angesichts der segregierenden und ungleichen Verteilung von Chancen und Kapital grundsätzlich die Prinzipien der Verteilung von Investitionschancen zu hinterfragen, also welches Humankapital gefördert und nachgefragt wird und welches eben nicht. Wenn also die Allokation von begehrtem Humankapital mit der Formung von Eliten konvergiert, verliert das Versprechen alle Kinder mit den Humankapitalinvestitionen in das Bildungssystem zu adressieren an Glaubhaftigkeit. So unterliegt die wachsende Bedeutung des Humankapitals im Bildungswesen einer sozialtechnokratischen Logik und hinter fürsorglichen Interventionen steht die Sachlichkeit der Menschenökonomie und „wie die Menschenökonomie gleichermaßen Argumente für die Krankenversicherung wie für den Krankenmord lieferte, so changiert auch die Humankapitaltheorie zwischen einer Grammatik der Sorge und einer der Härte“ (vgl. Bröckling 2003, S. 20).

Das sich neoliberal formende Individuum, gekennzeichnet von mangelnder Identifikation mit dem eigenen Handeln und Wollen und fehlender Anteilnahme am eigenen Leben (vgl. Jaeggi 2005, S. 187) verliert an Beziehung zu sich selbst und seiner Umwelt. Es gelten „in allen persönlichen und gesellschaftlichen Beziehungen [...] die Gesetze des Marktes“ (Fromm 2011, S. 90) und es ist wesentlich, politische Unterstützung zu finden, um den Wert des eigenen Kapitals zu schützen (vgl. Schultz 1986, S. 86). Diese Verengung des Menschen auf seinen Nutzen durchzieht private und öffentliche Bereiche des Zusammen-

lebens und zweifelsohne kann der Humankapitalansatz als gesellschaftssteuernde Kraft verstanden werden.

Soziale Gerechtigkeit im Neoliberalismus

Die dominante Ideologie des Neoliberalismus wirkt im Querschnitt von Wirtschafts-, Sozial und Gesellschaftspolitik (vgl. Butterwege/Lösch/Ptak 2008, S. 14), funktional ausgerichtet an einem global agierenden Wettbewerbsstaat (vgl. Galuske 2004, S. 6). Nach Foucaults Lesart des Regierens strahlt der Neoliberalismus weit über die „Sphäre des Staates hinaus bzw. setzt weit unterhalb staatlicher Interventionen ein“ (Bröckling 2007, S. 121). Die Gestalt des Regierens umfasst und durchzieht „die Gesamtheit von Prozeduren, Techniken, Methoden, welche die Lenkung der Menschen untereinander gewährleisten“ (Foucault 2000, S. 118f.). Neoliberal okkupiert, als Leistungsdispositiv wirkend, wird soziale Gerechtigkeit gegen sich selbst gewendet und zielt darauf ab, eine meritokratische und selektiv wirkende Wettbewerbsgesellschaft zu legitimieren.²⁹ Diese, durchdrungen von Normalisierungszwang und Anpassungsdruck, proklamiert Freiheit als Freiheit des steuernden Kapitals und vermisst die Freiheit des Individuums als „Freiheit der Leistung“ (Paulsen 1948, n. Wirth 2006, S. 53). Die Vorstellung eines mündigen Menschen bereitet dem neoliberalen Denken indes Unbehagen, es spricht dem Individuum die Fähigkeit zur „gemeinschaftlichen Wissensproduktion“ ab (vgl. Butterwege/Lösch/Ptak 2008, S. 44f.) und es überrascht nicht, dass der Neoliberalismus den von Menschen geteilten Erfahrungen zu Gleichheit und Solidarität misstraut.

Entwicklungen sozialer Gerechtigkeit

Das historische Narrativ sozialer Gerechtigkeit verankert sich in der Erfahrung eines unerträglichen „Missverhältnis[ses] von Besitz und Besitzlosigkeit“ (Furger/Strober-Nepple 1985, S. 53) im Europa des 19. Jahrhunderts. Ausgehend von beschleunigtem technischem Fortschritt vollzog sich ein tiefgreifender Wandel frühkapitalistischer Prägung. Sozioökonomische Ungleichheit und die daraus hervorgehende Verschärfung der horizontalen gesellschaftlichen Spal-

29 „Dispositiv“ geht im Verständnis Foucaults aus einer „Verschränkung von Macht- und Wissensverhältnissen hervor“ (Agamben 2008, S. 9) und beschreibt: „eine Art – sagen wir – Gebilde, das zu einem historisch gegebenen Zeitpunkt vor allem die Funktion hat, einer dringenden Anforderung nachzukommen. Das Dispositiv hat eine dominant strategische Funktion [und] ist immer in ein Machtspiel eingeschrieben“ (Agamben 2008, S. 8).

tung kristallisierte sich in der *sozialen Frage*, als ein Verlangen nach einer neuen Gerechtigkeit. Doch erst zum Ende des 19. Jahrhunderts fand in Deutschland das existentielle Bedürfnis nach sozialer Sicherheit Anerkennung durch staatlich organisierte Sozialpolitik (vgl. Dobner 2007, S. 65). Mit der Einführung der Arbeiterversicherungen Bismarcks wurde der Grundstein des deutschen Sozialstaates als Sozialversicherungsstaat gelegt. Unbenommen von dieser Entwicklung erhielten sich bürgerlich-patriarchalische Vorstellungen von Erziehung und Disziplinierung gegenüber in Armut lebenden Menschengruppen (vgl. Boeckh/Huster/Benz 2006, S. 25ff.).

Die Gesamtheit der sozialreformerischen Entwicklungen waren ursächlich für die Verknüpfung von *sozial* und *Gerechtigkeit* in der Bezeichnung soziale Gerechtigkeit (vgl. Nullmeier 2009, S. 9). Die Festigung dieser Gerechtigkeitsidee fand Unterstützung im emanzipativen Aufbruch der Weimarer Republik, mit dem Anliegen einer Demokratisierung der Wirtschaft und einer Neuordnung der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege (vgl. Boeckh/Huster/Benz 2006, S. 72ff.). Allerdings dominierte mit dem politischen Konzept der Wirtschaftsdemokratie ein neoliberal orientiertes Steuerungsmodell in Deutschland (vgl. Boeckh/Huster/Benz 2006, S. 97), welches im Konzert restaurativer Kräfte mittelbar „die Voraussetzung für eine soziale Entleerung der demokratischen Substanz der Republik“ (Boeckh/Huster/Benz 2006, S. 81) ermöglichte. Das für eine bürgerliche Gesellschaft konstitutive Primat der Politik wurde durch das Primat der Ökonomie ersetzt (vgl. Boeckh/Huster/Benz 2006, S. 83), dieses trug bei zum verhängnisvollen Scheitern des demokratischen Gedankens und mündete in der Durchsetzung eines totalitären Faschismus.

Mit der verfassungsrechtlich ausgewiesenen Identität als demokratisches und soziales Staatswesen angesichts der Aufnahme des Sozialstaatspostulats in das Grundgesetz (Art. 20 (1), 28 (1) GG) erfuhr die Bundesrepublik Deutschland „eine Innovation, die der Existenz sozialstaatlicher Einrichtungen mit weitem historischen Abstand folgte“ (Andersen/Woyke 2003, S. 1). Jedoch wurde eine konkrete „Ausgestaltung der Demokratie im Bereich der Wirtschafts- und Sozialordnung offen gelassen“ (Boeckh/Huster/Benz 2006, S. 98). Als leitendes wirtschaftliches Steuerungsmodell setzte sich das Modell der Sozialen Marktwirtschaft durch und soziale Gerechtigkeit als „Wertnorm der Wirtschaftsordnung“ (Wirth 2006, S. 1) war noch denkbar. Es konstituierte sich ein Sozialstaat, der seinen Bürgerinnen und Bürgern soziale Staatsbürgerrechte zusicherte, um diese im Fall von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter und Behinderung materiell abzusichern (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2007, S. 1).

Die vielstimmige und durchaus konträre Rezeption des Sozialstaatsprinzips ist offen für divergente inhaltliche Füllungen (vgl. Tiedemann o.J., S. 1ff.) und erkennbar ist das favorisierte Verhältnis zwischen Ökonomie und Staat, „Der Staat sollte die Marktwirtschaft ‚veranstalten‘, um ihr reibungsloses Funktio-

nieren zu ermöglichen“ (Butterwege/Lösch/Ptak 2008, S. 36). Diese diffuse Unbestimmtheit des Sozialstaatsverständnis (vgl. Andersen/Woyke 2003, S. 1) ermöglicht der neoliberalen Praxis zunehmenden Einfluss auf gesellschaftliche Deutungsmuster und fördert die Transformationen sozialstaatlichen Handelns. Verflochten in diese, über Wachstum und Wohlstand legitimierten Entscheidungen, wirkt ein hegemonialer Diskurs, welcher rekurrierend auf Antonio Gramsci einen Typus von Herrschaft bezeichnet, „der im Wesentlichen auf der Fähigkeit basiert, eigene Interessen als gesellschaftliche Allgemeininteressen zu definieren und durchzusetzen“ (Brand/Scherrer 2011, S. 2).

Als „Schlüsselfigur“ des „neoliberalen Projekts“ (vgl. Butterwege/Lösch/Ptak 2008, S. 15) steht Friedrich August von Hayek mit seinem Engagement für das Primat des Marktes gegenüber einem auf seine „Kernfunktionen beschränkten liberalen Rechtsstaat“ (Butterwege/Lösch/Ptak 2008, S. 33). Hayek war überzeugt von der Überlegenheit der spontanen Ordnung der freien Märkte gegenüber staatlicher Steuerung (vgl. Butterwege/Lösch/Ptak 2008, S. 33), begründet in der Fähigkeit „der evolutionären Selbstdynamisierung der Märkte“ (Butterwege/Lösch/Ptak 2008, S. 49). Entsprechend erkennt der Neoliberalismus die Aufgabe der Politik darin, sich nicht in die Funktionsweise des Marktes einzumischen (vgl. Butterwege/Lösch/Ptak 2008, S. 41) und anzuerkennen, „dass die kapitalistische Gesellschaft unumstößlich sei“ (Butterwege/Lösch/Ptak 2008, S. 57). An diesem Gesellschaftsbild neoliberaler Ideologie hat sich fortschrittlich verstandene Politik auszurichten und so – als Erfüllungsgehilfin – „aus dem Instrument des Marktes eine Totalität von Marktverhältnissen zu konstruieren“ (Butterwege/Lösch/Ptak 2008, S. 49).

Als sichtbare Auswirkungen des neoliberalen Paradigmas in den USA der 1980er Jahre wurden „die wohlfahrtsstaatlichen Institutionen beinahe restlos abgewickelt, die Gewerkschaften marginalisiert, und die Spaltung zwischen Arm und Reich erreichte allmählich ein Niveau, das man bisher nur aus Ländern der Dritten Welt gekannt hatte“ (Crouch 2008, S. 19). Die neoliberale Ökonomie war richtungweisend für die Politik der britischen Premierministerin Margaret Thatcher. Diese proklamierte ganz offen ihr sozialdarwinistisch geprägtes Menschenbild, verbunden mit der Aufforderung, die Ungleichheit als Errungenschaft zu preisen:

„Es ist unsere Aufgabe, die Ungleichheit zu preisen und dafür zu sorgen, dass zu unser aller Vorteil dem Talent und dem Können freier Lauf und Entfaltungsmöglichkeit gelassen wird“ (nach George 1999, S. 5).

Der Soziologe Stuart Hall deutet den „Thatcherismus“ in Anlehnung an Gramsci „als den Versuch, eine neue kapitalistische Hegemonie zu errichten, die mit dem sozialdemokratischen Konsens der Nachkriegszeit brach“ (Geppert 2002, S. 10).

Anders zeigte sich Sozialpolitik im Deutschland, noch konturiert von tariflichen Vereinbarungen, Garantien des Arbeitsrechts und einer Verlässlichkeit der sozialen Sicherungssysteme (vgl. Castel 2009, S. 23). Bis Mitte der 1970er Jahre profitierten die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen von dem „sozialen Kompromiss des Industriekapitalismus“ (vgl. Castel 2009, S. 21), der für einen gewissen Ausgleich zwischen expandierenden Marktinteressen und der Absicherung der Arbeitnehmerschaft stand (vgl. Castel 2009). Soziale Gerechtigkeit wurde in dieser Phase primär mit einer „(Um-)verteilung von Einkommen und Vermögen gleichgesetzt“ (Liebig/May 2009, S. 4) und staatliche Sozialpolitik verstand sich grundsätzlich als solidarisch.

Soziale Gerechtigkeit als Leistungsdispositiv

Am 9. September 1982 initiierte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff (FDP) mit dem „Konzept für eine Politik zur Überwindung der – und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ eine einschneidende Neujustierung der Sozialpolitik (vgl. Butterwege 2007). Der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt bezeichnete dieses Vorgehen als „eine Abwendung vom demokratischen Sozialstaat im Sinne des Artikels 20 unseres Grundgesetzes und eine Hinwendung zur Ellenbogengesellschaft“ (Butterwege 2007). Im Kurs des neuen Steuerungsmodells der folgenden Jahre galt die „soziale Frage“ nicht nur als vernachlässigbar, sie wurde vielmehr regelrecht als Traditionsbalast diffamiert, den man abschütteln müsse, um in der zunehmenden Weltmarktkonkurrenz nicht abgehängt zu werden“ (Hofmann 2012, S. 43). Die neoliberale Programmatik indes verhielt sich einerseits verharmlosend gegenüber den konkreten Erscheinungen von Armut (vgl. Castel/Dörre 2009, S. 14). Andererseits wurde auf das Anwachsen ‚grober‘ sozialer Unterschiede sowie auf das sich verbreitende Empfinden sozialer Unsicherheit mit Klassifikationen geantwortet, „wie [es] eigentlich für Gesellschaften üblich [ist], denen es gelingt, Armut und soziale Unsicherheit zu marginalisieren“ (Castel/Dörre 2009, S. 14). Marginalisierung als „vielleicht die gefährlichste Form der Unterdrückung“ (Young 1996, S. 119), legitimiert über Verweigerung von Anerkennung, Praktiken des Ausschlusses aus allen relevanten Bereichen gesellschaftlicher Teilhabe.

Das so bezeichnete Schröder-Blair-Papier steht für den sozialdemokratischen Wandel, für die Politik der Neuen Mitte in Deutschland und des Dritten Weges in Großbritannien. Kernstück der neoliberal gefärbten Sozialdemokratie ist der Entwurf des aktivierenden Sozialstaats, begründet in der Formel „keine Rechte ohne Verpflichtungen“ (Oschmiansky 2010).

„In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt. Letztlich wurde damit die Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung ignoriert und nicht belohnt und die soziale Demokratie mit Konformität und Mittelmäßigkeit verbunden.“³⁰

„Auch in Deutschland findet sich eine Allparteienkoalition (mit Ausnahme der Linkspartei), die auf den aktivierenden Weg als Erneuerung des Sozialstaats“ setzt (Krauß/Möller/ Münchmeier 2007, S. 340). Und so vollzieht sich der sozialstaatliche Umbau in der Wirklichkeit der Agenda 2010 mit gravierenden Folgen für die soziale Sicherung von Menschen ohne Arbeit. Das entwürdigende Motiv der „sozialen Hängematte“ (Krauß/Möller/Münchmeier 2007) erfährt Widerbelebung und das so bezeichnete fehlende „Recht auf Faulheit“³¹ legitimiert weitreichende Kürzungen im sozialen Sektor (vgl. Krauß/Möller/Münchmeier 2007). Jeder angemeldete Hilfebedarf scheint verdächtig (vgl. Krauß/Möller/Münchmeier 2007) und eine populistisch getriebene Anprangerungskultur ignoriert den Zerfall der solidarischen Sozialstaatlichkeit. *Gleichheit* als Axiom sozialer Gerechtigkeit scheint obsolet und dem gegenüber postuliert, die Gerechtigkeit des Staates müsse das Individuum sich verdienen. Das „Sozialstaatsprinzip als Staatszielbestimmung“ (Tiedemann o.J., S. 7) entfernt sich von einer sozialen Gerechtigkeit, der in ihrer Orientierung an gemeinschaftlicher Solidarität und Parteilichkeit für die Armen von neoliberalen Interessen unterstellt wird, die Funktionsweise moderner Gesellschaften nicht zu begreifen (vgl. Butterwege/Lösch/Ptak 2008, S. 72).

Im Jahr 2010 äußerte der zu diesem Zeitpunkt amtierende Vizekanzler und FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle: „Wer dem Volk anstrengungslosen Wohlstand verspricht, lädt zu spätrömischer Dekadenz ein“ und malte derart ein neues Gesellschaftsbild:

„In vielen aufstrebenden Gesellschaften andernorts auf der Welt wird hart gearbeitet, damit die Kinder es einmal besser haben. Bei uns dagegen wird Leistung schon im Bildungssystem gering geschätzt: Wir debattieren Einheitsschulen und das Ende der Notengebung. Dabei muss doch gerade die Jugend lernen, dass Leistung keine Körperverletzung ist. [...] Zu lange haben wir in Deutschland die Verteilung optimiert und darüber vergessen, wo Wohlstand herkommt. Leistungsgerechtigkeit ist mehr als Steuertechnik – Leistungsgerechtigkeit ist ein Gesellschaftsbild“ (Westerwelle, 11.02.2010).

30 Aus dem 1999 von Gerhard Schröder und Tony Blair veröffentlichten Programm: *Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten*.

31 „Wer arbeiten kann, aber nicht will, der kann nicht mit Solidarität rechnen. Es gibt kein Recht auf Faulheit in unserer Gesellschaft! Das bedeutet konkret: Wer arbeitsfähig ist, aber einen zumutbaren Job ablehnt, dem kann die Unterstützung gekürzt werden. Das ist richtig so“ (Bundeskanzler Schröder im *Bild*-Interview, 06.04.2001, in Dahme/Wohlfahrt 2007, S. 5).

In den bevorzugten Verhältnissen „spätromischer Dekadenz“ leben nach Auffassung des neoliberalen Mainstreams Menschen, die arbeitslos sind, Männer und Frauen, die von ihrer Arbeit nur randständig existieren können, Frauen, die alleine ihre Kinder erziehen und alte Menschen, deren Armut sich im Alter verschärft. Insbesondere abgewertet werden Menschengruppen, die über ihr niedriges ökonomisches Kapital und gleichzeitiger Stigmatisierung des kulturellen Kapitals als Leistungsverweigerer identifiziert werden.³² In der neoliberalen Fragmentierung sind diese die leistungsabsenten Profiteure des Sozialstaats.

Wenn also zu Beginn des 21. Jahrhunderts „die soziale Frage wieder auf der Tagesordnung“ steht (Dörre 2008, S. 3), sind die Reaktionen des Staates (erneut) disziplinierender Natur. Der Umbau des Sozialstaats vollzieht sich in wettbewerbsorientierter Logik und labelt den Ansatz des Förderns und Forderns als wohlfahrtsstaatliche Gerechtigkeit. Diese Aktivierungspolitik gegenüber ökonomisch Benachteiligten und Bedürftigen geht einher damit, dass der Staat diesen Menschen gegenüber einen autoritären Erziehungsanspruch geltend macht, sich als „people changer“ positioniert (vgl. Otto/Ziegler 2004, S. 121). Loic Wacquant weist in seiner Untersuchung staatlich organisierter Punitivität darauf hin, dass ursprüngliche Strategien gegenüber Kriminalität vermehrt auf die im sozialen Prekariat lebenden Menschen übertragen werden (vgl. Dollinger/Schmidt-Semisch 2011, S. 12). „Es geht also bei Punitivität [...] um den für gegenwärtige Gesellschaften charakteristischen Umgang mit sozial benachteiligten Personengruppen“ (Dollinger/Schmidt-Semisch 2011). Der aktivierende Sozialstaat steht für einen Typus der Staatstätigkeit, „der seine strategische Ausrichtung von Fürsorglichkeit auf Strafe und Kontrolle umprogrammiert“ (Galuske 2004, S. 16). Erkennbar ist im politischen Diskurs des aktivierenden Sozialstaats, dass „bewusst oder unbewusst – ein ‚blame-the-Victim-Spiel‘ be-

32 Thilo Sarrazin, ehemaliger Vorsitzende der deutschen Bundesbank stieß mit der Publikation „Deutschland schafft sich ab“ eine öffentliche Marginalisierungsdebatte an: „Die Schichtabhängigkeit des generativen Verhaltens in Deutschland ist als stabiler Trend empirisch belegt, belegt ist auch, dass zwischen Schichtzugehörigkeit und Intelligenz ein enger Zusammenhang besteht. [...] Der Umstand, dass bei unterschiedlicher Fruchtbarkeit von Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher Intelligenz eugenische oder dysgenische Effekte auftreten können, wird daher nicht mehr grundsätzlich bestritten“ (Sarrazin 2010, S. 93).

Gunnar Heinsohn, erim. Professur in Sozialpädagogik äußert: „Solange die Regierung das Recht auf Kinder als Recht auf beliebig viel öffentlich zu finanzierenden Nachwuchs auslegt, werden Frauen der Unterschicht ihre Schwangerschaften als Kapital ansehen. Allein eine Reform hin zu einer Sozialnotversicherung mit einer Begrenzung der Auszahlungen auf fünf Jahre statt lebenslanger Alimentierung würde wirken – nicht anders als in Amerika. Eine solche Umwandlung des Sozialstaats würde auch die Einwanderung in die Transfersysteme beenden“ (Heinsohn 2010).

trieben“ (Dingeldey 2006, S. 8) wird, das „die Opfer der Entwicklung [...] zu Tätern umdefiniert“ (Dingeldey 2006, S. 8).³³

Leistungsgerechtigkeit als neues Gesellschaftsbild vermittelt einen Leistungsgedanken, welcher sich ausschließlich am Markterfolg misst, dessen Erbringung indes allein vom Individuum zu verantworten ist (vgl. Liebig/Lengfeld/Mau 2004, S. 33). Sozialstaatliche Unterstützungen zur Existenzsicherung sind an Verpflichtung zur Erwerbstätigkeit gebunden. Wem es dieser Logik entsprechend nicht gelingt, Anschluss über Arbeit zu finden³⁴ oder wer sich den Entrechtungspraxen widersetzt, erfährt Sanktionen und gesellschaftliche Stigmatisierung bis hin zum vollständigen sozialen Ausschluss (vgl. Goffman 1975, S. 7).

John Rawls hat einer an Leistung bemessenen Gerechtigkeit als Form der Gerechtigkeit nach Verdienst eine Absage erteilt (vgl. Nullmeier 2009, S. 13). „Man hat seinen Platz in der Verteilung der natürlichen Gaben ebenso wenig verdient wie seine Ausgangsposition in der Gesellschaft“ (Rawls 1975, S. 125). Wenn also die Fähigkeit zur Leistung unverdient ist, dann ist demzufolge die Errichtung einer Gesellschaft nach Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit ungerecht und ein Sozialstaat, der sich über Leistungsgerechtigkeit begründet, legitimiert sich tatsächlich über Ungerechtigkeit (vgl. Nullmeier 2009, S. 13). Leistungsgerechtigkeit als Folie gesellschaftlicher Interaktionen geht einher mit funktional organisierten menschlichen Beziehungen analog zu funktional determinierten Marktbeziehungen. Vorrangiger Zweck dieser Beziehungen ist die Mehrung des eigenen Vorteils (vgl. Nullmeier 2009, S. 7). Solche Funktionalität formt das Zusammenleben einer Gesellschaft in entfremdender Weise. „Da Verpflichtungen von heute den Möglichkeiten von morgen im Weg stehen, ist der Schaden um so geringer, je leichter und oberflächlicher [Beziehungen] beschaffen sind“ (Bauman 1999, S. 407). Gesellschaftliche Entsolidarisierung und unerbittlicher Konkurrenzkampf werden forciert in dem Bestreben, das eigene Humankapital wettbewerbsfähig zu formen, immerwährend das Scheitern vor Augen.

An der Instrumentalisierung der neoliberal unverdächtigen Teilhabegerechtigkeit wird kenntlich, wessen Befähigung zur Leistungserbringung Anerkennung und Unterstützung findet:

„Mit dem modernen Konzept der Teilhabegerechtigkeit [steht] durchaus ein Gerechtigkeitsideal zur Verfügung, dass für eine zukunftsfähige Soziale Marktwirt-

33 Vgl. Studie der Fachhochschule Düsseldorf: „Wer nicht hören will, muss fühlen!“ (2010).

34 Das dieser Anschluss für einen Großteil der Menschen in keiner Weise möglich ist, lässt sich vom Ungleichgewicht zwischen registrierten arbeitslosen Menschen und offenen Stellen ablesen. Für September 2012 waren 2,788 Mill. Frauen und Männer arbeitslos gemeldet, im Verhältnis zu 0,485 Mill. offenen Stellen (vgl. Statistisches Bundesamt).

schaft mehrheits- und konsensfähig erscheint. Im Sinne dieses Gerechtigkeitsparadigmas erfolgt die Herstellung sozialer Gerechtigkeit weniger über eine Kompensation von Exklusion, sondern eher über die Investition in Inklusion. Statt einer ‚gleichmachenden‘ Verteilungsgerechtigkeit geht es bei dem Konzept der Teilhabegerechtigkeit darum, jedem Individuum tatsächlich gleiche Verwirklichungschancen durch die gezielte Investition der Entwicklung individueller ‚Fähigkeiten‘ (capabilities) zu garantieren“ (OECD-Studie 2011, S. 10).

Die Marktförmigkeit dieser modernen Teilhabegerechtigkeit³⁵ differenziert allerdings nach Menschentypus. Eine „Investition in Inklusion“, moralisch ummantelt mit dem capability-Gedanken, folgt der Vorstellung des Humankapitalansatzes, den Menschen als Anlagegut zu begreifen. Angesprochen von solch einer investiven Sozialpolitik sind bürgerliche Durchschnittsfamilien (vgl. Dahme/Wohlfahrt 2007, S. 7), „deren Qualifikationsniveau verbessert und deren Erziehungsarbeit unterstützt werden sollen“ (Dahme/Wohlfahrt 2007).³⁶ Von den Investitionen ausgeschlossen sind hingegen Menschen in Abhängigkeit von Transferbezügen, diesen wird über exkludierende Sanktionen der Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe verwehrt. Einhergehend mit der Zementierung gesellschaftlicher Macht- und Vermögenseliten vollzieht sich eine „Refeudalisierung der Gesellschaft“ (Forst 2008) insbesondere dort, wo Menschen auf besondere Weise benachteiligt und entrechtet sind.

Das gesellschaftsverändernde Mandat sozialer Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit, die sich einer Zuweisung als Leistungsdispositiv verweigert und sich mit einem gesellschaftsverändernden Mandat verbindet, ist Angriffen ausgesetzt, insbesondere dann, wenn angestrebt wird, „die Lebenslagen der Individuen in bestimmten Hinsichten einander anzugleichen“ (Boshammer 2002, S. 29). Für den Neoliberalismus stellt „der vorherrschende Glaube an ‚so-

35 Teilhabegerechtigkeit erfährt die „Karriere einer neuen Gerechtigkeitssemantik“ (Liebig/Lengfeld/Mau 2004, S. 36). Zunehmend verbindet sich das Teilhabeparadigma mit produktivistischen und an Leistung orientierten Prämissen. Insbesondere in der Generationen- und Familiengerechtigkeit wird die Ausrichtung an Humankapital-Investitionen deutlich. „Die verstärkte Umwidmung gesellschaftlicher Ressourcen zu jungen Menschen auf Kosten alter [...], stärke die Innovations- und Zukunftsfähigkeit Deutschlands“ (Liebig/Lengfeld/Mau 2004, S. 39), Kinderhaben und Kinder erziehen gilt als eigenständige Leistung, Kinder als „natürlicher Beitrag“ (vgl. Liebig/Lengfeld/Mau 2004).

36 Dazu exemplarisch: Die einkommensorientierte Zahlung des Elterngeldes als familienfördernder Anreiz für finanziell gesicherter Familien, während Familien, die von „Hartz IV“ betroffen sind, keinen Anspruch auf die staatliche Leistung des Elterngeldes haben (vgl. BMFSFJ 2012, S. 28f.).

ziale Gerechtigkeit' [...] wahrscheinlich die schwerste Bedrohung der meisten anderen Werte einer freien Zivilisation" (Hayek 1981, S. 98) dar. Soziale Gerechtigkeit wird als „Zwang gegen andere Menschen“ (Hayek 1981, S. 98) diskreditiert und gemeint ist damit der staatlich regulierende Eingriff der Umverteilung zur sozialen Sicherung gegen die Kräfte eines unregulierten Finanzmarktes. Neoliberal gewendet, wird „Freiheit von staatlichen Zwängen“ (George 2001, S. 210) gefordert. Exemplarischen Ausdruck findet dieses deformierte Freiheitsverständnis in den Kampagnen gegen die Gesundheitspolitik des US-amerikanischen Präsidenten Barack Obama, dessen Initiative zu einer gesetzlich verankerten Krankenversicherung und zur Verpflichtung eines Sozialbeitrags als „sozialistischer Zwang“ diffamiert werden (vgl. *Die Zeit* 2009).

Für Diskurse neoliberaler Abwertung liegt das besondere Bedrohungsszenario sozialer Gerechtigkeit eben in diesem Zusammenspiel, der Regelung der Verteilung gesellschaftlicher Grundgüter im Referenzrahmen des Gleichheitsgedankens. Ausgehend von den unveränderlichen Grundrechten und dem Sozialstaatspostulat konturiert dieses Zusammenspiel von Verteilung und Gleichheit die moralische Qualität einer demokratischen Gesellschaft. Ein Gerechtigkeitsverständnis hingegen, das sich an der Freiheit der Wirtschaft ausrichtet, kollidiert zwangsläufig mit der Idee der Egalität des Menschen und verweigert die uneingeschränkte Bejahung von sozialen Rechten und Grundrechten (vgl. Ebert 2010, S. 325). Der neoliberal formierte Sozialstaat umgeht offensichtlich das Gleichheitsgebot, indem er soziale Rechte in einen Kontrakt zieht, welcher die Inanspruchnahme dieser an die Erfüllung von Pflichten bindet (vgl. Segbers 2008, S. 188). In dieser Dialektik von Rechten und Pflichten werden soziale Rechte aufgegeben und abgeschafft (vgl. Segbers 2008).

Dieses Verfahren stellt „nicht nur eine gesellschaftliche Rückwärtsentwicklung dar, es unterminiert auch die zivilen und demokratischen Rechte“ (Belitz/Klute/Schneider 2006, S. 222). Ralf Dahrendorf demaskiert diese Strategie der „Bindung von Anrechten an Leistungen“ konsequenterweise als „Varianten der Zwangsarbeit“ (Dahrendorf 2000) und als Ausdruck einer neuen Stimmung des „Wer Rechte will, muss auch Pflichten akzeptieren“ (Dahrendorf 2000). Gleichheit als tragende Säule demokratischer Staatskonstitution (vgl. Butterwege/Lösch/Ptak 2008, S. 69) ist angegriffen und im „Umgang mit der Tatsache [...], dass Vermögen und Geschick, materielle Reichtümer und Glück sich ungleich auf ihre Mitglieder verteilen“ (Dobner 2007, S. 9), gewinnt es an Selbstverständlichkeit, dass Ungleichheit die gesellschaftliche Architektur bestimmt. Den faktischen Grundriss einer Schieflage weist die Vermögensverteilung in Deutschland auf: Zwei Drittel der Bevölkerung stand im Jahr 2007 „kein oder nur ein sehr geringes individuelles Nettovermögen [zur Verfügung]. Im Gegensatz dazu verfügten die reichsten zehn Prozent der Bevölkerung über einen Anteil am Gesamtvermögen von mehr als 60 Prozent“ (Frick/Grabka 2009,

S. 66).³⁷ „Das Hauptanliegen der neoliberalen Einflussnahme gilt daher der Rechtfertigung und Durchsetzung einer ‚beschränkten Demokratie‘“ (Butterwege/Lösch/Ptak 2008, S. 70). Eine Erhellung, wie diese zu verstehen ist, gibt das Statement der amtierenden Bundeskanzlerin Angela Merkel, „wonach Wege zu finden seien, ‚wie die parlamentarische Mitbestimmung so gestaltet wird, dass sie trotzdem auch marktkonform ist‘“. Hier erfüllt sich die plutokratische Zielsetzung der Kapitalwirtschaft in ihrem Selbstverständnis als „Klassenprojekt“ (Bontrup 2010, S. 55).

„Freihandel“ (vgl. Shiva 2002, S. 122) bezeichnet das globale Spielfeld der neoliberalen Kräfte und verweist auf die Ungezügelterheit der Märkte. Freiheit und der Anspruch auf egalitäre Bedingungen der betroffenen Menschen werden missachtet und ungerechte Verhältnisse billigend akzeptiert. In Hinblick auf das Verhältnis von Armut und Reichtum spitzt Hayek neoliberale Vorstellungen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung auf den sogenannten Nord-Süd-Konflikt zu:

„Für eine Welt, die auf egalitären Ideen gegründet ist, ist das Problem der Überbevölkerung [...] unlösbar. Wenn wir garantieren, dass jeder am Leben erhalten wird, der erst einmal geboren ist, werden wir sehr bald nicht mehr in der Lage sein, dieses Versprechen zu erfüllen. Gegen diese Überbevölkerung gibt es nur die eine Bremse, nämlich dass sich nur die Völker erhalten und vermehren, die sich auch selbst ernähren können“ (Hayek 1981, zit. n. Butterwege/Lösch/Ptak 2008, S. 73).

Diese immanente Gleichgültig des Neoliberalismus ist durchzogen von einer sozialdarwinistischen Perspektive und es kann nicht überraschen, „dass in einer weitgehend von uns dominierten Welt die Ausgangspositionen so vieler Menschen nachteilig und absolut unzureichend sind“ (Pogge 2011, S. 4). Es dominiert eine Gesellschaftsordnung, die „immer stärker vom Geist rationaler Marktkalküle, von Materialismus und Käuflichkeit geprägt“ (Pogge 2011, S. 4) ist und die den „Zugang zu Privilegien und Erfolgchancen auf einen begrenzten Kreis von Ausgewählten“ (Parkin 1983 zit. n. Kreckel 2004, S. 190) einschränkt. Judith Shklar führt dazu aus: „In einer Gesellschaft von Kriegern beispielsweise muss der Tapfere belohnt werden, während in einer Oligarchie der Reiche noch reicher werden sollte, vor allem an Ehren und Ämtern“ (Shklar 1997, S. 27). Wenn also Wohlstand, Sicherheit und Macht den Status westlicher Zivilisationen bestimmen, dann liegt es in der Logik solcher Gesellschaften, Wohlstand, Sicherheit und Macht zu vergrößern, den eigenen Nutzen nach utili-

37 Die Ungleichverteilung von Vermögen in Deutschland untersucht das sozio-ökonomische Panel (SOEP), angesiedelt bei dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Auch für das Jahr 2012 heißt es dort: „In keinem Land der Eurozone sind die Vermögen ungleicher verteilt als in Deutschland“ (26.02.2014).

taristischer Maxime zu erhöhen. Die „durchökonomisierte Gesellschaft“ wird zum Nährboden einer elitär motivierten Menschenfeindlichkeit (vgl. Hofmann 2012, S. 57), als Ausdruck eines „Zeitgeist[es]“ und der „Selbstverständigung der Eliten untereinander über das, was wichtig und unwichtig, richtig und falsch ist an den gesellschaftlichen Verhältnissen“ (Hofmann 2012, S. 42). In der neoliberal durchdrungenen Gesellschaft steht Wettbewerb als Metapher für das menschliche Leben und es scheint, dass weder dieser Verdinglichungscharakter noch die Tatsache, dass die Gewinner und Gewinnerinnen bereits feststehen, auf Widerspruch stoßen. Der Mensch funktioniert in dem Wechselspiel raffinierter Selbst- und Herrschaftstechniken (vgl. Frankenberger 2007, S. 194) und „alles erscheint normal: die Verhältnisse, denen er sich ergibt, und der Verzicht auf Gegenwehr, den er eben gar nicht mehr erlebt“ (Richter 2003, Vorwort). Unfrei wird der Mensch und sich selbst entfremdet.

Ein gesellschaftsveränderndes Mandat sozialer Gerechtigkeit argumentiert über redistributive Solidarität, die sich um die „Verringerung der materiellen Unterschiede zwischen den Bevölkerungsschichten“ (Prisching 2000, S. 167) bemüht und die sich ausrichtet an dem „Versprechen einer demokratischen Ordnung“ (Prisching 2000, S. 167). Wesentlich dafür ist es – auf nationaler und globaler Ebene – die sozialen Veränderungen als Kippbild ökonomisch-politischer Machtverhältnisse zu erkennen und hegemonial generierte Gesellschaftsbilder zu dekonstruieren. Ein politisches Mandat sozialer Gerechtigkeit bringt sich diskursiv und widerständig ein, vermittelt, dass sich eine gute Gesellschaft (vgl. Etzioni 2005, S. 49f.) zuerst in der Wahrung der Würde jedes Menschen begründet, und dass ein Sozialstaat, der sich über Leistungsgerechtigkeit legitimiert, ein ungerechter, ja, ein undemokratischer Staat ist. Nicht in der Freiheit der Märkte liegt die zivilisatorische Errungenschaft der Moderne, sondern in der Erkenntnis „dass die Menschen frei und gleich sind“ (Nida-Rümelin 2011, S. 30).

Ein solches Mandat verbindet sich mit den Menschen, die „in sozialen oder politischen Zusammenhängen nicht oder nicht ausreichend zählen und [deren] Ansprüche nicht nur verletzt werden, sondern erst gar nicht hörbar sind“ (Forst 2008). Insbesondere ist soziale Gerechtigkeit gefragt, sich in hegemoniale Diskurse einzumischen, wenn verhandelt wird, „welche Form von Gleichheit gelten sollte, und in welchem Ausmaß“ (Rümelin/Rechenauer 2009, S. 303). Die Mitbegründerin der französischen Attac-Bewegung, Susan George, verweist darauf, dass die Dominanz des unregulierten Marktes „weder natürlich noch unvermeidbar ist“ (George 2001, S. 207). Für soziale Gerechtigkeit als egalitäres gesellschaftsveränderndes Mandat gilt es angesichts der intellektuellen und moralischen Unordnung (vgl. Gramsci 1991, S. 136), sich „nicht an jeder Dummheit zu begeistern“ (Gramsci 1991, S. 136), auch nicht zu resignieren, sondern

wirkungsvolles gegenhegemoniales Handeln zu initiieren (vgl. George 2001, S. 207).

Literatur

- Agamben, Giorgio (2008): Was ist ein Dispositiv?, Zürich-Berlin
- Andersen, Uwe/Woyke, Wichard (Hg.) (2003): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, Bonn
- Bauman, Zygmunt (1999): Erlebnisgesellschaft in verschiedenen Kulturen, in: Concilium, Internationale Zeitschrift für Theologie, 35. Jahrgang, Heft 4, 09.1999
- Becker, Gary S. (1982): Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens, Tübingen
- Belitz, Wolfgang/Klute, Jürgen/Schneider, Hans-Udo (2006): Menschen statt Märkte. Für eine Neuorientierung der Kirchen im Dritten System, Münster
- Bernhard, Armin (2007): Bildung als Ware – Die Biopiraterie in der Bildung und ihr gesellschaftlicher Preis. 20.03.2007, verfügbar unter: http://webapp5.rz.uni-hamburg.de/fsr-db/Texte/Bildung_als_Ware.pdf (Stand: 15.03.2012)
- Boeckh, Jürgen/Huster, Ernst-Ulrich/Benz, Benjamin (2006): Sozialpolitik in Deutschland. Eine systematische Einführung, Wiesbaden
- Bontrup, Heinz-J. (2010): Zum Versagen der Mainstream-Ökonomie und wie aus der Finanz- und Wirtschaftskrise nichts gelernt wurde, in: BdWi/fzs/GEW/Natwiss.-Initiative/ÖH (Hg.): Wege und Irrwege in die Wissensgesellschaft. Forschungspolitik zwischen Standortsicherung und gesellschaftlicher Verantwortung. BdWi-Studienheft 7. Dezember 2010, verfügbar unter: <http://www2.alternative-wirtschaftspolitik.de/uploads/m1011.pdf>. (Stand: 20.02.2012)
- Boshammer, Susanne (2002): Was ist soziale Gerechtigkeit?, in: IG-Metall (Hg.): Was ist soziale Gerechtigkeit? Eine Einführung, Schwalbach /Ts.
- Brand, Ulrich/Christoph Scherrer (2003): Contested Global Governance 2011 Konkurrierende Formen und Inhalte globaler Regulierung, in: Kurswechsel 1/2003, verfügbar unter: http://www.b eigewum.at/wordpress/wpcontent/uploads/090_ulrich_brand_christoph_scherrer.pdf. (Stand: 15.03.2012)
- Bröckling, Ulrich (2003): Menschenökonomie, Humankapital. Eine Kritik der biopolitischen Ökonomie, verfügbar unter: <http://www.soziologie.uni-halle.de/broeckling/docs/13-menschenoekonomie-mittelweg1-03.pdf>. (Stand: 05.10.2012)
- Bröckling, Ulrich (2007): Regime des Selbst – Ein Forschungsprogramm, in: Bonacker, Thorsten/Reckwitz, Andreas (Hg.): Kulturen der Moderne. Soziologische Perspektiven der Gegenwart, Frankfurt a. M.
- Butterwege, Christoph (2007): Drehbuch für den Sozialabbau, in: taz 06.09.2007, verfügbar unter: <http://www.taz.de/!4287/> (Stand: 08.01.2012)
- Butterwege, Christoph/Lösch, Bettina/Ptak, Ralf (2008): Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden
- Castel, Robert/Dörre, Klaus (2009): Einleitung, in: dies. (Hg.): Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, Frankfurt a. M.

- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Bonn
- Dahme, Heinz-Jürgen/Wohlfahrt, Norbert (2007): Soziale Gerechtigkeit im aktivierenden Sozialstaat. Zur Entwicklung einer dezentralisierten und sozialraumorientierten Sozialpolitik, verfügbar unter: <http://www.e fh-bochum.de/homepages/wohlfahrt/pdf/Dahme-Wohlfahrt-Gerechtigkeit-NDV.pdf> (Stand: 22.12.2012)
- Dahrendorf, Ralf (2000): Zwei Gasthäuser in jeder Straße, in: *Die Zeit* 05.10.2000, verfügbar unter: http://www.zeit.de/2000/41/Zwei_Gasthaeuser_in_jeder_Strasse/seite-4. (Stand: 09.02.2012)
- Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten (06.08.1999), verfügbar unter: <http://www.glasnost.de/pol/schroederblair.html> (09.11.2011) (Stand: 12.10.2011)
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Pressemitteilung vom 26.02.2014: Vermögen in Deutschland: Durchschnittlich 83.000 Euro für jeden - aber höchst ungleich verteilt, verfügbar unter: https://www.diw.de/sixcms/detail.php?id=diw_01.c.438772.de (Stand: 10.03.2014)
- Dingeldey, Irene (2006): Aktivierender Wohlfahrtsstaat und sozialpolitische Steuerung, in: Reformen des Sozialstaats, Aus Politik und Zeitgeschichte. 8-9/2006, Bonn 20.02.2006
- Dobner, Petra (2007): Neue Soziale Frage und Sozialpolitik, Wiesbaden
- Dörre, Klaus (2008): Armut, Abstieg, Unsicherheit: Die Soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts, in: Abstieg – Prekarität – Ausgrenzung, Aus Politik und Zeitgeschichte, Bonn
- Dollinger, Bernd/Schmidt-Semisch, Henning (Hg.) (2011): Mit dem Hochdruckreiniger gegen soziales Elend? Zur Einleitung, in: dies.: Gerechte Ausgrenzung? Wohlfahrtsproduktion und die neue Lust am Strafen, Wiesbaden
- Ebert, Thomas (2010): Soziale Gerechtigkeit. Ideen. Geschichte. Kontroversen, Bonn
- Elterngeld und Elternzeit. Das Bundesgeld- und Elternzeitgesetz. Berlin 2012, verfügbar unter: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Elterngeld-und-Elternzeit__property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf (Stand: 07.04.2012)
- Etzioni, Amitai (2005): Mehr als eine Zivilgesellschaft: Eine gute Gesellschaft, in: Berger, Johannes (Hg.): Zerreißt das soziale Band? Beiträge zu einer aktuellen gesellschaftspolitischen Debatte, Frankfurt a. M.-New York
- Forst, Rainer (2008): Politik ist nur noch Technik. Interview *taz* 24.12.2008, verfügbar unter: <http://www.taz.de/1/archiv/print-archiv/printersorts/digi-artikel/?ressort=sw&dig=2008%2F12%2F24%2Fa0015&cHash=e9b5fcc251> (Stand: 07.02.2013)
- Foucault, Michel (2006): Die Geburt der Biopolitik. Geschichte der Gouvernementalität II, Frankfurt a. M.
- Frankenberger, Rolf (2007): Gesellschaft – Individuum – Gouvernementalität. Theoretische und empirische Beiträge zur Analyse der Postmoderne, Berlin
- Frick, Joachim/Grabka, Markus M. (2009): Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland. Wochenbericht des DIW, Berlin
- Fromm, Erich (2011): Die Furcht vor der Freiheit, München
- Furger, Franz/Strober-Nepple, Cornelia (1985): Menschenrechte und katholische Soziallehre, Freiburg
- Galuske, Michael (2004): Der aktivierende Sozialstaat. Konsequenzen für die Soziale Arbeit. Dresden 2004, verfügbar unter: http://www.ehs-dresden.de/fileadmin/uploads_hochschule/Forschung/Publikationen/Studentexte/Studentext_2004-04_Galuske.pdf (Stand: 20.02.2012)

- George, Susan (1999): Eine kurze Geschichte des Neo-Liberalismus: Zwanzig Jahre einer elitären Volkswirtschaftslehre und Chancen für einen Strukturwandel. Vortrag auf der Konferenz über die wirtschaftliche Souveränität in einer globalisierenden Welt, Bangkok, 03/1999
- George, Susan (2001): Lektionen der gramscianischen Rechte, in: Candeias, Mario/Deppe, Frank (Hg.): Ein neuer Kapitalismus?, Hamburg
- Geppert, Dominik (2002): Thatchers konservative Revolution. Der Richtungswandel der britischen Tories 1975-1979, München
- Goffman, Erwing (1975): Stigma – Über Techniken der Bewältigung beschädigter Identität. Frankfurt a. M.
- Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte, Band 1, Heft 1, 63, Hamburg
- Grundlagen für die Arbeit des DBSH e.V., verfügbar unter: http://www.dbsh.de/grundlagenheft_--k-lein.pdf. (Stand: 11.11.2011)
- Hagenbüchle, Roland (2005): Kultur im Wandel oder Die Provokation des Vulgären, Würzburg
- Hayek, Friedrich A. (1981): Recht, Gesetzgebung und Freiheit, Bd. 2, Landsberg am Lech
- Heinsohn, Gunnar (2010): „Sozialhilfe auf fünf Jahre begrenzen“, verfügbar unter: <http://www.faz.net/artikel/C31853/gastbeitrag-zu-hartz-iv-sozialhilfe-auf-fuenf-jahre-> (Stand: 15.03.2012)
- Hofmann, Gunter (2012): Das Soziale und der Zeitgeist. Eine Einlassung auf das letzte Jahrzehnt, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Frankfurt a. M.
- Horkheimer, Max (2007): Kritik der instrumentellen Vernunft, Frankfurt a. M.
- https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Erwerbslosigkeit/ErwerbsloseILOKonzept/Hinweise_ILO.html (Stand: 05.09.2012)
- Jaeggi, Rahel (2005): Entfremdung. Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems, Frankfurt a. M.
- Keeley, Brian (2010): Humankapital. Wie Wissen unser Leben bestimmt, Bonn
- Krauß, Jürgen E./Möller, Michael/Münchmeier, Richard (Hg.): Soziale Arbeit zwischen Ökonomisierung und Selbstbestimmung, Kassel
- Kreckel, Reinhard (2004): Politische Soziologie der sozialen Ungleichheit, Frankfurt a. M.
- Liebig, Stefan/Lengfeld, Holger/Mau, Steffen (Hg.) (2004): Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften, Frankfurt a. M.
- Liebig Stefan/May, Meike (2009): Dimensionen sozialer Gerechtigkeit, in: Soziale Gerechtigkeit, Aus Politik und Zeitgeschichte. 47/2009, Bonn 16.11.2009
- Link, Jürgen (2006): Versuch über den Normalismus: Wie Normalität produziert wird, Göttingen
- Marschall, Christoph von (2009): Mit Sozialismus-Paranoia gegen Obamas Reformplan, verfügbar unter: <http://www.zeit.de/online/2009/33/obama-gesundheitsreform-proteste>, 17.08.2009. (Stand: 05.11.2011)
- Nida-Rümelin, Julian/Rechenauer, Martin (2009): Internationale Gerechtigkeit, in: Ferdosi, Mir A. (Hg.): Internationale Politik als Überlebensstrategie, München
- Nida-Rümelin, Julian (2011): Vergesst nicht, dass ihr gleich und frei seid, in: Financial Times Deutschland 30.11.2011
- Nullmeier, Frank (2009): Soziale Gerechtigkeit - ein politischer „Kampfbegriff“?, in: Soziale Gerechtigkeit, Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 47/2009, Bonn 16.11.2009

- Oschmiansky, Frank (2010): Aktivierender Staat und aktivierende Arbeitsmarktpolitik, 01.06.2010, verfügbar unter: <http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/arbeitsmarktpolitik/55052/aktivierend-e-arbeitsmarktpolitik?p=all>. (Stand: 20.02.2012)
- Otto, Hans-Uwe/Ziegler, Holger (2004): Sozialraum und sozialer Ausschluss. Die analytische Ordnung neosozialer Integrationsrationalitäten in der Sozialen Arbeit, in: Neue Praxis, Heft 2/2004
- Pies, Ingo (1998): Ökonomischer Ansatz und Normativität: Zum wertfreien Umgang mit Werten., in: ders./Leschke, Martin (Hg.): Gary Beckers ökonomischer Imperialismus, Tübingen Pogge, Thomas (2011): Weltarmut und Menschenrechte, Berlin-New York
- Prisching, Manfred (2003): Solidarität: Der vielschichtige Kitt gesellschaftlichen Zusammenlebens, in: Lessenich, Stephan (Hg.): Wohlfahrtsstaatliche Grundbegriffe. Historische und aktuelle Diskurse. Frankfurt a. M.-New York
- Rawls, John (1975): Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a. M.
- Richter, Horst-Eberhard (2003): Psychoanalyse und Politik. Zur Geschichte der politischen Psychoanalyse, Gießen
- Ribolits, Erich (2006): Humanressource – Humankapital. In: Dzierzbicka, Agnieszka/Schirlbauer, Alfred (Hg.): Pädagogisches Glossar der Gegenwart. Von Autonomie bis Wissensmanagement, Wien
- Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. Weil wir unser Land aufs Spiel setzen, Berlin
- Segbers, Franz (2008): Bürgerrechte, soziale Rechte und Autonomie. Weiterentwicklung des Sozialstaates durch ein Grundeinkommen, in: Nethöfel, Wolfgang/Dabrock, Peter/Keil, Siegfried (Hg.): Verantwortungsethik als Theologie des Wirklichen, Göttingen
- Shiva, Vandana (2002): Biopiraterie. Kolonialismus des 21. Jahrhunderts. Eine Einführung, Münster
- Shklar, Judith N. (1997): Über Ungerechtigkeit. Erkundungen zu einem moralischen Gefühl, Frankfurt a. M.
- Soziale Gerechtigkeit in der OECD – Wo steht Deutschland? Sustainable Governance Indicators 2011, verfügbar unter: http://www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_33013_33014_2.pdf (Stand: 15.03.2012)
- Tiedemann, Paul (o.J.): Das Sozialstaatsprinzip der deutschen Verfassung Rechtsprechungsdirektive oder Begründungsornament? Verfügbar unter: <http://www.dr-tiedemann.de/sozialstaat.pdf> (Stand: 10.03.2014)
- Unwort des Jahres 2011: Humankapital, verfügbar unter: <http://www.unwortdesjahres.net/index.php?id=18> (Stand: 23.12.2011)
- Westerwelle, Guido (2010): An die deutsche Mittelschicht denkt niemand. 11.02.2010 *Welt online*, verfügbar unter: <http://www.welt.de/debatte/article6347490/An-die-deutsche-Mittelschicht-de-nkt-niemand.html> (Stand: 15.03.2012)
- Wirth, Günter (2006): Ausgeschlagene Chancen der Neuorientierung. Zwei Schriften aus dem Jahr 1948, in: Utopia Kreativ, Heft 183, Januar 2006
- Wohlfahrt, Norbert (o.J.): Aktivierender Staat – Vom Welfare- zum Workfare-System. Manuskript: Aktivierender Staat – Vom Welfare- zum Workfare-System, verfügbar unter: <http://www.efh-bochum.de/homepages/wohlfahrt/> (Stand: 02.04.2012)

Wer nicht hören will, muss fühlen!, verfügbar unter: <http://soz-kult.fh-duesseldorf.de/members/thomaswagner/arge/> (Stand: 15.03.2012)

Young, Iris Marion (1996): Fünf Formen der Unterdrückung, in: Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (Hg.): Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität, Frankfurt a. M.

Autorinnen

Susanne Bücken

Soziale Arbeit MA, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Katholischen Hochschule NRW, Aachen

Angelika Gey

Soziale Arbeit MA, tätig in der Beratungsstelle für Frauen und Mädchen *Frauen helfen Frauen*

Pia Okon-Piroglu

Soziale Arbeit MA, Referentin für politische Jugendbildung

Viviane Thoma

Staatl. anerkannte Erzieherin, Soziale Arbeit MA, pädagogische Mitarbeiterin bei der CAJ

Stefanie Uerlings

Soziale Arbeit MA, tätig im kommunalen Integrationszentrum der Stadt Aachen für die Bereiche schulische Bildung und Übergang Schule/Beruf

Herausgeber

Dr. Martin Spetsmann-Kunkel

Professor für Politikwissenschaft an der Katholischen Hochschule NRW, Aachen

